

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2005-2006

Eupen, den 9. November 2005

**DEM PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT VORGELEGTER
17. BERICHT DES RECHNUNGSHOFES***

* Dieser Bericht wurde auf der Sitzung der allgemeinen Versammlung des Rechnungshofs vom 9. November 2005 verabschiedet.

INHALTSVERZEICHNIS

Zum Geleit.....	5
TEIL I TÄTIGKEITEN 2004.....	6
1. ÜBERBLICK ÜBER DIE PRÜFUNGEN.....	7
1.1. Jährlicher Bericht.....	7
1.2. Analyse der Haushaltspläne.....	7
1.3. Rechnung der paragemeinschaftlichen Einrichtungen.....	8
1.4. Rechnung der DAB/ DGG.....	8
1.5. Rechnungslegung über Gelder.....	8
1.6. Rechnungslegung über Geldvorschüsse.....	8
1.7. Journal der Verbindlichkeiten.....	8
1.8. Besondere Prüfungen.....	9
2. ZUSAMMENARBEIT DES RECHNUNGSHOFES UND DES PARLAMENTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT.....	10
3. ZUSAMMENARBEIT DES RECHNUNGSHOFES UND DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT.....	10
TEIL II BERICHT ÜBER DIE ALLGEMEINE RECHNUNGSLEGUNG 2004.....	11
1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN.....	12
1.1. Stand des Entlastungsverfahrens.....	12
1.2. Allgemeine Rechnungslegung 2004.....	12
1.2.1. Übermittlung.....	12
1.2.2. Gesetzliche Grundlage.....	12
2. FESTSTELLUNGEN ZUR ALLGEMEINEN RECHNUNGSLEGUNG 2004.....	13
2.1. Rechnungslegung zur Ausführung des Haushaltsplans 2004 (Hauptverwaltung).....	13
2.2. Rechnungslegung der Vermögensbewegungen und Bilanz (Hauptverwaltung).....	13
2.2.1. Aktiva.....	13
2.2.2. Passiva.....	13
2.3. Dienste mit autonomer oder getrennter Geschäftsführung.....	15
2.4. Administrative Einrichtungen öffentlichen Interesses.....	15
2.4.1. IAWM.....	15
2.4.2. Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung.....	15
2.4.3. BRF.....	16
2.4.4. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	16
2.5. Norm des Hohen Finanzrates.....	17
2.6. Überschreitungen.....	17
3. KONTROLLAUSSAGE.....	17
4. ECKZAHLEN 2004.....	18
5. RECHNUNGSLEGUNG ZUR AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2004 (HAUPTVERWALTUNG).....	19

5.1. Einnahmen.....	19
5.1.1. Übersichtstabelle	19
5.1.2. Erläuterungen zu den allgemeinen Einnahmen.....	20
5.1.3. Erläuterungen zu den zweckbestimmten Einnahmen	22
5.2. Ausgaben.....	22
5.2.1. Allgemeine Bemerkungen	22
5.2.2. Kredite des Ausgabenhaushaltsplans	23
5.2.3. Haushaltsfonds.....	25
6. RECHNUNGSLEGUNG DES SCHATZAMTES 2004 (HAUPTVERWALTUNG).....	26
6.1. Übersichtstabelle	26
6.2. Besondere Bemerkungen.....	26
6.2.1. Zentrales Schatzamt.....	26
6.2.2. Haushaltsfonds.....	29
6.3. Übereinstimmung der Entwicklung des Schatzamtes mit dem Haushaltsergebnis 2004 (Hauptverwaltung)	29
7. RECHNUNGSLEGUNG DER VERMÖGENSBEWEGUNGEN UND BILANZ (HAUPTVERWALTUNG)	30
7.1. Aktiva	30
7.1.1. Sachanlagen.....	30
7.1.2. Finanzielle Anlagen.....	34
7.1.3. Zusammenfassende Tabelle der Vermögensanlagen.....	34
7.2. Passiva	35
7.2.1. Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft	35
7.2.2. Ausstehende Verpflichtungen.....	42
8. DIENSTE MIT AUTONOMER ODER GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG.....	44
8.1. Rechnungslegung der Haushaltsausführung	44
8.1.1. Übersichtstabelle	44
8.1.2. DAG des Unterrichtswesens.....	44
8.1.3. DGG Medienzentrum.....	44
8.1.4. DGG „Gemeinschaftszentren“	45
8.2. Rechnungslegung des Schatzamtes (auf Kassenbasis).....	47
8.3. Rechnungslegung der Vermögensbewegungen und Bilanz.....	48
9. ADMINISTRATIVE EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT	49
9.1. Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM)	49
9.1.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004	49
9.1.2. Bilanz	51
9.1.3. Ergebnisrechnung.....	52
9.1.4. Entwicklung der in die Konten der Ausführung des Haushaltsplans gebuchten Einnahmen und Ausgaben.....	52
9.2. Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung.....	55
9.2.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004	55
9.2.2. Bilanz	57
9.2.3. Ergebnisrechnung.....	57
9.2.4. Vergleichende Analyse der Ausführungsrechnungen der Haushaltspläne 1999-2004	59
9.2.5. Bilanzvolumen.....	64
9.3. Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF)	65
9.3.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004	66
9.3.2. Bilanz	67
9.3.3. Ergebnisrechnung.....	67
9.3.4. Bemerkungen bezüglich der finanziellen Prüfung der Rechnungen 2004.....	68
9.3.5. Analyse der Haushaltseinnahmen und –ausgaben 2004	68
9.4. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.....	72

9.4.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004	72
9.4.2. Bilanz	73
9.4.3. Ergebnisrechnung	74
9.4.4. Entwicklung der in die Konten der Ausführung des Haushaltsplans gebuchten Einnahmen und Ausgaben	75
10. KONSOLIDIERTES HAUSHALTSERGEBNIS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND EINHALTUNG DER NORM DES HOHEN FINANZRATES	81

Zum Geleit

In seinem jährlichen Bericht bietet der Rechnungshof dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine allgemeine Informationsbasis, auf der die Ordnungsmäßigkeit des Umgangs mit den in den Rechnungslegungen dargestellten finanziellen Mitteln beurteilt werden kann.

Der Rechnungshof hat die Haushaltsführung, die Rechnungslegung des Schatzamtes sowie diese der Vermögensbewegungen geprüft. Daneben hat er auch die Rechnungslegungen der Dienste mit autonomer bzw. getrennter Geschäftsführung und diese der parageinschaftlichen Einrichtungen geprüft. Die Ergebnisse der Prüfung haben für die Entscheidung über die Entlastung für das Haushaltsjahr 2004 eine besondere Bedeutung.

Neben seinen Prüfungsaufgaben übt der Rechnungshof Beratungsfunktionen insbesondere gegenüber dem Parlament. Diese Aufgabe erfüllt er vor allem im Rahmen der Aufstellung der Haushaltspläne und in Form von Sonderberichten. Zur Haushaltsberatung hat der Rechnungshof im Jahre 2004 dem Parlament drei Berichte zugeleitet. Im Jahr 2004 hat der Rechnungshof die Schülerzählung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geprüft und dem Parlament seine Prüfungsergebnisse in einem Sonderbericht mitgeteilt. Desweiteren hat er seine Prüfung beim Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft weitergeführt. Nach Stellungnahme aller Beteiligten kann der Rechnungshof dem Parlament seinen Sonderbericht übermitteln. Im Jahr 2004 wohnten die Vertreter des Rechnungshofes als Beobachter den Versammlungen der Arbeitsgruppe „Umstrukturierung der Verwaltungsdienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ bei.

TEIL I
TÄTIGKEITEN 2004

1. ÜBERBLICK ÜBER DIE PRÜFUNGEN

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die im Jahr 2004 vom Rechnungshof getätigten Berichte, Briefe und administrativen Abschlüsse. Die 1. Spalte zeigt das Haushaltsjahr auf das die Prüfungen sich beziehen.

	Jährlicher Bericht		Analyse Haushaltspläne		Rechnung para. Einr.+DAG		Rlg. Gelder		Rlg. Gvs	Journal Verbindl.	Besondere Prüfungen	
	Bericht	Brief	Bericht	Brief	AA	Brief	AA	Brief	AA	AA	Bericht	Briefe
2003	1	2			5	8	13		3	1	1 ^(*)	6
2004			2	4					9			
2005			1	2								
Total	1	2	3	6	5	8	13	-	12	1	1	6

Rechnung para. Einr. +DAG	Rechnung paragemeinschaftliche Einrichtungen + Dienste mit autonomer Geschäftsführung
Rlg. Gelder	Rechnungslegung über Gelder
Rlg. Gvs	Rechnungslegung über Geldvorschüsse
Journal Verbindl.	Journal der Verbindlichkeiten
AA	administrativer Abschluss

1.1. Jährlicher Bericht

Im Jahr 2004 legte der Rechnungshof dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft seinen 16. Bericht vor. Der jährliche Bericht enthielt den Tätigkeitsbericht und die Ergebnisse der Prüfung der allgemeinen Rechnungslegung. Die Prüfungsergebnisse in besonderen Angelegenheiten werden dem Parlament mittels Sonderberichte übermittelt.

A 13 - 3.011.958 B1 und B2 vom 4. November 2004: 16. Bericht des Rechnungshofes; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

1.2. Analyse der Haushaltspläne

Haushaltsjahr 2004

A 14 - 2.381.610 B1 und B2 vom 21. April 2004: Bericht über die Analyse der Dekretentwürfe zur ersten Anpassung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2004; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 14 - 3.014.540 B1 und B2 vom 5. November 2004: Bericht über die Analyse der Dekretentwürfe zur zweiten Anpassung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2004; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

¹ Prüfung des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurde im Jahr 2003 in die Wege geleitet.

Haushaltsjahr 2005

A 14 – 3.014.541 B1 und B2 vom 5. November 2004: Bericht über die Analyse der Dekretentwürfe zur Festlegung der Haushaltspläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Jahr 2005; Bericht und Brief an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

1.3. Rechnung der paragemeinschaftlichen Einrichtungen

A 13 – 3.001.300 B1 und B2 vom 27. Oktober 2004: Prüfung der Jahresrechnungen 2000, 2001, 2002 und 2003 des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft; Briefe an den Ministerpräsidenten und den Vize-Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 13 – 3.004.278 B1 und B2 vom 27. Oktober 2004: Prüfung der Jahresrechnung 2003 des IAWM; Briefe an den Ministerpräsidenten und den Vize-Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

A 13 – 3.009.932 B1 und B2 vom 27. Oktober 2004: Prüfung der Jahresrechnung 2003 des BRF; Briefe an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport.

A 13 – 3.009.933 B1 vom 27. Oktober 2004: Prüfung der Jahresrechnung 2003 der Dienststelle für Personen mit Behinderung; Brief an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

1.4. Rechnung der DAB/ DGG

A 13 – 2.337.893: Prüfung und Abschluss von 16 Konten.

1.5. Rechnungslegung über Gelder

Diese Rechnungslegungen beziehen sich auf die Haushaltsfonds der Gemeinschaft. Über die Verwaltung der Gelder ist von den Rechnungspflichtigen jährlich Rechenschaft zu legen. In Bezug auf das Haushaltsjahr 2003 tätigte der Rechnungshof 13 Abschlüsse.

1.6. Rechnungslegung über Geldvorschüsse

Diese Rechnungslegungen beziehen sich auf die Geldvorschusskonten (ein in der Regierung und zwei in der Verwaltung). Jedes Trimester ist von den Rechnungspflichtigen Rechenschaft zu legen. Der Rechnungshof tätigte 12 Abschlüsse, wovon sich 3 auf das Jahr 2003 und 9 auf das Jahr 2004 bezogen.

1.7. Journal der Verbindlichkeiten

Die in 2003 zu Lasten der Verpflichtungsermächtigungen getätigten Festlegungen wurden am 16. Juni 2004 vom Rechnungshof gemäß den ihm vorgelegten Verzeichnissen abgeschlossen.

1.8. Besondere Prüfungen

A 13 – 2.244.456: Prüfung der Schülerzählung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

- Anweisungen bezüglich der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorzulegenden elektronischen Dateien - Briefe B2 und B3 vom 21. Januar 2004 an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und an den Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Eignungsprüfung der Datei Schülerzählung – Brief B4 vom 19. Mai 2004 an den Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Sonderbericht des Rechnungshofes – Briefe B5, B6, B7 und B8 vom 15. Dezember 2004 an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an den Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, an den Premier Minister der Föderalregierung und an den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

N 14 – 2.269.584 N3 und N4 vom 22. September 2004: Prüfung des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Übermittlung der Prüfungsergebnisse an den Präsidenten des Verwaltungsrates des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den Generalsekretär des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

2. ZUSAMMENARBEIT DES RECHNUNGSHOFES UND DES PARLAMENTS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Der Rechnungshof unterstützt das Parlament bei der Haushalts- und Finanzkontrolle durch die Übermittlung seiner Berichte und Analysen sowie durch die Entsendung seiner Vertreter in die Gremien des Parlaments.

Die Vertreter des Rechnungshofes nahmen an den nachstehenden gemeinsamen Sitzungen aller Ausschüsse teil:

- am 22. April 2004 in Bezug auf die erste Anpassung der Haushaltspläne 2004 der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- am 8. November 2004 in Bezug auf die endgültige Abrechnung des Haushaltsplans 2003, auf die zweite Anpassung der Haushaltspläne 2004, auf die ursprünglichen Haushaltspläne 2005 sowie auf die Vorstellung durch den Rechnungshof seines 16. jährlichen Berichtes.

3. ZUSAMMENARBEIT DES RECHNUNGSHOFES UND DES MINISTERIUMS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

- Die Vertreter des Rechnungshofes wohnten als Beobachter den Versammlungen der Arbeitsgruppe 'Umstrukturierung der Verwaltungsdienste der Deutschsprachigen Gemeinschaft' bei.

TEIL II

***BERICHT ÜBER DIE
ALLGEMEINE RECHNUNGSLEGUNG 2004***

1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

1.1. Stand des Entlastungsverfahrens

Für das Haushaltsjahr 2003 hat das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft der Regierung Entlastung erteilt. Am 6. Dezember 2004 verabschiedete das Parlament das Dekret zur endgültigen Abrechnung des Haushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2003.

1.2. Allgemeine Rechnungslegung 2004

1.2.1. Übermittlung

Die allgemeine Rechnungslegung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird durch die Dienste der Abteilung des Schatzamtes erstellt. Artikel 80 der koordinierten Gesetze über die Rechnungsführung des Staates sieht vor, dass der Finanzminister diese dem Rechnungshof vor dem 30. Juni des Jahres nach dem Jahr, auf das sie sich bezieht, übermittelt. Spätestens im Laufe des Monats Oktober leitet der Rechnungshof seine diesbezüglichen Bemerkungen dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu.

Die allgemeine Rechnungslegung 2004 ist dem Rechnungshof am 26. Juli 2005 übermittelt worden. Die verspätete Einreichung ist auf den zusätzlichen Arbeitsaufwand durch die Implementierung des SAP-Systems zurückzuführen.

1.2.2. Gesetzliche Grundlage

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Juni 1963, die besonders die Erstellung der allgemeinen Rechnungslegung des Staates und die endgültige Abrechnung des Haushaltsplans regeln, sind durch das Gesetz vom 28. Juni 1989 abgeändert und vervollständigt. Diese Gesetze, sowie andere Gesetze über die Rechnungsführung des Staates, sind durch den Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordiniert.

Artikel 50, § 1, des Sondergesetzes vom 16. Januar 1989 bezüglich der Finanzierung der Gemeinschaften und Regionen⁽²⁾ besagt: 'Jedes Parlament verabschiedet jährlich den Haushaltsplan und schließt die Rechnungslegungen ab. Die allgemeine Rechnungslegung der Gemeinschaften und der Regionen wird ihrem Parlament gemeinsam mit den Bemerkungen des Rechnungshofes zugestellt. Alle Einnahmen und Ausgaben werden im Haushaltsplan und in den Rechnungslegungen angeführt'. Gemäß Artikeln 50, § 2, und 71, § 1, des Sondergesetzes sind die Bestimmungen über die Rechnungsführung des Staates mutatis mutandis auf ähnliche Weise auf die Gemeinschaften und Regionen anwendbar, solange ein Gesetz die für diese Behörden geltenden allgemeinen Normen nicht festgelegt hat.

² Artikel 60 bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, eingefügt durch das Gesetz vom 18. Juli 1990 zur Abänderung dieses Gesetzes vom 31. Dezember 1983, macht diesen Artikel auf die Deutschsprachige Gemeinschaft anwendbar.

2. FESTSTELLUNGEN ZUR ALLGEMEINEN RECHNUNGSLEGUNG 2004

2.1. Rechnungslegung zur Ausführung des Haushaltsplans 2004 (Hauptverwaltung)

Entwicklung des zu finanzierenden Bruttosaldos

Der sich aus der Ausführung der Haushaltspläne der Hauptverwaltung ergebende zu finanzierende Bruttosaldo betrug im Jahre 2004 -1,25 Mio. Euro. Damit war der zu finanzierende Bruttosaldo um 17,85 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr. Grund für den besseren Bruttosaldo 2004 sind zum einen der Anstieg der Einnahmen und zum anderen die Senkung der Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr. Das Ausgabenvolumen war im Jahre 2003 wesentlich höher durch die Eintragung des Leasings für den Neubau des Ministeriums in Höhe von 12,00 Mio. Euro.

Der Rechnungshof empfiehlt die Entwicklung der Ausgaben an die Entwicklung der Einnahmen anzupassen und die vom Hohen Finanzrat vorgebrachte Norm (Haushaltsausgleich) uneingeschränkt einzuhalten.

2.2. Rechnungslegung der Vermögensbewegungen und Bilanz (Hauptverwaltung)

2.2.1. Aktiva

Der Rechnungshof stellte fest, dass das Inventar der Immobiliengüter 2004 die Immobilienlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum 1. Januar 2004 zeigt und dass infolgedessen die Anschaffungen, Verkäufe und Amortisierungen des Jahres 2004 nicht in die Rechnungslegung aufgenommen worden sind.

Die Datei der Nationalen Inventarkommission, worauf die Deutschsprachige Gemeinschaft sich basiert, wurde nicht aktualisiert. Infolgedessen zeigen die Vermögensangaben kein Abbild des Anlagevermögens der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum 31. Dezember 2004.

Gebäude die nicht mehr Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind oder Gebäude die nicht mehr existieren sind noch immer in das Inventar der Gemeinschaft verbucht.

Der Rechnungshof empfiehlt die Vervollständigung und Aktualisierung des Immobilieninventars anhand der vom Infrastrukturdienst der Gemeinschaft im Verlauf des Jahres registrierten Anschaffungen, Verkäufe und Amortisierungen.

Fernerhin empfiehlt der Rechnungshof die Aufnahme der Liegenschaftsverwaltung in die Rechnungslegung.

2.2.2. Passiva

2.2.2.1. Schuld der Gemeinschaft

In 2003 wurde das Leasing von 12,00 Mio. Euro in Bezug auf den Neubau des Ministeriums konsolidiert. Im selben Jahr nahm die Regierung eine neue Anleihe in Höhe von 7,50 Mio. Euro auf.

Dadurch entstand in 2003 eine erhebliche Erhöhung der direkten Schuld um 19,50 Mio. Euro (+ 56,02%) im Vergleich zum Vorjahr 2002. In 2004 wurden die ausstehenden Summen der in den Jahren 1998, 1999 und 2003 getätigten Anleihen in eine neue Kreditlinie umgewandelt und wurde festgelegt dass für diese Kreditlinie in 2004 weder Kapitaltilgungen noch Zinszahlungen getätigt werden. Dadurch verringerten sich diese Ausgaben um 45,51% im Vergleich zum Jahr 2003. Am 31. Dezember 2004 belief sich die Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf 46,50 Mio. Euro, eine Senkung um 2,57%. Die Schuldrate, d.h. die Beziehung der totalen ausstehenden Schuld zu den Einnahmen, verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 4,44% und betrug 34,35%.

2.2.2.2. Bruttoverschuldung versus Nettoverschuldung

Der Vertrag von Maastricht und der Stabilitätspakt umschreiben die Verschuldung des Staates als eine Bruttoverschuldung, d.h. ohne Abzug des flüssigen Vermögens. Die Bruttoverschuldung belief sich Ende 2004 auf 46,50 Mio. Euro (vgl. Punkt 2.2.2.1.). Nach Abzug des flüssigen Vermögens (in casu das Kassenguthaben der Buchhalter der Deutschsprachigen Gemeinschaft) belief sich die Nettoverschuldung auf 41,53 Mio. Euro. Die Kommission für das Vermögensinventar des Staates ist der Meinung, dass für die Berechnung der Nettoverschuldung ebenfalls die Sachanlagen (94,24 Mio. Euro) in Abzug gebracht werden sollten. Nach Abzug der Sachanlagen³ belief sich die Nettoverschuldung aus Sicht der Inventarkommission auf -52,70 Mio. Euro, d.h. also eine Nettoforderung. Gegenüber dem Vorjahr ist die Nettoforderung 15,26 Mio. Euro zurückgegangen.

2.2.2.3. Strukturelle Belastung

Die im Rahmen der oben erwähnten Kreditlinie vereinbarten günstigen Tilgungsbedingungen für 2004 werden aber ab 2005 die Haushalte der nächsten 10 Jahre besonders belasten. Dies geht eindeutig aus der Simulation (vgl. Punkt 7.2.1.4. Finanzierungsbedürfnisse) hervor.

Insgesamt bestanden für die Deutschsprachige Gemeinschaft zum 31. Dezember 2004 ausstehende Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren in Höhe von 21,65 Mio. Euro. Damit waren sie um 4,13 Mio. Euro höher als im Vorjahr und sind die Vorbelastungen für die Haushalte der nächsten Jahre weiter angestiegen.

Die Verschuldung der Vergangenheit und der zunehmende Anteil der ausstehenden Verpflichtungen führen zu einer wachsenden strukturellen Belastung der künftigen Haushaltsjahren und werden künftige Haushaltsausgleiche weiter erschweren.

2.2.2.4. Eintragung der gehaltlichen, sozialen und steuerlichen Ausgaben (Lehrpersonal und Personal des Ministeriums)

Der Rechnungshof stellte fest, dass die Soziallasten auf die Gehälter des letzten Trimesters 2004 entweder nicht oder nur teilweise eingetragen wurden. Die Hauptverwaltung hat die monatlichen Vorauszahlungen an die Soziale Sicherheit auf die am Ende des Haushaltsjahres 2004 verfügbaren Mittel begrenzt. Infolgedessen sind nicht alle im Laufe des 4. Trimesters verfallenen Soziallasten in der

³ Der Rechnungshof hat den Wert der Sachanlagen nicht auf seine Richtigkeit überprüft.

Haushaltsrechnung 2004 einbegriffen. Nach dem Wortlaut des Königlichen Erlasses vom 1. Juli 1964 sind alle geschuldeten Soziallasten der Monate Oktober und November 2004 in die Buchführung des Jahres 2004 einzutragen⁴). Der Rechnungshof weist darauf hin, dass diese Verfahrensweise auf mehrere Haushaltsjahre zurückgeht. Dies ist ein Verstoß gegen den genannten Königlichen Erlass.

2.3. Dienste mit autonomer oder getrennter Geschäftsführung

Die Ferienwohnungen und das Restaurant des DGG „Gemeinschaftszentren“ wurden in die Aktiva der Bilanz der Hauptverwaltung eingetragen. Weil diese Immobilien nicht in der Bilanz des DGG aufgeführt sind, werden für diese Gebäude in die Gewinn- und Verlustrechnung des DGG keine Abschreibungen eingetragen. Dies hat zur Folge, dass die Berechnung der wirtschaftlichen Ergebnisse nicht möglich ist. Um jederzeit die Liegenschaft möglichst rentabel zu verwalten, müsste den Abschreibungen aller vom DGG in Rahmen seiner Tätigkeiten benutzten Gebäude Rechnung getragen werden.

2.4. Administrative Einrichtungen öffentlichen Interesses

2.4.1. IAWM

Die Haushaltsausgaben des IAWM werden durch die Höhe der Funktionszuschüsse und das Volumen der Löhne des Lehrpersonals in den Zentren geprägt. Eine Steigerung der Tätigkeitsrate in den Zentren setzt sich in einem höheren Volumen der Haushaltsausgaben für das IAWM um. Die dem IAWM gewährte Dotation dahingegen wurde in einem Geschäftsführungsvertrag festgeschrieben und ist unabhängig von der Tätigkeitsrate der Zentren. Eine Steigerung der Tätigkeitsrate in den Zentren und parallel damit eine Steigerung der durch das IAWM den Zentren gewährten Zuschüsse könnte zu einem Haushaltsdefizit für das IAWM führen.

Im Jahr 2004 war es genau das Gegenteil: die Minderung der Tätigkeitsrate in den Zentren hat zu einem Haushaltsüberschuss des IAWM geführt.

2.4.2. Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 7. April 1954 zur allgemeinen Regelung des Haushalts und der Buchführung der durch das Gesetz vom 16. März 1954 beabsichtigten Einrichtungen öffentlichen Interesses, die die Buchung der Einnahmen auf der Basis der festgestellten Rechten vorsehen, hätte die Dienststelle alle am 31. Dezember 2004 festgestellten Rechte sowohl als Haushaltseinnahmen als auch als Erträge mit einer ausgleichenden Forderung in die Aktiva der Bilanz eintragen müssen.

Das Haushaltsjahr 2004 saldiert mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von - 245.487,37 Euro. Gemäß den SEC 95 Normen werden die Kreditgewährungen, die Beteiligungen sowie die entsprechenden Rückzahlungen als rein finanzielle Verrichtungen betrachtet, die auf dem Haushaltsergebnis keine Auswirkung haben. Dementsprechend wurde das Haushaltsergebnis um einen Betrag in Höhe von 15.224,00 Euro (Saldo der Verrichtungen Kreditgewährungen und Beteiligungen) gemindert. Das gemäß der SEC 95-Norm angepasste Haushaltsdefizit beläuft sich infolgedessen auf - 260.711,37 Euro.

⁴ Nur für den Monat Dezember gibt es eine Ausnahme indem die Haushaltsausgabe für Soziallasten im Monat Januar x+1 in die Buchführung eingetragen werden darf.

2.4.3. BRF

Die finanzielle Prüfung der Rechnungen 2004 hat zu den unten stehenden Schlussfolgerungen geführt:

1. Buchung auf Basis des Bestellscheins

Entgegen ihrem üblichen Verfahren hat die Einrichtung die Anschaffung von technischen Ausrüstungen sowohl in die budgetäre Buchführung als auch in die wirtschaftliche Buchführung auf Basis des Bestellscheins eingetragen. Infolgedessen werden Güter, die am 31. Dezember 2004 weder geliefert noch fakturiert wurden, dennoch zu diesem Zeitpunkt in dem buchhalterischen Inventar gebucht.

2. Forderungen an REGIO-MEDIEN AG

Forderungen an diese Gesellschaft, vormals RADIO 3000 AG, die aus der Fakturierung in den Jahren 1998 und 1999 der von dem BRF übernommenen Anlaufkosten hervorgehen, wurden in die Aktiva eingetragen. Der Rechnungshof ist der Meinung, dass der Verwaltungsrat für diese anscheinend bestrittenen Forderungen ein Eintreibungsverfahren einleiten sollte. In Erwartung der Ergebnisse dieses Verfahrens, sind diese Forderungen in ein Konto „Zweifelhafte Forderungen“ zu verschieben.

Außerdem geht aus der analytischen Buchführung hervor, dass Arbeitsstunden, die durch das technische Personal der Einrichtung zugunsten dieser Gesellschaft geleistet wurden, der AG nicht berechnet wurden.

3. Darlehen an BRF-MEDIA AG

BRF-MEDIA AG hat die durch das BRF gewährten Darlehen, die im Laufe des Rechnungsjahres 2004 fällig waren, nicht zurückgezahlt. Auch in den vorhergehenden Jahren wurden die fälligen Darlehen nicht zurückgezahlt. Angesichts der Finanzverschlechterung dieser Gesellschaft hat sich der Verwaltungsrat des BRF entschieden, die Zahlung der ab dem 1. Juli 2004 geschuldeten Zinsen einzustellen, vorausgesetzt dass die anderen Darlehensgeber einen gleichen Entschluss fassen.

2.4.4. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Das Haushaltsjahr 2004 schließt mit einem Gesamthaushaltsüberschuss von 786.160,92 Euro ab, der sich hauptsächlich aus einer Einzahlung der Deutschsprachigen Gemeinschaft von 1.269.180,78 Euro als Deckung des kumulierten Haushaltsdefizits der Vorjahre ergibt.

Diesen Betrag außer Betracht gelassen, hätte das Haushaltsjahr 2004 mit einem zu finanzierenden Saldo von -501.019,86 Euro abgeschlossen. Für diese Summe ist eine Forderungserklärung dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt worden.

Im Rahmen der „Europäischen Programme“ tätigt das Arbeitsamt Ausgaben die nach Billigung durch „Europa“ über den Haushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Abteilung „Europäische Programme“ des Ministeriums zu 45% subventioniert werden könnten. Die 2004 eingetragene Einnahme (446.208,40 Euro) ist identisch mit der Einnahme des Vorjahrs und entspricht einem Vorschuss, unabhängig von den durch das Arbeitsamt getätigten Ausgaben, in Höhe von 40%

der im ursprünglichen Haushaltsplan 2004 des Arbeitsamts geschätzten ESF-Mittel (40% von 1.115.521,00 Euro). Auf Basis der durch das Arbeitsamt erteilten Auskünfte hätte das Arbeitsamt, unter der Bedingung einer hundertprozentigen Billigung der Ausgaben durch „Europa“, auf einen Betrag von 1.063.825,81 Euro als europäische Hilfsmittel Anrecht.

2.5. Norm des Hohen Finanzrates

Mit einem auf Basis der konsolidierten Rechnungen berechneten positiven Nettofinanzierungssaldo in Höhe von **+ 793.667,13 Euro** hat die Deutschsprachige Gemeinschaft in 2004 die Norm des Hohen Finanzrates (Haushaltsausgleich) eingehalten.

Konsolidiertes Haushaltsergebnis der Deutschsprachigen Gemeinschaft

1. Dienste der Hauptverwaltung ⁵	-31.147,37
2. Dienste mit getrennter (autonomer) Geschäftsführung	31.097,93
3. Administrative paragemeinschaftl. Einrichtungen öffentlichen Interesses	793.716,57
A. IAWM	108.853,32
B. BRF	159.413,70
C. Dienststelle für Personen mit Behinderung ⁶	- 260.711,37
D. Arbeitsamt	786.160,92
Nettofinanzierungssaldo	+ 793.667,13

2.6. Überschreitungen

Der Rechnungshof hat keine Überschreitungen festgestellt.

3. KONTROLLAUSSAGE

Unbeschadet der oben erwähnten Feststellungen hat der Rechnungshof in seiner Sitzung der Allgemeinen Versammlung vom 9. November 2005 die allgemeine Rechnungslegung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2004 als mit den vorgelegten Unterlagen übereinstimmend anerkannt.

⁵ Zu finanzierender Nettohaushaltssaldo (-1.258.220,32 Euro + 1.227.072,95 Euro).

⁶ Unter Berücksichtigung des Abzugs des Saldos der Verrichtungen in Bezug auf die Kreditgewährungen und die Beteiligungen sowie deren Rückzahlungen als rein finanzielle Verrichtungen (- 15.224,00 Euro).

4. ECKZAHLEN 2004

Haushaltsergebnis (Hauptverwaltung)

Gemäß Artikel 31 der koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen ergibt sich der Haushaltssaldo des Jahres aus dem Vergleich der realisierten Einnahmen mit den ordonnanzierten Ausgaben.

<i>Euro x 1.000</i>			
	2003	2004	
	Ausführung	Ausführung	Entwicklung
Einnahmen			
- allgemeine	127.213,38	135.442,57	+ 8.229,19
- zweckbestimmte	5.564,71	2.933,88	- 2.630,83
Total	132.778,10	138.376,46	+ 5.598,36
Ausgaben			
- nichtaufgegliederte Mittel	122.912,50	126.349,83	+ 3.437,33
- aufgegliederte Mittel	20.551,08	7.393,85	- 13.157,23
- variable Kredite	4.772,16	2.782,23	- 1.989,93
- übertragene Kredite	3.654,46	3.108,75	- 545,71
Total	151.890,21	139.634,68	- 12.255,53
Haushaltsergebnis (Bruttosaldo)	- 19.112,11	- 1.258,22	+ 17.853,89
Anleihen	7.500,00	-	-
Finanzielles Leasing	12.000,00	-	-

Die Gesamteinnahmen 2004 lagen mit 138,37 Mio. Euro um 5,59 Mio. Euro über den Einnahmen 2003 (außer Anleihen und Leasing). Die Globaldotation 2004 war um rund 6,00 Mio. Euro höher als im Vorjahr. Auch für die nationalen Begleitpläne lagen die Einnahmen um rund 1,00 Mio. Euro über diese des Jahres 2003.

Im Haushaltsjahr 2004 lagen die Gesamtausgaben mit 139,63 Mio. Euro um 12,25 Mio. Euro unter den Ausgaben des Vorjahres. Das Ausgabenvolumen war in 2003 wesentlich höher durch die Eintragung des Leasings für den Neubau des Ministeriums in Höhe von 12,00 Mio. Euro⁽⁷⁾.

Der zu finanzierende Bruttosaldo 2004 betrug - 1,25 Mio. Euro und war damit um 17,85 Mio. Euro niedriger als im Vorjahr. Wenn den Kapitaltilgungen der Anleihen Rechnung getragen wird, so bekommt man den zu finanzierenden Nettosaldo. In 2004 belief sich der zu finanzierende Nettosaldo auf 0,03 Mio. Euro, gegenüber 16,75 Mio. Euro im Vorjahr. Der hohe zu finanzierende Nettosaldo 2003 erklärte sich vor allem aus der einmaligen Eintragung in den Ausgabenhaushaltsplan 2003 des finanziellen Leasings. Gegenüber 2003 wurde in 2004 ein Anstieg der Einnahmen und eine Senkung der Ausgaben verzeichnet, was in einem günstigeren zu finanzierenden Nettosaldo resultierte.

⁷ Einmalige Eintragung von 12,00 Mio. Euro in den Ausgabenhaushaltsplan 2003 (Zuweisung 40 18 72.13 Bau von Gemeinschaftsinfrastrukturen mittels alternativer Finanzierung).

5. RECHNUNGSLEGUNG ZUR AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTSPLANS 2004 (HAUPTVERWALTUNG)

5.1. Einnahmen

5.1.1. Übersichtstabelle

Euro x 1.000

Einnahmen	Artikel	Realisie- rungen 2003	% Anteil 2003	Angepasste Schätzungen 2004	Realisie- rungen 2004	% Anteil 2004	Realisier- ungsrate 2004	Entwicklung % Realisierung 2003/2004
Verschiedenes	06.01	93,84	0,07	230,00	115,01	0,08	50,00	+ 22,55
Auflösung Haushaltsfonds	08.10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Rückzahlung Gehälter	11.11	367,36	0,27	350,00	384,82	0,27	109,94	+ 4,75
Nicht gebr. Geldvorschüsse	12.30	295,89	0,22	120,00	120,22	0,08	100,18	- 59,37
Einschreibegebühren	16.12	147,05	0,11	174,00	151,67	0,10	87,16	+ 3,14
Verwaltung Schatzamt	26.10	242,50	0,18	120,00	152,89	0,11	127,40	- 36,95
Dividenden EBBS	28.20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fernsehgebühren	36.90	28,00	0,02	-	5,10	0,00	-	- 81,78
EU-Subvent. Interreg	39.10	74,80	0,06	623,00	207,77	0,15	33,34	+ 177,76
EU-Subvent. ESF 94-99	39.11	1.044,81	0,78	0,00	0,00	0,43	0,00	0,00
EU-Subvent. ESF 00-06	39.12	2.116,25	1,59	1.962,00	1.984,82	0,69	101,16	93,78
EU-Subvent. Agrartourismus	39.13	0,00	0,00	4,00	4,53	0,00	113,25	-
EU-Subvent. LIFE	39.14	147,41	0,11	0,00	0,00	0,00	100,28	- 100,00
Sonderschulen (Luxemburg)	39.20	1.135,02	0,85	1.249,00	1.249,60	0,90	100,04	+ 10,09
Unterricht (Monschau)	39.21	27,40	0,02	27,00	26,21	0,01	97,07	- 4,34
Rücklagen IAWM	46.40	100,00	0,07	0,00	0,00	0,00	0,00	- 100,00
Kinderzulagen (Jugendschutz)	47.50	65,29	0,05	65,00	54,93	0,03	84,50	- 15,86
Gesundheitsfürsorge (Provinz Lüttich)	48.12	0,00	0,00	62,00	62,00	0,04	100,00	-
Rückforderungen ACS	49.30	172,33	0,11	0,00	1,86	0,00	-	- 98,92
Rückforderungen IHF	49.31	1.497,00	1,12	1.488,00	1.497,00	1,08	100,60	0,00
Sozialhilfe (Wall. Region)	49.32	773,41	0,58	799,00	799,65	0,57	100,08	+ 3,39
Landschaft- und Denkmal (Wall. Region)	49.33	1.593,00	1,20	1.602,00	1.602,00	1,15	100,00	+ 0,56
Schülertransport / Telekom. (Wall. Region)	49.34	149,36	0,11	149,00	224,36	0,16	150,57	+ 50,21
Befugnis Beschäftigung (Wall. Region)	49.35	10.066,00	7,58	10.064,00	10.064,00	7,27	100,00	- 0,01
Erstattung Eintreibung Radio- Fernsehgebühren (Wall. Region)	49.36	195,23	0,14	0,00	0,00	0,00	0,00	- 100,00
Zusatzdotation Radio- und Fernsehgebühren	49.42	4.983,48	3,75	5.058,00	5.057,67	3,65	99,99	+ 1,48

Einnahmen	Artikel	Realisierungen 2003	% Anteil 2003	Angepasste Schätzungen 2004	Realisierungen 2004	% Anteil 2004	Realisierungsrate 2004	Entwicklung % Realisierung 2003/2004	
Ergänzung Beschäftigung Region)	Befugnis (Wall. Region)	49.43	3.285,60	2,47	2.884,00	3.038,83	2,19	105,36	- 7,51
Rückzahlung Wahlen		49.44	23,04	0,02	0,00	0,00	0,00	0,00	- 100,00
Nationale Begleitpläne		49.45	221,63	0,16	1.403,00	1.364,43	0,98	97,25	+ 515,63
Nationallotterie		49.46	405,78	0,30	541,00	687,61	0,49	127,09	+ 69,45
Vennbahn (CICF)		49.47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verkauf Immobilien		76.32	-	-	350,00	144,58	0,10	41,30	-
Hotelprämien		87.20	12,78	0,01	77,00	58,92	0,04	76,51	+ 361,03
Durch die Dotation gespeiste allgemeine Einnahmen		49.41	97.949,00	73,77	106.381,00	106.382,00	76,87	100,00	+ 8,60
Subt. allg. Einnahmen			127.213,38	95,81	135.782,00	135.442,57	97,87	99,75	+ 6,46
Durch die Dotation gespeiste zweckbestimmte Einnahmen		49.41	5.169,00	3,89	2.578,00	2.578,00	1,86	100,00	-50,12
Andere zweckbestimmte Einnahmen		-	395,71	0,30	569,00	355,88	0,25	62,54	- 10,06
Subt. zweckb. Einnahmen			5.564,71	4,19	3.147,00	2.933,88	2,12	93,22	- 77,54
Allgemeines Total			132.778,10	100,00	138.929,00	138.376,46	100,00	99,60	+ 4,21
Anleihe		96.11	7.500,00	-	-	-	-	-	-
Finanzieles Leasing (Gebäude Minsiterium)		96.70	12.000,00	-	-	-	-	-	-

Das Dekret zur Festlegung des Haushaltsplans der Einnahmen für das Haushaltsjahr 2004 vom 1. Dezember 2003 enthält die Schätzungen der allgemeinen und zweckbestimmten Einnahmen für das Haushaltsjahr 2004. Die Dekrete vom 3. Mai 2004 und vom 6. Dezember 2004 haben diese Schätzungen angepasst.

Die Gesamteinnahmen waren mit 138,37 Mio. Euro um 0,55 Mio. Euro (0,40%) niedriger als im angepassten Einnahmenhaushaltsplan veranschlagt.

5.1.2. Erläuterungen zu den allgemeinen Einnahmen

Erträge aus der Verwaltung des Schatzamtes (Artikel 26.10)

<i>Euro x 1.000</i>					
Realisierung 2003	Ursprüngliche Schätzung 2004	Angepasste Schätzung 2004	Realisierung 2004	Realisierungsrate 2004	Entwicklung % 2003/2004
242,50	259,00	120,00	152,89	127,40	- 36,95

Auf diesem Einnahmenartikel werden alle Zinserträge gebucht. Die Schätzungen und Anpassungen basieren auf den absehbaren Einnahmen und auf der voraussichtlichen Kassenlage.

Im Haushaltsjahr 2004 lag das Guthaben am Monatsende ständig wesentlich niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Darüber hinaus waren die Zinsbedingungen und die Rendite auf Schatzamtzertifikate, in die die Deutschsprachige Gemeinschaft insbesondere anlegt, in 2004 gegenüber 2003 gesunken. Beide Faktoren zusammen veranlassten das Schatzamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Schätzung auf die Hälfte der in 2003 realisierten Einnahmen zu reduzieren. Durch die verbesserte Kassensituation zum Jahresende, durch die Anlage hauptsächlich in Schatzamtzertifikaten, die noch im Jahre selber fällig wurden sowie die Überweisung durch die BRF-Media einer Zinsrate auf ihre Anleihe in Höhe von ca 7.000 Euro übertrafen die gebuchten Einnahmen die Schätzung um rund 33.000 Euro.

EU-Subventionen Interreg (Artikel 39.10)

Euro x 1.000

Realisierung 2003	Ursprüngliche Schätzung 2004	Angepasste Schätzung 2004	Realisierung 2004	Realisierungsrate 2004	Entwicklung % 2003/2004
74,80	429,00	623,00	207,77	33,34	177,76

Im Rahmen des Interreg III – Programms 2000-2006 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft an zwei Programmen beteiligt (Euregio Maas-Rhein und Deutschland-Luxemburg mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft/ Wallonischen Region).

2004 wurden einerseits Einnahmen aus der Restabwicklung und dem Abschluss der Projekte der Interreg II – Programmphase verzeichnet. Andererseits wurden Zwischenzahlungen im Rahmen der Abwicklung der neuen Interreg III – Programme erwartet.

Die Differenz aus dem Budget und der Realisierung in den Einnahmen Interreg 2004 ergeben sich aus der Verzögerung bei der Abwicklung des Interreg III Projektes „Wassererlebnis“. Diese Verzögerung ist entstanden weil es diverse Nachfragen gab. Der größte Teil der für dieses Projekt geschätzten Einnahmen in Höhe von 381.000 Euro gingen erst am 3. Januar 2005 ein.

Schülerbeförderung und Telekommunikation (Artikel 49.34)

Euro x 1.000

Realisierung 2003	Ursprüngliche Schätzung 2004	Angepasste Schätzung 2004	Realisierung 2004	Realisierungsrate 2004	Entwicklung % 2003/2004
149,36	149,00	149,00	224,36	150,57	50,21

Die Wallonische Region beteiligt sich an den Kosten die der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die interne Schülerbeförderung entstehen. Im Bereich Telekommunikation geht es um die Verwirklichung von Pilotprojekten und um den Austausch von technischen Informationen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Für die Schülerbeförderung und die Telekommunikation zahlt die Wallonische Region der Deutschsprachigen Gemeinschaft jährlich jeweils 74.684 Euro. Im Jahr 2004 gingen die zwei Raten 2004 und eine Rate 2005 ein.

5.1.3. Erläuterungen zu den zweckbestimmten Einnahmen

Euro x 1.000

	Realisierung 2003	Ursprüngliche Schätzung 2004	Angepasste Schätzung 2004	Realisierung 2004	Realisierungsrate 2004	Entwicklung % 2003/2004
(a) gespeist durch die Dotation	5.169,00	4.315,00	2.578,00	2.578,00	100,00	- 50,12
(b) andere zweckbest. Ein.	395,71	629,00	569,00	355,88	62,54	- 10,06
Total Haushaltsfonds	5.564,71	4.944,00	3.147,00	2.933,88	93,22	- 77,54

Die Einnahmen der Haushaltsfonds setzen sich zusammen aus (1) dem zweckbestimmten Teil der Globaldotation, (2) den anderen zweckbestimmten Einnahmen (d.h. den Erträgen aus der Erfüllung der den Haushaltsfonds erteilten Aufträge) und (3) dem am 31. Dezember 2003 verfügbaren und auf 2004 übertragenen Saldo. Der verfügbare Saldo 2004 wird in der Tabelle der variablen Kredite für Verpflichtungen und für Auszahlungen aufgeführt.

Das Volumen der durch die Haushaltsfonds getätigten Einnahmen lag mit 2.933,88 Mio. Euro um 77,54% unter dem Niveau des Vorjahres. Diese starke Senkung wird mit der niedrigeren Einspeisung in den Amortisierungsfonds (durch einen Teil der Globaldotation) begründet. Die Einnahmen dieses Fonds setzen sich zusammen aus den Mitteln zur Rückzahlung der Anleihen und dem Haushaltsergebnis. Anfang 2004 wurden 5 Anleihen bei der Fortis Bank in eine einzige Kreditlinie umgewandelt. Gleichzeitig wurden die Raten (bis 2008) gesenkt. Dadurch war die Einspeisung im Jahr 2004 viel geringer.

Euro x 1.000

	Realisierung 2003	Angepasste Schätzungen 2004			Realisierung 2004			Realisierungsrate 2004
		Ein. Dotation	Andere Ein.	Total	Ein. Dotation	Andere Ein.	Total	
Fonds Dienstleistungen	770,35	60,00	532,00	592,00	60,00	306,52	366,52	61,91
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Fonds ungeb. Leben	22,68	0,00	22,00	22,00	0,00	48,84	48,84	222,00
Entschuldungsfonds	18,66	22,00	15,00	37,00	22,00	0,43	22,43	60,62
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-
Amortisierungsfonds	4.753,00	2.496,00	0,00	2.496,00	2.496,00	0,07	2.496,07	100,00
Total	5.564,71	2.578,00	569,00	3.147,00	2.578,00	355,88	2.933,88	93,22

5.2. Ausgaben

5.2.1. Allgemeine Bemerkungen

Das Dekret vom 1. Dezember 2003 zur Festlegung des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans der Deutschsprachigen Gemeinschaft für das Haushaltsjahr 2004 legte den ursprünglichen Ausgabenhaushaltsplan 2004 fest. Die Dekrete vom 3. Mai 2004 und vom 6. Dezember 2004 haben

diesen ursprünglichen Haushaltsplan angepasst. Die Zuweisungen wurden viermal aufgrund eines Regierungserlasses neuverteilt.

5.2.2. Kredite des Ausgabenhaushaltsplans

Die Überprüfung der Ausgaben geschieht unter dem Gesichtspunkt der Verpflichtungen (Kredite für Verpflichtungen) sowie der Zahlungsanweisungen (Kredite für Auszahlungen).

Die Verpflichtungen schaffen Verbindlichkeiten zu Lasten des Haushaltsplans. Sie können entweder im laufenden Haushaltsjahr oder in künftigen Haushaltsjahren zur Leistung von Ausgaben führen.

Die Zahlungsanweisungen werden ausgestellt um die im laufenden Jahr oder in den vergangenen Jahren eingegangenen Verpflichtungen zu begleichen.

Euro x 1.000

	Kredite für Verpflichtungen	Festlegungen	Realisie- rungsrate	Kredite für Auszahlungen	Zahlungs- anweisungen	Realisie- rungsrate
Nicht aufgegliederte Mittel	129.492,00	129.321,08	99,87	129.492,00	126.349,83	97,57
Aufgegliederte Mittel	13.312,00	11.943,63	89,72	7.771,00	7.393,85	95,15
Variable Kredite	4.532,51	2.782,23	61,38	4.532,51	2.782,236	61,38
Total	147.336,51	144.046,95	97,77	141.795,51	136.525,93	96,28

5.2.2.1. Verpflichtungen

Die Verpflichtungen stellen die durch die Gemeinschaft eingegangenen Verbindlichkeiten dar. Die für die Verpflichtungen verfügbaren Kredite setzen sich zusammen aus den nicht aufgegliederten Mitteln, den Verpflichtungsermächtigungen der aufgegliederten Mittel und den variablen Krediten. Die Anlagen gliedern die Verpflichtungen nach Programm und Artikel auf.

Euro x 1.000

	Kredite für Verpflichtungen	Festlegungen	Realisie- rungsrate
Nicht aufgegliederte Mittel	129.492,00	129.321,08	99,87
Aufgegliederte Mittel (Verpflichtungsermächtigungen)	13.312,00	11.943,63	89,72
Variable Kredite	4.532,51	2.782,23	61,38
Total	147.336,51	144.046,95	97,77

a) Nicht aufgegliederte Mittel

Die Regierung nahm die veranschlagten Kredite für Verpflichtungen zu 99,87% in Anspruch.

b) Aufgegliederte Mittel (Verpflichtungsermächtigungen)

Die Regierung hat die in Höhe von 13,31 Mio. Euro veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen zu 89,72% in Anspruch genommen. Die hohe Inanspruchnahme deutet auf eine realitätsnahe Veranschlagung hin. Realitätsnahe Veranschlagungen entsprechen den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Verpflichtungsermächtigungen können in künftigen Haushaltsjahren zur Leistung von Ausgaben führen. Gegenüber dem Vorjahr sind die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen um rund 50% zurückgegangen.

c) Variable Kredite

In Ermangelung einer Buchführung der eingegangenen Verpflichtungen stimmen die Beträge der Festlegungen mit den Beträgen der Zahlungsanweisungen überein. 5.2.4.1. *Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen* stellt die Angaben der Haushaltsfonds detailliert dar.

5.2.2.2. Zahlungsanweisungen

Die für die Auszahlungen bereitgestellten Kredite setzen sich zusammen aus den gemäß Artikel 34 der koordinierten Gesetze über die Rechnungsführung des Staates übertragenen nicht aufgegliederten Mitteln des Haushaltsjahres 2003, den nicht aufgegliederten Mitteln, den Ausgabeermächtigungen der aufgegliederten Mittel sowie den variablen Krediten (Saldo des Vorjahres zuzüglich der Einnahmen des Haushaltsjahres 2004. Die Anlagen gliedern die Zahlungsanweisungen nach Programm und Artikel auf.

5.2.2.2.1. Übertragene nicht aufgegliederte Mittel 2003

Von den aus dem Jahr 2003 übertragenen nicht aufgegliederten Mitteln in Höhe von 3.335.717,38 Euro wurden 3.108.758,87 Euro in Anspruch genommen. Die am Ende des Jahres 2004 nicht beanspruchten nicht aufgegliederten Mittel wurden annulliert.

Euro x 1.000

	Übertragene Kredite 2003	Zahlungsanweisungen	Realisierungsrate	Annullierungen
Nicht aufgegliederte Mittel	3.335,71	3.108,75	93,19	226,95
Total	3.335,71	3.108,75	93,19	226,95

5.2.2.2.2. Bereitgestellte Mittel im Haushaltsplan 2004

Euro x 1.000

	Kredite für Auszahlungen	Zahlungsanweisungen	Realisierungsrate	Anteil
Nicht aufgegliederte Mittel	129.492,00	126.349,83	97,57	92,55
Aufgegliederte Mittel (Ausgabeermächtigungen)	7.771,00	7.393,85	95,15	5,42
Variable Kredite	4.532,51	2.782,23	61,38	2,03
Total	141.795,51	136.525,93	96,28	100,00

a) Nicht aufgegliederte Mittel

Die Regierung nahm die veranschlagten nicht aufgegliederten Mittel in Höhe von 129,49 Mio. Euro zu 97,57% in Anspruch. Der Anteil der nicht aufgegliederten Mittel ist mit 92,55% hoch. Nach der 2. Haushaltsanpassung 2004 wurden die Veranschlagungen erhöht. Ein erheblicher Teil dieser Erhöhung entfiel auf die zusätzlichen Mittel für die Gehälter des Personals des Ministeriums.

b) Aufgegliederte Mittel (Ausgabeermächtigungen)

Die Regierung nahm die veranschlagten Ausgabeermächtigungen zu 95,15% in Anspruch. Gegenüber dem Ursprungshaushaltsplan wurden die Mittel für Ausgabeermächtigungen um 8,50% verringert. Dem offiziellen subventionierten Unterrichtswesen (30.24 63.23) und dem Krankenhausbereich (50.16 53.26) wurden weniger Ausgabenermächtigungen zur Verfügung gestellt.

c) Variable Kredite

Die Realisierungsrate der Zahlungsanweisungen zu Lasten der variablen Kredite belief sich auf 61,38%.

5.2.3. Haushaltsfonds

Die Haushaltsfonds werden auf eine detaillierte Weise aufgelistet und in einer Sonderaufstellung dem allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan hinzugefügt.

In Anwendung des Artikels 45, §4, der koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen dürfen die Ausgaben den für einen Haushaltsfonds verfügbaren Kredit, der sich aus (1) dem nicht verwendeten Saldo des Vorjahres und (2) den neuen Einnahmen zusammensetzt, nicht überschreiten.

5.2.3.1. Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen

In Ermangelung einer Buchführung der eingegangenen Verpflichtungen stimmen die Beträge der Festlegungen mit den Beträgen der Zahlungsanweisungen überein (die Festlegungen und die Anweisungen finden zur gleichen Zeit statt).

Euro

	Kredite			Festlegungen / Zahlungsanweisungen	Saldo am 31.12.2004	Realisie- rungsrate
	Saldo am 01.01.2004	Einnahmen 2004	Verfügbar für 2004			
Fonds Dienstleistungen	580.809,48	366.524,33	947.333,80	493.957,12	453.376,68	52,14
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	93.002,30	48.848,88	141.851,18	16.742,65	125.108,53	11,80
Entschuldungsfonds	40.332,35	22.438,86	62.771,21	47.545,50	15.225,71	75,74
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	884.481,97	2.496.077,46	3.380.559,43	2.223.991,85	1.156.567,58	65,79
Allgemeines Total	1.598.626,10	2.933.889,53	4.532.515,62	2.782.237,12	1.750.278,50	61,38

5.2.3.2. Variable Kredite: Vergleich mit den Haushaltsschätzungen

Der verfügbare Kredit besteht sowohl für die Festlegungen als auch für die Auszahlungen aus dem Saldo des Vorjahres und den neuen Einnahmen. Die Bedürfnisse der einzelnen Fonds können allerdings wesentlich niedriger ausfallen als der verfügbare Kredit (ersichtlich aus den aufgelisteten Realisierungsraten). Im Ausgabenhaushalt werden diesbezüglich unter der Rubrik variable Kredite Schätzungen der erwarteten Ausgaben aufgeführt. Der Betrag dieser Schätzungen ist nicht limitativ, sondern nur indikativ (die Ausgaben sind auf jeden Fall auf die verfügbaren Mittel begrenzt). Für den Fonds zum Schutz des ungeborenen Lebens lagen die realisierten Ausgaben der Haushaltsfonds weit unter und für den Entschuldungsfonds weit über den Veranschlagungen.

Euro

	Kredite (Schätzungen)	Festlegungen/ Zahlungsanweisungen	Realisie- rungsrate
Fonds Dienstleistungen	592.000,00	493.957,12	83,44
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	27.000,00	16.742,65	62,01
Entschuldungsfonds	32.000,00	47.545,50	148,58
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	2.225.000,00	2.223.991,85	99,95
Total	2.876.000,00	2.782.237,12	96,74

6. RECHNUNGSLEGUNG DES SCHATZAMTES 2004 (HAUPTVERWALTUNG)

Die Rechnungslegung des Schatzamtes wird dem Rechnungshof gemäß den Artikeln 80 und 91 der koordinierten Gesetze über das staatliche Rechnungswesen vorgelegt.

Diese Rechnungslegung beinhaltet alle vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2004 getätigten Kassenverrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft infolge der Ausführung sowie der Finanzierung des Haushaltsplanes oder jeglicher finanzieller Buchung, einschließlich Drittgelder.

6.1. Übersichtstabelle

Die Kassenverrichtungen sind in 2 Teile aufgliedert: zentrales Schatzamt und Haushaltsfonds.

<i>Euro</i>		Verrichtungen	Guthaben am 01.01.2004 (1)	Einnahmen Kasse (2)	Ausgaben Kasse (3)	Saldi des Jahres (4) = (2) - (3)	Guthaben am 31.12.2004 (1) + (4)
Zentrales Schatzamt	(1) Einnahmen und Ausgaben			135.443.119,50	134.300.997,71	1.142.121,79	
	(2) Schatzamtartikel			200.463.020,27	200.460.884,46	2.135,81	
	Subtotal (1) + (2)		1.242.354,71	335.906.139,77	334.761.882,17	1.144.257,60	2.386.612,31
	(3) Transitkonten		189.434,68	22.618.262,48	22.800.518,88	- 182.256,40	7.178,28
	(4) Geldvorschusskonten		951.304,10	6.700.502,88	7.252.901,69	- 552.398,81	398.905,29
	Subtotal (1) + (2) + (3) + (4)		2.383.093,49	365.224.905,13	364.815.302,74	409.602,39	2.792.695,88
Haushaltsfonds			1.881.757,34	3.423.190,69	3.129.297,14	293.893,55	2.175.650,89
Allgemeines Total			4.264.850,83	368.648.095,82	367.944.599,88	703.495,94	4.968.346,77

6.2. Besondere Bemerkungen

6.2.1. Zentrales Schatzamt

6.2.1.1. Kassenverrichtungen des zentralen Schatzamtes

<i>Euro</i>		Verrichtungen	Guthaben am 01.01.2004 (1)	Einnahmen Kasse (2)	Ausgaben Kasse (3)	Saldi des Jahres (4) = (2) - (3)	Guthaben am 31.12.2004 (1) + (4)
Zentrales Schatzamt	(1) Einnahmen und Ausgaben			135.443.119,50	134.300.997,71	1.142.121,79	
	(2) Schatzamtartikel			200.463.020,27	200.460.884,46	2.135,81	
	Subtotal (1) + (2)		1.242.354,71	335.906.139,77	334.761.882,17	1.144.257,60	2.386.612,31
	(3) Transitkonten		189.434,68	22.618.262,48	22.800.518,88	- 182.256,40	7.178,28
	(4) Geldvorschusskonten		951.304,10	6.700.502,88	7.252.901,69	- 552.398,81	398.905,29
	Total (1) + (2) + (3) + (4)		2.383.093,49	365.224.905,13	364.815.302,74	409.602,39	2.792.695,88

Die Kassenverrichtungen des zentralen Schatzamtes lassen sich nach 4 Kategorien aufteilen:

- (1) die in Ausführung des Haushaltsplans auf Kassenbasis getätigten Einnahmen (auf den Artikeln des Einnahmenhaushaltsplanes) bzw. Ausgaben (Zahlungsanweisungen des laufenden Jahres und der Vorjahre)
- (2) die Buchungen auf Schatzamtartikeln, einschließlich Drittgelder in Schatzamtkonten, mit Ausnahme der Zahlungsanweisungen des laufenden Jahres und der Vorjahre
- (3) die Buchungen auf Transitkonten
- (4) die Buchungen auf Geldvorschusskonten.

(1) Einnahmen und Ausgaben in Ausführung des Haushaltsplans

Die Einnahmen in Ausführung des Haushaltsplans beliefen sich auf 135.443.119,50 Euro.

Die Ausgaben auf Kassenbasis bezogen sich auf Zahlungsanweisungen in Höhe von 134.300.457,27 Euro (133.327.984,28 Euro des Jahres 2004 + 972.472,99 Euro der Vorjahre) und 540,44 Euro Sollzinsen. Zum 31. Dezember 2004 belief der Gesamtbetrag der unbezahlten Zahlungsanweisungen sich auf 1.462.478,96 Euro (gegenüber 972.472,99 Euro zum Jahresende 2003).

(2) Buchungen auf Schatzamtartikeln

Die Einnahmen auf Schatzamtartikeln in Höhe von 200.463.020,27 Euro umfassten:

Bei den zentralen Einnahmenkonten:

- 31.000.000,00 Euro Transfer Einnahmenkonten auf das zentrale Einnahmenkonto (Artikel 10.01)
- 2.582.582,89 Euro Fondsbewegungen - Speisung des Fonds für Dienstleistungen (60.000,00 Euro), des Amortisierungsfonds (2.496.000,00 Euro), des Entschuldungsfonds (22.000,00 Euro) und 4.582,89 Euro Zinsen an das Socrates Konto (Artikel 10.21)

Bei den zentralen Ausgabenkonten:

- 1.080.437,38 Euro Fondsbewegungen – Überweisung auf die Konten „Einnahmen“ oder „Unzustellbare Gelder“ (Artikel 10.21)
- 165.800.000,00 Euro Provision für den Rechnungspflichtigen des zentralen Ausgabenkontos (Artikel 10.30)

Die Ausgaben auf Schatzamtartikeln in Höhe von 200.460.884,46 Euro umfassten:

Bei den zentralen Einnahmenkonten:

- 31.000.000,00 Euro Transfer Einnahmenkonten auf das zentrale Einnahmenkonto (Artikel 10.01)
- 2.582.582,89 Euro Fondsbewegungen - Speisung des Fonds für Dienstleistungen (60.000,00 Euro), des Amortisierungsfonds (2.496.000,00 Euro), des Entschuldungsfonds (22.000,00 Euro) und 4.582,89 Euro Zinsen an das Socrates Konto (Artikel 10.21)
- 165.800.000,00 Euro Provision für den Rechnungspflichtigen des zentralen Ausgabenkontos (Artikel 10.30)

Bei den zentralen Ausgabenkonten:

- 1.078.301,57 Euro Fondsbewegungen - Überweisungen auf die Konten „Einnahmen“ oder „Unzustellbare Gelder“ (Artikel 10.21)

In Sachen Fondsbewegungen (Artikel 10.21) blieb eine Differenz in Höhe von 2.135,81 Euro (1.080.437,38 Euro Einnahmen minus 1.078.301,57 Euro Ausgaben). Es handelt sich um drei Beträge die erst 2005 vom Ausgabenkonto auf das Konto „Unzustellbare Gelder“ überwiesen wurden.

Das Guthaben der auf Haushalts- und Schatzamtartikeln (Teile 1 und 2) getätigten Buchungen belief sich am 31. Dezember 2004 auf 2.386.612,31 Euro und hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Das Ergebnis zum Jahresende 2004 wird bestätigt durch die Addition der Finanzsituation des zentralen Einnahmenkontos (+ 1.636.641,66 Euro⁽⁸⁾) und die Situation des zentralen Ausgabenkontos (+ 749.970,65 Euro)⁽⁹⁾.

Im Jahr 2004 waren zum Jahresende Schatzamtbriefe der Stadt Antwerpen (CPAS) sowie der Universität Löwen angekauft und noch nicht fällig. Diese sind im Guthaben des zentralen Einnahmenkontos einbegriffen.

(3) Buchungen auf Transitkonten

Die Transitkonten beziehen sich zum einen auf die von der Gemeinschaft zu entrichtenden Beträge für Berufssteuervorabzug und soziale Sicherheit. Zum anderen werden hier die Streitsachen und die unzustellbaren Gelder aufgeführt.

Das Guthaben der Transitkonten am 31. Dezember 2004 in Höhe von 7.178,28 Euro umfasste den Saldo der Streitsachen (3.459,57 Euro) und den Saldo der unzustellbaren Gelder (3.718,71 Euro). Der Saldo der eigentlichen Transitkonten war null.

(4) Geldvorschusskonten

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über drei Geldvorschusskonten, ein Konto in der Regierung und zwei Konten in der Verwaltung. Am 31. Dezember 2004 belief sich das Guthaben dieser Konten auf 398.905,29 Euro.

6.2.1.2. Nettoergebnis des zentralen Schatzamtes⁽¹⁰⁾

Das Nettoergebnis in Ausführung des Haushaltsplans (Einnahmen minus Ausgaben auf Kassenbasis) belief sich auf 1.142.121,79 Euro.

Das Guthaben des zentralen Schatzamtes, einschließlich der internen Schatzamtverrichtungen sowie der Verrichtungen auf Transitkonten und Geldvorschusskonten, belief sich auf 2.792.695,88 Euro.

Da die Transitkonten kein eigentliches Guthaben der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedeuten, belief sich das Nettoguthaben auf:

2.792.695,88 Euro
- 7.178,28 Euro (Saldo Transitkonten)
2.785.517,60 Euro

⁸ Rechnungslegung Einnahmenkonten 2004.

⁹ Rechnungslegung Ausgabenkonten 2004.

¹⁰ Nr. 6.2.1.1. Kassenverrichtungen des zentralen Schatzamtes.

6.2.2. Haushaltsfonds

<i>Euro</i>					
	Guthaben am 01.01.2004	Einnahmen Kasse	Ausgaben Kasse	Saldo des Jahres	Guthaben am 31.12.2004
	(1)	(2)	(3)	(4) = (2) - (3)	(1) + (4)
Fonds Dienstleistungen	863.940,72	855.825,49	841.017,14	14.808,35	878.749,07
Fonds Ostbelgieninvest	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Medienfonds	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Fonds ungeb. Leben	93.002,30	48.848,88	16.742,65	32.106,23	125.108,53
Entschuldungsfonds	40.332,35	22.438,86	47.545,50	- 25.106,64	15.225,71
Fonds soz. Wohnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Amortisierungsfonds	884.481,97	2.496.077,46	2.223.991,85	272.085,61	1.156.567,58
Total	1.881.757,34	3.423.190,69	3.129.297,14	293.893,55	2.175.650,89

Auf Kassenbasis verbuchten die Haushaltsfonds am 31. Dezember 2004 489.301,16 Euro mehr Einnahmen als auf Haushaltsbasis⁽¹¹⁾. Die Mehreinnahmen auf Kassenbasis bezogen sich auf Drittgelder⁽¹²⁾ und Fondsbewegungen⁽¹³⁾ im Fonds für Dienstleistungen. Diese Buchungen in der Schatzamtsrechnung stellen für die Haushaltsfonds aber keine effektiven Einnahmen dar.

Bei den Ausgaben wurden Ende 2004 auf Kassenbasis 347.060,02 Euro mehr Ausgaben verbucht als auf Haushaltsbasis⁽¹⁴⁾. Diese Mehrausgaben auf Kassenbasis bezogen sich auf Drittgelder⁽¹⁵⁾ und Fondsbewegungen⁽¹⁶⁾ im Fonds für Dienstleistungen. Sie stellen für die Haushaltsfonds keine effektiven Ausgaben dar.

6.3. Übereinstimmung der Entwicklung des Schatzamtes mit dem Haushaltsergebnis 2004 (Hauptverwaltung)

Guthaben am 1. Januar 2004 4.264.850,83 Euro

Guthaben am 31. Dezember 2004 4.968.346,77 Euro

Entwicklung 2004 + 703.495,94 Euro

zu finanzierender Bruttosaldo 2004	- 1.258.220,32 Euro
in 2004 getätigte Zahlungsanweisungen der Vorjahre	- 972.472,99 Euro
unbezahlte Zahlungsanweisungen zum 31. Dezember 2004	+ 1.462.478,96 Euro
Zahlungsanweisungen 2004 im Januar 2005 eingeführt	+ 1.881.122,96 Euro
Transitkonten - Saldo der Bewegungen 2004	- 182.256,40 Euro
Geldvorschusskonten – Saldo der Bewegungen 2004	- 552.398,81 Euro
Schatzamtverrichtungen zu regulieren	2.135,81 Euro
Einfluss Drittgelder in die Haushaltsfonds	+ 142.241,14 Euro
<u>in 2004 bezahlte Ordonnanz 2003</u>	<u>+ 180.865,59 Euro</u>

TOTAL + 703.495,94 EURO

¹¹ Nr. 5.2.4.1. Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen.

¹² Drittgelder Europaprogramme in Höhe von 292.008,70 Euro und Drittgelder MwSt. in Höhe von 34.628,73 Euro.

¹³ Fondsbewegungen Essengutscheine in Höhe von 150.000,00 Euro und andere Fondsbewegungen in Höhe von 12.663,73 Euro.

¹⁴ Nr. 5.2.4.1. Variable Kredite für Verpflichtungen und Auszahlungen.

¹⁵ Drittgelder Europaprogramme in Höhe von 155.997,30 Euro und Drittgelder MwSt. in Höhe von 28.398,99 Euro.

¹⁶ Fondsbewegungen Essengutscheine in Höhe von 150.000,00 Euro und andere Fondsbewegungen in Höhe von 12.663,73 Euro.

7. RECHNUNGSLEGUNG DER VERMÖGENSBEWEGUNGEN UND BILANZ (HAUPTVERWALTUNG)

Gemäß den Bestimmungen der Artikel 82 bis 84 der koordinierten Gesetze⁽¹⁷⁾ über das staatliche Rechnungswesen wird die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen aufgrund einer Aufgliederung der Güter ihrer Art nach aufgestellt. Die Rechnungslegung sollte zu einer zusammenhängenden Darstellung der Änderungen der Aktiva und Passiva der Gemeinschaft führen.

In Aussicht auf die zukünftige Einsetzung der neuen öffentlichen Buchhaltung ist die Bilanz ein wichtiger Teil der Rechnungslegung, die zur Festlegung einer Eröffnungsbilanz führen sollte. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Bilanz 2004 der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Basis der Bewertungsprinzipien der Kommission für das Vermögensinventar des Staates analysiert worden.

7.1. Aktiva

7.1.1. Sachanlagen

7.1.1.1. Immobilien

a) Immobilieninventar

Die Deutschsprachige Gemeinschaft wendet seit 1999 für die nicht bebauten Immobilien (Grundstücke) als auch für die bebauten Immobilien (Gebäude) eine neue Berechnungsmethode an, basiert auf der Datenbank und den Bewertungsmaßstäben der Nationalen Inventarkommission. Diese Methode macht eine komplettere und genauere Wertschätzung aller Immobilien möglich.

Die nicht bebauten Immobilien werden geschätzt aufgrund der Katasterfläche, der Art, der geographischen Lage sowie des durch die Anschaffungskommissionen gegebenen Durchschnittsverkaufswerts pro Quadratmeter.

Die bebauten Immobilien werden geschätzt auf Basis des Preises, den man für den Wiederaufbau eines vergleichbaren Gebäudes, nach Abzug der Abschreibung dem Alter entsprechend, geben müsste. Die Gebäude werden jedes Jahr um 2% amortisiert, mit Stopp bei 24% wenn sie inzwischen nicht wertlos sind.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Immobilienlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum 1. Januar 2004 (aufgrund der letzten vom Kataster übermittelten Datei⁽¹⁸⁾). Diese Angaben tragen aber den Vermögensbewegungen und den Amortisierungen des Jahres 2004 keine Rechnung und geben infolgedessen kein Abbild des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2004.

¹⁷ Diese Artikel sind Gegenstand von zwei Königlichen Ausführungserlassen: dem Königlichen Erlass vom 9. Juli 1975 zur Grundlage des staatlichen Vermögensrechnungswesens und dem Königlichen Erlass vom 25. Juni 1976 bezüglich der Abschreibungen und der Berichtigungen im staatlichen Vermögensrechnungswesen.

¹⁸ Die Angaben des Katasters bezüglich Haushaltsjahr X werden dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft erst im Monat Oktober des Haushaltsjahres X+1 übermittelt, so dass diese Angaben nicht fristgerecht in die allgemeine Rechnungslegung bezüglich des Haushaltsjahres X (Fertigstellung im Monat Mai/Juni) aufgenommen werden können. Die frühesten Katasterangaben worüber das Ministerium bei der Fertigstellung der allgemeinen Rechnungslegung verfügt, betreffen das Haushaltsjahr X-1. Einige vom Rechnungshof festgestellte Unterschiede finden ihre Ursache darin.

<i>Euro</i>				
	Umschreibung	Immobilienlage 1. 1. 2003	Immobilienlage 1.1.2004	Entwicklung %
Schulen	Gebäude	48.670.679	45.467.957	- 6,58
	bebaute Grundstücke	13.017.543	12.291.613	- 5,58
	Gelände	21.041	21.041	0,00
Ministerium	Gebäude	1.133.219	1.122.224	- 0,97
	bebaute Grundstücke	308.231	308.231	0,00
	Gelände	70.057	70.057	0,00
Parlament	Gebäude	1.241.884	1.241.884	0,00
	bebaute Grundstücke	142.692	142.692	0,00
	Gelände	3.828	3.828	0,00
BRF	Gebäude	4.897.680	4.780.829	- 2,39
	bebaute Grundstücke	374.171	374.171	0,00
	Gelände	60.828	60.828	0,00
Worriken	Gebäude	18.446.850	17.279.205	- 6,33
	bebaute Grundstücke	699.989	699.989	0,00
	Gelände	649.935	649.935	0,00
Verschiedene	Gebäude	5.527.036	5.495.203	- 0,58
	bebaute Grundstücke	706.739	706.739	0,00
	Gelände	17.122	17.122	0,00
Gesamttotal		95.989.524	90.733.548	- 5,48

Der Gesamtinventarwert der Immobiliengüter der Deutschsprachigen Gemeinschaft lag am 1. Januar 2004 mit 90.733.548 Euro um 5,48% unter dem Gesamtinventarwert des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahr ist eine allgemeine Wertminderung der Gebäude festzustellen. Die Grundstücke und die Gelände, diese der Schulen ausgenommen, zeigen einen Status quo.

Die Schulbauten wurden im Durchschnitt um 2,67% abgewertet. Starke Wertminderungen gab es für das Athenäum Bütgenbach (- 5,88%), das KUZ & Schule Burg-Reuland (- 6,25%) und die Pädagogische Hochschule Monschauerstraße 57 Eupen (- 6,25%). Die Primarschule Raeren und die Primarschule Recht (und die dazugehörigen Grundstücken) wurden vom Immobilieninventar der Deutschsprachigen Gemeinschaft gestrichen¹⁹). Diese Streichung hat den globalen Inventarwert der Schulbauten weiter vermindert (-6,58%, vgl. oben stehende Tabelle).

Da der Inventarwert zum 1. Januar 2004 aufgeführt wird, ist das Gebäude des Ministeriums noch als Baustelle geführt. Für dieses Gebäude gibt es eine leichte Wertminderung (- 0,96%).

Der Wert der Gebäude des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat sich auf 1.241.884 Euro stabilisiert weil die Immobiliengüter schon abgeschrieben wurden. Der buchhalterische Wert entspricht dem Mindestwert von 24%.

Die Ferienwohnungen Worriken wurden stark abgewertet (- 16,13%). Das Restaurant Worriken wurde gegenüber dem Vorjahr mit einer Wertminderung von 3,55% in das Immobilieninventar verbucht.

b) Liegenschaftsverwaltung

Die Liegenschaftsverwaltung umfasst die Abwicklung aller mit Liegenschaften verbundenen Fragestellungen wie Kostenschätzungen, Marktanalysen, Nutzungskonzepte, Finanzierungskonzepte und Infrastrukturentwicklung.

¹⁹ Diese Schulen wurden von den betreffenden Gemeinden übernommen.

Die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen gibt keinen Aufschluss weder über den Bedarf an Liegenschaften noch über die erwerbbaeren Liegenschaften in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

c) Befunde und Empfehlungen

Der Rechnungshof stellt fest, dass

- das Inventar der Immobiliengüter 2004 die Immobilienlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum 1. Januar 2004 zeigt und dass infolgedessen die Anschaffungen, Verkäufe und Amortisierungen des Jahres 2004 nicht aufgenommen worden sind
- Gebäude die nicht mehr Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind oder Gebäude die nicht mehr existieren noch immer in das Inventar der Gemeinschaft verbucht sind
- die Datei der Nationalen Inventarkommission, worauf die Deutschsprachige Gemeinschaft sich basiert, nicht aktualisiert wurde
- die Vermögensangaben infolgedessen kein Abbild des Anlagevermögens der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum 31. Dezember 2004 zeigen
- die Liegenschaftsverwaltung nicht in die Rechnungslegung aufgenommen worden ist.

Folglich empfiehlt der Rechnungshof:

- die Vervollständigung und Aktualisierung des Immobilieninventars anhand der vom Infrastrukturdienst im Verlauf des Jahres registrierten Anschaffungen, Verkäufe und Amortisierungen
- die Aufnahme in die Rechnungslegung der Liegenschaftsverwaltung der Gemeinschaft.

7.1.1.2. Mobilien

In diesem Bereich unterscheidet die Inventarkommission zwischen den Mobilien, die nach ihrem historischen Wert geschätzt werden, und den Mobilien, die nach ihrem käuflichen Wert geschätzt werden.

Zu den nach ihrem historischen Wert geschätzten Mobilien werden das Mobiliar, das Büromaterial, das didaktische Mobiliar und Material, die Hard- und Software und der Fuhrpark gerechnet. Diese Güter werden auf einem bestimmten Satz je nach Gütertyp abgeschrieben. Im Gegensatz zu den Immobilien gibt es hier keinen Restwert.

Zu den nach ihrem käuflichen Wert geschätzten Mobilien werden die Bücher und die Kunstgegenstände gerechnet. Diese Güter werden nicht abgeschrieben.

In die Rubrik „Mobilien“ werden nur gebucht die im Laufe der vorhergehenden Haushaltsjahre zu Lasten einer Zuweisung des allgemeinen Ausgabenhaushaltsplans getätigten Anschaffungen und die noch einen Restwert besitzen. Die Anschaffungen von Investitionsgütern, die direkt durch die Dienste mit getrennter Geschäftsführung, die paragemeinschaftlichen Einrichtungen oder das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgeführt werden, werden nicht in diese Bilanz gebucht.

Es wurden in 2004 Anschaffungen von Mobilien für einen Betrag von 542.788,00 Euro getätigt.

<i>Euro</i>		
Kode	Umschreibung	Anschaffungen 2004
80.40.10.32	Büromaterial und Mobiliar	140.200,92
80.41.10.32	Werkstattmaterial	28.987,76
80.42.10.32	Didaktisches Material	97.784,01
80.44.10.32	Fernmeldegeräte	769,00
80.47.10.32	Material/ Mobiliar aller Art	193.408,31
80.50.10.32	Fahrzeuge	22.140,25
80.60.10.32	Bibliothek	59.497,75
Gesamttotal		542.788,00

Die nachstehende Tabelle zeigt die Vermögensbewegungen der Mobilien des Jahres 2004.

<i>Euro</i>			
Inventar am 31.12.2003	Anschaffungen 2004	Amortisierungen 2004	Inventar am 31.12.2004
3.450.452,96	542.788,00	478.638,86	3.514.602,10

7.1.2. Finanzielle Anlagen

Eine Übersicht über die Beteiligungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft enthält die nachstehende Tabelle. Inklusive des gewährten rückzahlbaren Darlehens handelt es sich um eine Totalsumme von 1.967.216,59 Euro.

<i>Euro</i>		
Umschreibung	Wert der Anteile	Gewährtes Darlehen
Musikakademie	101.512,40	
Ostbelgieninvest	1.239.467,62	
A.G.E.B.B.S.	24.800,01	
Euregionale 2008 Agentur	1.600,00	
BRF-Media AG	210.412,02	161.130,79
Interkommunale Spa-Francorchamps	2.478,94	
Verkehrsamt der Ostkantone	148.736,11	
Europäisches Tourismusinstitut	52.078,70	
Agentur für nachhaltige Entwicklung	25.000,00	
Total	1.806.085,80	161.130,79

7.1.3. Zusammenfassende Tabelle der Vermögensanlagen

<i>Euro</i>			
	2003	2004	Entwicklung %
Immobilien	95.989.524,00	90.733.548,00	- 5,48
Mobilien	3.450.452,96	3.514.602,10	+ 1,86
Finanzielle Anlagen	1.942.216,59	1.967.216,59	+ 1,29
Gesamttotal	101.382.193,55	96.215.366,69	- 5,10

7.2. Passiva

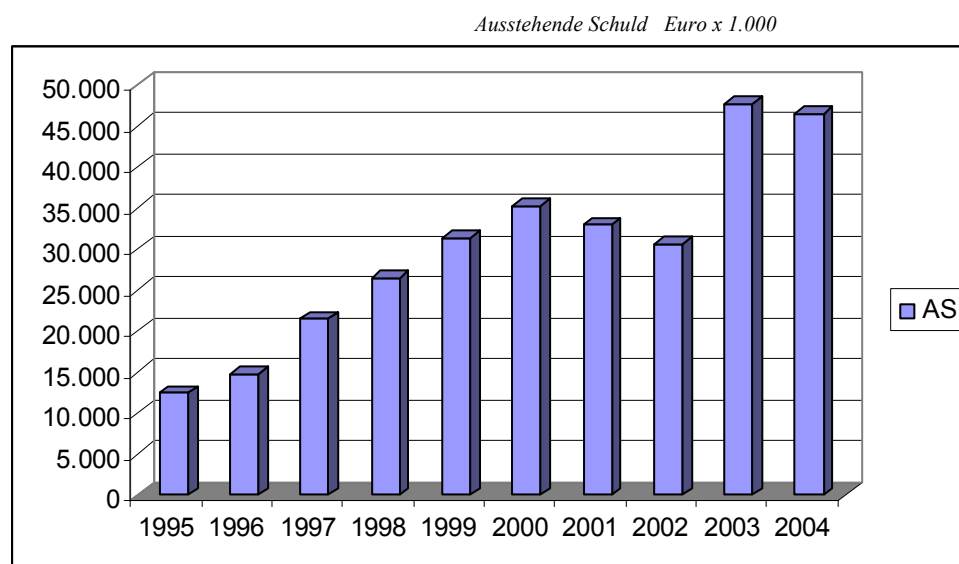
7.2.1. Schuld der Deutschsprachigen Gemeinschaft

7.2.1.1. Entwicklung der Schuld

Euro x 1.000

	Kurzfristige Anleihen < 1 Jahr	Langfristige Anleihen > 1 Jahr	Ausstehende kurzfristige Schuld am 31. Dezember	Ausstehende langfristige Schuld am 31. Dezember	Total ausstehende Schuld am 31. Dezember	% Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
1995	6.197,330	6.197,33	6.197,33	6.197,33	12.394,67	
1996	0	8.924,16	0	14.811,63	14.811,63	+ 19,50
1997	0	7.436,80	0	21.492,36	21.492,36	+ 45,10
1998	0	6.073,39	0	26.437,84	26.437,84	+ 23,01
1999	0	6.445,23	0	31.350,25	31.350,25	+ 18,58
2000	0	5.825,49	0	35.312,39	35.312,39	+ 12,64
2001	0	0	0	32.953,26	32.953,26	- 6,68
2002	0	0	0	30.594,12	30.594,12	- 7,16
2003	0	19.500,00	0	47.734,98	47.734,98	+ 56,02
2004	0	0	0	46.507,91	46.507,91	- 2,57

In den Jahren 2001 und 2002 wurden keine neuen Anleihen aufgenommen. In 2003 wurde das Leasing von 12,00 Mio. Euro in Bezug auf den Neubau des Ministeriums konsolidiert. Im selben Jahr nahm die Regierung eine neue Anleihe in Höhe von 7,50 Mio. Euro auf. Dadurch entstand in 2003 eine Erhöhung der direkten Schuld um 19,50 Mio. Euro (+ 56,02%) im Vergleich zum Vorjahr 2002. In 2004 wurden die ausstehenden Summen der in den Jahren 1998, 1999 und 2003 getätigten Anleihen in eine neue Kreditlinie umgewandelt⁽²⁰⁾.

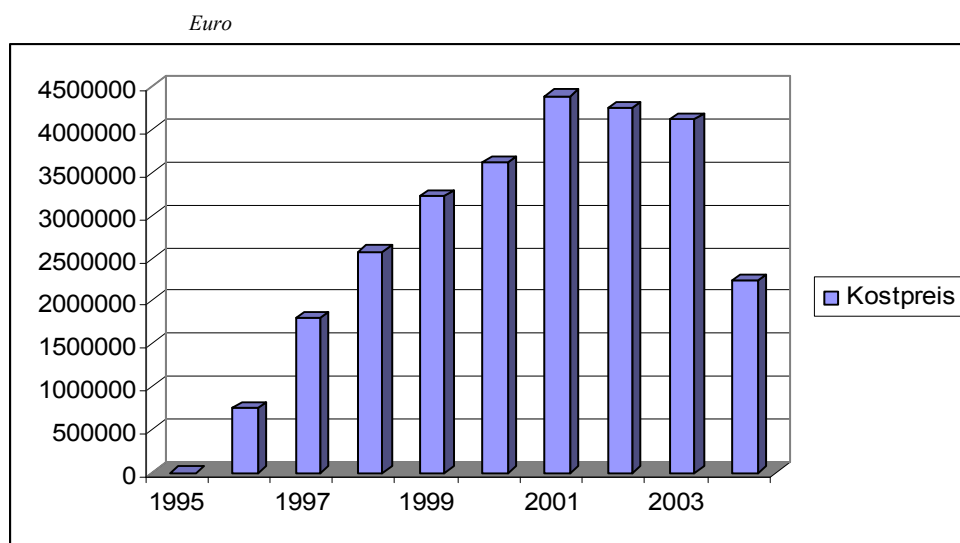


²⁰ Die neue Kreditlinie wurde mit dem Vertrag vom 27. Januar 2004 zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Fortisbank vereinbart.

7.2.1.2. *Kostpreis der Schuld*

<i>Euro</i>				
	Kapitaltilgungen	Zinslast	Gesamtausgaben	% Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
1995	0	0	0	
1996	309.866,91	446.160,80	756.027,70	
1997	756.075,25	1.054.660,77	1.810.736,02	+ 139,50
1998	1.127.915,54	1.451.316,69	2.579.232,22	+ 42,44
1999	1.532.824,82	1.683.021,57	3.215.846,40	+ 24,68
2000	1.863.349,51	1.758.004,13	3.621.353,65	+ 12,60
2001	2.359.136,56	2.032.395,12	4.391.531,68	+ 21,26
2002	2.359.136,56	1.891.186,07	4.250.322,63	- 3,21
2003	2.359.136,56	1.757.031,18	4.116.167,74	- 3,16
2004	1.227.072,95	1.015.796,67	2.242.869,62	- 45,51
Gesamt	13.894.514,62	13.089.573,03	26.984.087,69	

Für die oben erwähnte Kreditlinie wurde vertragsgemäß festgelegt, dass in 2004 weder Kapitaltilgungen noch Zinszahlungen getätigt werden. Diese für 2004 vorgesehenen Minderausgaben haben zu einer Senkung der Gesamtausgaben um 45,51% geführt.



7.2.1.3. Schuldrate

<i>Euro x 1.000</i>				
	Total ausstehende Schuld	Einnahmen	Schuldrate	%Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr
1995	12.394,67	91.007,91	13,61 %	-
1996	14.811,63	90.971,96	16,28 %	+ 19,55
1997	21.492,36	95.738,95	22,44 %	+ 37,88
1998	26.437,84	98.050,81	26,96 %	+ 20,11
1999	31.350,25	101.014,62	31,03 %	+ 15,10
2000	35.312,39	117.557,80	30,03 %	- 3,21
2001	32.953,26	129.334,64	25,47 %	- 15,18
2002	30.594,12	130.524,19	23,44 %	- 8,01
2003	47.734,98	132.778,10	35,95 %	+ 53,38
2004	46.507,91	138.376,46	34,35 %	- 4,44

Die Schuldrate ist die Beziehung der totalen ausstehenden Schuld zu den Einnahmen²¹. Durch die Konsolidierung des Leasings und eine neue Kreditaufnahme war die ausstehende Schuld in 2003 deutlich angestiegen. Dadurch lag gegenüber dem Vorjahr 2002 die Schuldrate in 2003 um 53,38% höher. 2004 zeigte eine Senkung um 4,44%.

Die unten stehende Tabelle zeigt die Brutto- und Nettoverschuldung, inklusive der Nettoverschuldung aus Sicht der Kommission für das Vermögensinventar des Staates.

<i>Euro</i>		
	2003	2004
Bruttoverschuldung (1)	47.734.989,88	46.507.916,97
Flüssiges Vermögen (2)	4.264.850,83	4.968.346,77
Nettoverschuldung (3) = (1) – (2)	43.470.139,05	41.539.570,20
Sachanlagen ²² (4)	111.439.976,96 ²³	94.248.150,10
Nettoverschuldung / Nettoforderung (Inventarkommission) (5) = (3) – (4)	- 67.969.837,91	- 52.708.579,90

2004 belief sich die Bruttoverschuldung auf 46.507.916,97 Euro. Nach Abzug des flüssigen Vermögens in Höhe von 4.968.346,77 Euro⁽²⁴⁾ belief sich die Nettoverschuldung auf 41.539.570,20 Euro. Nach Abzug der Sachanlagen (Sicht der Inventarkommission⁽²⁵⁾) belief sich die Nettoverschuldung auf – 52.708.579,90 Euro (= Nettoforderung). Gegenüber 2003 ist der Betrag der Nettoforderung um 15.261.258,01 Euro zurückgegangen.

²¹ Die Einnahmen verstehen sich ausschließlich der Anleihen (Norm des Hohen Finanzrates).

²² Angaben des Katasters.

²³ Inklusiv 12.000.000,00 Euro des Leasings.

²⁴ Es handelt sich um das Kassenguthaben der Buchhalter der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

²⁵ Die Kommission für das Vermögensinventar des Staates ist der Meinung, dass die Sachanlagen entweder direkt ertragreich sind oder für die Realisierung des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder politischen Lebens unentbehrlich sind und demzufolge für die Berechnung der Nettoverschuldung in Abzug gebracht werden sollten.

7.2.1.4. Finanzierungsbedürfnisse

<i>Euro</i>			
	Kapitaltilgungen	Zinstilgungen	Finanzierungsbedürfnisse
1995	0,00	0,00	0,00
1996	309.866,91	446.160,80	756.027,71
1997	756.075,25	1.054.660,77	1.810.736,02
1998	1.127.915,54	1.451.316,69	2.579.232,23
1999	1.532.824,82	1.683.021,58	3.215.846,40
2000	1.863.349,51	1.758.004,14	3.621.353,65
2001	2.359.136,56	2.032.395,12	4.391.531,68
2002	2.359.136,56	1.891.186,08	4.250.322,64
2003	2.359.136,56	1.757.031,18	4.116.167,74
2004	1.227.072,91	1.015.796,67	2.242.869,58
2005	1.428.296,85	2.834.719,18	4.263.016,03
2006	1.497.642,66	2.322.214,10	3.819.856,76
2007	2.677.503,14	2.240.731,71	4.918.234,85
2008	2.689.420,30	2.094.126,07	4.783.546,37
2009	3.147.824,17	1.949.479,74	5.097.303,91
2010	3.160.637,05	1.774.315,26	4.934.952,31
2011	3.173.922,73	1.602.851,86	4.776.774,59
2012	3.187.698,65	1.429.738,62	4.617.437,27
2013	3.201.982,89	1.257.177,78	4.459.160,67
2014	3.216.794,23	1.082.048,30	4.298.842,53
2015	3.232.152,11	908.037,89	4.140.190,00
2016	2.938.209,78	732.720,84	3.670.930,62
2017	2.508.513,64	576.280,89	3.084.794,53
2018	2.153.794,85	444.718,79	2.598.513,64
2019	2.171.548,12	335.637,39	2.507.185,51
2020	517.280,40	225.900,90	743.181,30
2021	536.368,05	207.379,87	743.747,92
2022	556.160,03	187.021,27	743.181,30
2023	576.682,34	166.498,97	743.181,31
2024	597.961,92	145.219,39	743.181,31
2025	620.026,71	123.492,01	743.518,72
2026	642.905,70	100.275,61	743.181,31
2027	666.628,92	76.552,39	743.181,31
2028	691.227,52	51.953,78	743.181,30
2029	716.734,21	26.519,95	743.254,16
Gesamt-total	60.402.431,59	35.985.185,59	96.387.617,18

Die oben stehende Tabelle zeigt die künftigen Finanzierungsbedürfnisse der Deutschsprachigen Gemeinschaft um die heutige Schuld zu decken. Die simulierten Bedürfnisse berücksichtigen nicht die eventuellen künftigen neuen Anleihen und die Finanzierungslasten von Infrastrukturprojekten für Dritte²⁶). Die Tilgungsbedingungen der oben erwähnten neuen Kreditlinie werden ab 2005 die Haushalte der nächsten 10 Jahre insbesondere belasten (vgl. oben stehende Tabelle).

7.2.1.5. Unbezahlte Rechnungen

Die in dieses Konto verbuchte Schuld in Höhe von 1.462.478,96 Euro bezieht sich auf die Zahlungsanweisungen die am 31. Dezember 2004 zwar ordonnanziert aber noch nicht bezahlt waren.

Zum Zwecke der Vollständigkeit sollten alle am 31. Dezember bestehenden Schulden in die Passiva der Bilanz eingetragen werden (vgl. 16. Bericht des Rechnungshofes, Nr. 5.2.3.2.2. Schulden, unbezahlte Rechnungen). So sollten auch alle gehaltlichen, sozialen und steuerlichen Schulden

²⁶ Vor kurzem hat die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Anleihen bei der Dexia Bank umverschuldet. Die aufgeführte Tabelle trägt dieser Umverschuldung selbstverständlich noch keine Rechnung.

bezüglich der Löhne des Lehrpersonals oder des Personals des Ministeriums für das vierte Trimester angegeben werden.

7.2.1.5.1. Sozialabgaben und Arbeitgeberlasten

Zur Erinnerung werden die allgemeinen Regeln im Bereich der Zahlung der Beiträge für das LSS und der Berufssteuervorabzüge erwähnt.

a) Beiträge für das LSS (Landesamt für Sozialsicherheit)

Bei jeder Lohnauszahlung soll der Arbeitgeber den persönlich vom Arbeitnehmer geschuldeten LSS – Beitrag abziehen und diesen Betrag zusammen mit dem LSS- Beitrag des Arbeitgebers an das Landesamt für Sozialsicherheit überweisen.

Der Arbeitgeber überweist diese Beiträge vierteljährlich (Verfallfrist spätestens letzter Tag des auf das Trimester folgenden Monats). In Bezug auf das vierte Trimester läuft die Verfallfrist am 31. Januar aus. Der Arbeitgeber ist gehalten jeweils am fünften Tag des zweiten, dritten und vierten auf das Ende eines Trimesters folgenden Monats eine Vorauszahlung von 30% zu tätigen. Für die Berechnung der Vorauszahlung wird von der im vorletzten Trimester (T-2) geschuldeten Beitragssumme ausgegangen. Für das vierte Trimester gibt es eine wichtige Ausnahme indem die Vorauszahlungen die am 5. November, am 5. Dezember und am 5. Januar getätigt werden sollten sich beziehungsweise auf 35%, 35% und 20% der im vorletzten Trimester (T-2) geschuldeten Beitragssumme belaufen.

b) Berufsteuerabzüge

In Bezug auf den Berufssteuervorabzug soll vor dem 15. Dezember eine Vorauszahlung getätigt werden die mit den für die Monate Oktober und November effektiv geschuldeten Berufsteuerabzügen übereinstimmt.

Seit Jahren aber hält die Deutschsprachige Gemeinschaft die gesetzlichen Regeln im Bereich der Vorauszahlungen nicht mehr ein. Die Sanktionen für die Nichteinhaltung sind relativ gering weil sie sich nur auf die Zahlungsverspätung des vierten Trimesters beziehen.

7.2.1.5.2. Nichteinhaltung der budgetären Eintragungsregeln bezüglich der gehaltlichen, sozialen und steuerlichen Ausgaben

Der Rechnungshof erinnerte an die diesbezüglichen Regeln bereits in seinem 16. Bericht: "Dazu sind die Soziallasten auf die Gehälter des letzten Trimesters entweder nicht oder nur teilweise eingetragen worden. Die obligatorischen monatlichen Vorauszahlungen an die Soziale Sicherheit sind in der Tat auf die am Ende des Haushaltsjahres verfügbaren Mittel begrenzt worden. Infolgedessen schließt die Haushaltsrechnung alle im Laufe dieses Trimesters verfallenen Soziallasten nicht ein. Diese Verfahrensweise, die schon auf mehrere Haushaltsjahre zurückgeht, ist im Verstoß gegen die Eintragungsregeln der Haushaltseinnahmen und -ausgaben, wie sie durch den Königlichen Erlass vom 1. Juli 1964 bestimmt werden. Nach dem Wortlaut dieses Erlasses wird das Haushaltsjahr, im Laufe dessen die Verpflichtungen des Staates im Bereich der Gehälter, Renten und zusätzlichen oder gleichartigen Zulagen ihren Ursprung haben, bestimmt durch die Jahreszeit für die sie geschuldet sind. Eine wichtige Ausnahme von diesem Prinzip ist aber für die Gehälter des Monats Dezember vorgesehen, sowie für die Zulagen und andere mit diesen Gehältern bezahlte Teile. Für diese wird die Haushaltsausgabe am Datum der Bezahlung in die Buchführung eingetragen. Im Gegensatz dazu ist keine Ausnahme für die Soziallasten der Monate Oktober und November vorgesehen. Die Zahlung einer vierteljährlichen Regularisierung im Januar des folgenden Jahres befreit nicht von der Eintragung der Ausgaben während des Jahres".

Diese Bemerkung ist Ende 2004 noch immer aktuell.

7.2.1.5.3. Bewilligte Mittel

Die in der Passiva der Bilanz am 31. Dezember bestehende soziale und steuerliche Schuld deutet an inwieweit die für die Lohnausgaben (einschließlich Soziallasten und Steuervorabzüge) vorgesehenen Haushaltsmittel ausreichen. Eine Steigerung der Schuld im Vergleich zum Vorjahr wäre ein Indiz für die Höhe der unzureichenden Mittel im Vorjahr. Eine Minderung derselben Schuld dahingegen wäre der Beweis dafür, dass im Vorjahr die vorgesehenen Mittel ausreichen. Der Rechnungshof hat aufgrund der Rechnungslegungen 2002 bis 2004 und aufgrund von im Ministerium eingeholten Auskünften die Entwicklung der sozialen und steuerlichen Schuld am 31. Dezember für das Lehrpersonal einerseits und für das Personal des Ministeriums andererseits aufgezeichnet.

a) Soziale und steuerliche Schulden im Unterrichtswesen

Zuweisung 30.00.11.20	Unterricht – Sozialabgaben, Arbeitgeberlasten und Pensionssubventionen für alle Personalmitglieder im Unterrichtswesen			
	2002	2003	2004	2005
Bewilligte Mittel	6.542.000,00	7.099.137,18	7.338.000,00	7.641.000,00
Verwendete Mittel	6.542.000,00	7.099.137,18	7.338.000,00	
Regularisierungen am Jahresanfang	1.539.206,00	862.218,18	1.147.037,36	753.207,14
Überschuss (+)	676.987,82		393.830,22	
Unzureichende Mittel (-)		-284.819,18		

Die Regularisierung Anfang 2003 in Höhe von 862.218,18 Euro (eine Minderung im Vergleich zu der Regularisierung Anfang 2002) deutete auf einen Überschuss von 676.987,82 Euro in 2002 hin. Die Regularisierung Anfang 2004 in Höhe von 1.147.037,36 Euro (eine Steigerung im Vergleich zu der Regularisierung Anfang 2003) deutete auf unzureichende Mittel in Höhe von 284.819,18 Euro in 2003 hin. Schließlich deutete die Regularisierung Anfang 2005 in Höhe von 753.207,14 Euro (eine Minderung im Vergleich zu der Regularisierung Anfang 2004) auf einen Überschuss von 393.830,22 Euro in 2004 hin.

In 2004 wurden alle Ausgaben für Arbeitgeberlasten im Unterrichtswesen in der Zuweisung 30.00.11.20 untergebracht. Vorher wurde in 9 Programmen jeweils unterschieden zwischen Sozialabgaben und Arbeitgeberlasten (11.20), Pensionsssubventionen an die offiziellen subventionierten Schuleinrichtungen (43.25) und Pensionsssubventionen an die freien subventionierten Schuleinrichtungen (44.20).

Befunde

- die auf Basis der Zahlungsanweisungen am Jahresanfang festgestellten Regularisierungen zeigen die Schuld am 31. Dezember des Vorjahres
- die Steigerung der Schuld im Laufe des Jahres 2003 um 284.819,18 Euro zeigt die Höhe der unzureichenden Haushaltsmittel 2003 für die Lohnausgaben im Unterrichtswesen
- die Minderung derselben Schuld im Jahr 2004 um 393.830,22 Euro zeigt dahingegen den Überschuss der Haushaltsmittel 2004, Überschuss der ausreichte um die soziale und steuerliche Schuld um eine gleiche Summe zu mindern

- am 31. Dezember 2004 beläuft sich die Schuld nur noch auf 753.207,14 Euro. Diese Minderung ist ein Schritt in die Richtung einer vollständigen Regularisierung. Um die Lage ganz zu regularisieren, sollte diese Schuld Ende 2005 bis etwa 400.000 Euro senken. Damit wäre die Höhe der Regularisierung in Übereinstimmung mit dem Betrag der für die Löhne von Dezember ausstehenden (aber erst im Januar fälligen) Vorauszahlungen.

b) Soziale und steuerliche Schulden für das Personal des Ministeriums

Zuweisung 20.00.11.20	Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Sozialabgaben des Arbeitgebers			
	2002	2003	2004	2005
Bewilligte Mittel	1.168.000,00	1.254.000,00	1.333.000,00	1.463.000,00
Verwendete Mittel	1.168.000,00	1.254.000,00	1.333.000,00	
Regularisierungen am Jahresanfang	99.603,40	43.886,69	190.000,00	270.000,00
Überschuss (+)				
Unzureichende Mittel (-)	-55.716,71	-146.113,31	-80.000,00	

Befunde

- zum Jahresende 2002, 2003 und 2004 beliefen sich die unzureichenden Haushaltsmittel auf bzw. - 55.716,71 Euro, -146.113,31 Euro und -80.000 Euro
- insoweit als der Betrag der Vorauszahlungen für ein Trimester 270.000 Euro nahekommt, hat die Verfahrensweise der Gemeinschaft Ende 2004 ihre Grenze erreicht
- im Gegensatz zum Unterrichtswesen hat sich die Lage der sozialen und steuerlichen Schulden für das Personal des Ministeriums in den letzten zwei Jahren verschlechtert. Um in naher Zukunft höheren Geldstrafen für Zahlungsverspätungen vorzubeugen, sollen die bewilligten Mittel angepasst werden.

7.2.2. Ausstehende Verpflichtungen

Die ausstehenden Verpflichtungen beziehen sich auf die eingegangenen aber noch nicht angewiesenen Verpflichtungen zu Lasten der aufgliederten Mittel.

7.2.2.1. Jahresende 2004

Organisationsbereich	Stand am	Verpflichtungen 2004	Annullierungen 2004	Gesamtbetrag Verpflichtungen	Zahlungsanweisungen 2004	Stand am	Inanspruchnahme
	01.01.2004					31. 12. 2004	
	(1)	(2)	(3)	(1) + (2) - (3) = (4)	(5)	(4) - (5)	
30 – Unterricht	8.541.624,65	4.458.439,07	128.008,57	12.872.055,15	2.499.335,42	10.372.719,73	19,42
40 – Jugend...	3.624.255,52	5.378.208,23	288.681,75	8.713.782,00	2.454.764,70	6.259.017,30	28,17
50 – Familie...	5.354.430,01	2.108.730,36	1.436,16	7.461.724,21	2.439.758,10	5.021.966,11	32,70
Total	17.520.310,18	11.945.377,66	418.126,48	29.047.561,36²	7.393.858,22	21.653.703,14	25,45

Insgesamt bestanden für die Deutschsprachige Gemeinschaft zum 31. Dezember 2004 ausstehende Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben in künftigen Haushaltsjahren in Höhe von 21,65 Mio. Euro. Damit waren sie um 4,13 Mio. Euro höher als im Vorjahr und sind die Vorbelastungen für die

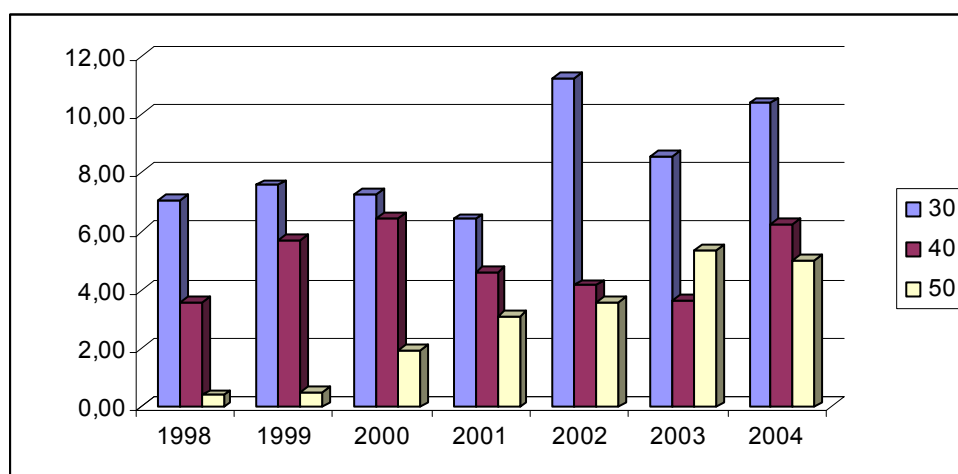
Haushalte der nächsten Jahre weiter angestiegen. Ende des Haushaltsjahres 2004 hatte die Deutschsprachige Gemeinschaft nur 25,45% aller ausstehenden Verpflichtungen in Anspruch genommen. Rund die Hälfte der ausstehenden Verpflichtungen (10,37 Mio. Euro) gehört zu den Programmen 21 (Kunstunterricht), 23 (Beschäftigung, Umschulung) und 24 (Schulbauten) des Organisationsbereiches 30 (Unterricht).

7.2.2.2. Entwicklung 1998-2004

<i>Mio. Euro</i>			
	Verpflichtungen	Zahlungsanweisungen	Kumulierte ausstehende Verpflichtungen
1998	8,83	3,17	11,05
1999	5,73	7,03	14,63
2000	8,95	7,61	15,64
2001	7,13	8,59	14,05
2002	11,45	6,57	18,98
2003	22,59	20,55	17,52
2004	11,94	7,39	21,65

Der Höchststand im Haushaltsjahr 2004 beruht u.a. auf der geringen Inanspruchnahme (7,39 Mio. Euro). Der Rechnungshof hat in vergangenen Jahren wiederholt darauf hingewiesen, Verpflichtungen nur dann in der Höhe zu veranschlagen, wie sie zur Erfüllung der Aufgaben tatsächlich benötigt werden.

Aufgegliedert nach Organisationsbereich stellt man fest, dass in den vergangenen Haushaltsjahren der Anteil der ausstehenden Verpflichtungen der Organisationsbereiche 30 und 50 stark angestiegen ist. Das heißt, dass vorwiegend die in diesen Organisationsbereichen eingegangenen Verpflichtungen nicht oder nicht in einer beschränkten Frist beansprucht werden. Aus Gründen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit empfiehlt der Rechnungshof eine dauerhafte realitäts- und zeitnähere Veranschlagung.



OB 30 Unterricht OB 40 Jugend OB 50 Familie

8. DIENSTE MIT AUTONOMER ODER GETRENNTER GESCHÄFTSFÜHRUNG

8.1. Rechnungslegung der Haushaltsausführung

8.1.1. Übersichtstabelle

<i>Euro</i>							
	Laufende Einnahmen	Kapital- Einnahmen	Total der Einnahmen	Laufende Ausgaben	Kapital- Ausgaben	Total der Ausgaben	Saldo
DAG Unterrichtswesen	3.329.489,20	103.673,57	3.433.162,77	3.153.219,50	285.149,11	3.438.368,61	- 5.205,84
DGG	4.060.887,66	62.800,00	4.123.687,66	3.840.466,32	246.917,57	4.087.383,89	36.303,77
Total	7.390.376,86	166.473,57	7.556.850,43	6.993.685,82	532.066,68	7.525.752,50	31.097,93

8.1.2. DAG des Unterrichtswesens

Entsprechend der Nomenklatur SEC 95 werden die Salden des Vorjahres nicht als Einnahmen in die Rechnungslegung der Haushaltsausführung aufgenommen. Der Haushaltssaldo berücksichtigt nicht die durch die DAG für Drittpersonen getätigten Verrichtungen.

<i>Euro</i>	
	Realisierungen
Laufende Einnahmen	3.329.489,20
Kapitaleinnahmen	103.673,57
Total Einnahmen	3.433.162,773
Laufende Ausgaben	3.153.219,50
Kapitalausgaben	285.149,11
Total Ausgaben	3.438.368,61
Haushaltssaldo	- 5.205,84

8.1.3. DGG Medienzentrum

Das Medienzentrum wurde als Dienst mit getrennter Geschäftsführung durch das Programmdekret vom 7. Januar 2002 eingerichtet. Der Erlass vom 1. März 2002⁽²⁷⁾ hat die auf den Dienst anwendbaren Regeln bezüglich der budgetären, finanziellen und buchhalterischen Geschäftsführung festgelegt.

Das Medienzentrum ist verpflichtet jedes Jahr ein Konto der Haushaltsausführung, eine Abrechnung auf Kassenbasis und eine Rechnungslegung der Vermögensbewegungen abzuschließen sowie eine wirtschaftliche Buchhaltung mit Bilanz und Ergebnisrechnung zu führen. Der DGG verfügt nicht über ein eigenes Buchhaltungsprogramm und infolgedessen wurde in 2004 (wie in 2003) die Ergebnisrechnung nicht aufgestellt. Die Rechnungslegung der Vermögensbewegungen dient aber als Bilanz.

Das Haushaltsjahr 2004 schließt mit einem Überschuss (außer Verrichtungen für Drittpersonen) in Höhe von 92.369,90 Euro ab (vgl. untenstehende Tabelle). Im Jahr 2004 sind die Haushaltseinnahmen und – ausgaben gemäß den SEC-Normen auf Basis der festgestellten Rechte gebucht worden. Die als

²⁷ Ersetzt ab dem 1. Januar 2004 durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 20. November 2003.

Haushaltseinnahmen gebuchten ESF-Subventionen 2003 (69.477,55 Euro) und ESF-Subventionen 2004 (62.940,52 Euro) wurden im Haushaltsjahr 2004 nicht einkassiert. Sie wurden als Forderungen zum 31. Dezember 2004 in der Aktiva der Bilanz gebucht.

<i>Euro</i>		
Einnahmen	Schätzungen	Realisierungen
Ausleihen	106.893,50	112.016,91
Funktionsdotation	175.000,00	180.000,00
ESF-Subventionen	69.000,00	69.000,00
Kapitaldotation	65.000,00	60.000,00
Verkauf von Mobilien	2.800,00	2.800,00
Produktionen/Vermietung	5.000,00	11.000,00
Zuschuss Provinz Lüttich	14.000,00	14.000,00
Total	437.693,50	448.816,91
Ausgaben		
Funktionsausgaben	370.093,50	295.229,08
Anschaffungen	67.600,00	61.217,93
Total	437.693,50	356.447,01
Haushaltssaldo	0	+ 92.369,90

8.1.4. DGG „Gemeinschaftszentren“

Das Dekret vom 20. Januar 1999 zur Schaffung des DGG „Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken“ wurde durch das Programmdekret vom 4. Februar 2003 zur Schaffung des DGG „Gemeinschaftszentren“ abgeändert. Ab 2004 umfasst dieser DGG die Tätigkeiten des ehemaligen Zentrums Worriken, des Besucherzentrums Eupener Talsperre sowie des ehemaligen Begegnungszentrums Burg Reuland.

Der DGG ist verpflichtet jedes Jahr ein Konto der Haushaltsausführung, eine Abrechnung auf Kassenbasis und eine Rechnungslegung der Vermögensbewegungen abzuschließen sowie eine wirtschaftliche Buchhaltung mit Bilanz und Ergebnisrechnung zu führen. Zudem sollen die Einnahmen und die Ausgaben der verschiedenen Zentren identifizierbar sein⁽²⁸⁾. In Sachen Buchführung wurde das früher durch die GoE Worriken angewendete wirtschaftliche Buchhaltungssystem übernommen.

8.1.4.1. Einnahmen

<i>Euro</i>					
	Einnahmen	Einnahmen	Schätzungen	Einnahmen	Entwicklung
	2002	2003	2004	2004	2003/2004
1. Worriken					
Touristenrestaurant	224.571,99	227.499,80	240.000,00	210.430,33	-7,50 %
Übernachtungen	1.252.867,41	1.383.158,38	1.270.000,00	1.318.396,14	-4,68 %

²⁸ Der Erlass vom 9. April 2001, der die auf diesen DGG anwendbaren Regeln bezüglich der budgetären, finanziellen und buchhalterischen Geschäftsführung festlegte, wurde durch den Erlass vom 10. Juli 2003 über die Haushaltsführung, die finanzielle Verwaltung, die Rechnungsführung und die Geschäftsführung des DGG „Gemeinschaftszentren“ ersetzt.

Mieten	36.874,83	46.542,95	42.000,00	33.819,71	-27,33 %
Mieten Camping	19.699,19	20.854,08	21.000,00	14.796,33	-29,05 %
Mieten Tennisklub	2.836,43	2.875,25	2.600,00	2.925,25	+ 17,39 %
Verschiedenes	47.741,66	61.138,35	79.000,00	74.290,26	+ 21,51 %
Schwimmhalle	231.602,08	253.866,26	230.000,00	236.954,79	- 6,66 %
Ferienwohnungen	406.690,61	414.470,70	435.000,00	380.647,70	- 8,16 %
Mehrzweckhalle	51.342,22	73.004,60	53.000,00	87.885,42	+ 20,38 %
Reithalle	60.283,79	69.305,16	105.000,00	84.661,78	+ 22,16 %
Rückzahlung BVA	238.080,08	198.505,33	252.000,00	216.749,69	+ 9,19 %
Schadensregelung Brand Restaurant	-	-	400.000,00	480.809,06	n.s.
Gesamt Worriken	2.572.590,29	2.751.220,86	3.129.600,00	3.142.366,31	+ 14,22 %
2.Besucherzentrum Talsperre Eupen	-	127.837,75	260.000,00	155.494,69	+ 21,63 %
3.Begegnungszentrum Burg Reuland	508.695,08	392.349,26 ⁽²⁹⁾	343.550,00	377.009,75	- 3,91 %
Total	3.081.285,37	3.271.407,87	3.733.150,00	3.674.870,75	+12,33 %

8.1.4.2. Ausgaben

	<i>Euro</i>				
	Ausgaben 2002	Ausgaben 2003	Schätzungen 2004	Ausgaben 2004	Entwicklung 2003/2004
I. Worikken					
Nahrungsmittel	315.198,33	361.396,02	340.000,00	339.257,37	- 6,13 %
Unterhalt	151.487,58	154.215,02	150.000,00	145.029,72	- 5,96 %
Ankauf Material	13.490,85	13.694,71	25.000,00	16.623,96	+ 21,39 %
Energie	190.065,32	235.074,92	235.000,00	214.982,30	- 8,55 %
Ferienwohnungen	95.959,06	94.176,72	95.000,00	73.396,13	- 22,07 %
Verwaltung	62.281,48	104.031,00	80.000,00	95.804,62	- 7,91 %
Löhne	1.628.017,75	1.779.985,66	1.733.000,00	1.801.309,95	+ 1,20 %
Verschiedenes	2.457,90	18.455,20	15.000,00	3.679,36	- 80,06 %
Fuhrpark	27.126,31	36.413,36	40.000,00	35.302,23	- 3,05 %
Mehrzweckhalle	29.267,43	26.061,68	26.500,00	28.678,01	+ 10,04 %
Schwimmhalle	61.691,54	70.281,45	79.000,00	51.362,34	- 26,92 %
Reithalle	39.119,88	35.496,88	52.500,00	43.212,12	+ 21,73 %
Schadensregelung Brand Restaurant	-	-		71.681,84	n.s.
Laufende Ausgaben	2.616.163,43	2.929.282,62	2.871.000,00	2.920.319,95	- 3,72 %
Investitionen	52.521,60	311.635,73	350.000,00	185.699,64	- 40,41 %
Kapitalausgaben	52.521,60	311.635,73	350.000,00	185.699,64	- 40,41 %
Gesamt Worriken	2.668.685,03	3.240.918,35	3.221.000,00	3.106.019,59	- 7,14 %
2. Besucherzentrum Talsperre Eupen	-	103.967,34	250.000,00	247.140,48	+ 137,71 %
3.Begegnungszentrum Burg Reuland	439.022,66	380.975,86	342.550,00	377.776,81	- 0,84 %
Total	3.107.707,69	3.829.828,89	3.813.550,00	3.730.936,88	- 2,58 %

²⁹ Siehe Haushaltsausführung 2003 des DGG "Begegnungszentrum Burg Reuland".

8.1.4.3. Haushaltssaldo

Euro			
	2002	2003	2004
1. Worikken	- 96.094,74	- 489.697,49	+ 36.346,72
2. Besucherzentrum Talsperre Eupen	-	+ 23.870,41	- 91.645,79
3. Begegnungszentrum Burg Reuland	+ 69.672,42	+ 11.373,40	- 767,06
Total	- 26.422,32	- 454.453,68	- 56.066,13

Zwei außergewöhnliche Ereignisse haben das Haushaltsjahr 2004 des DGG „Gemeinschaftszentren“ gekennzeichnet: (1) die Entleerung des Bütgenbacher Sees um Instandsetzungsarbeiten an der Mauer der Bütgenbacher Talsperre zu ermöglichen und (2) der Brand des Worriken Restaurants.

Die Entleerung des Sees verursachte im Jahr 2004 verschiedene Mindereinnahmen (Miete Ferienwohnungen -8,16%; Übernachtungen - 4,68%). Der Brand des Restaurants verursachte zwar Mindereinnahmen für die Rubrik „Restaurant“, hatte aber einen positiven Einfluss auf das Haushaltsergebnis 2004. Die Versicherungsgesellschaft hatte nämlich die Entschädigungen noch vor Jahresende 2004 direkt an den DGG gezahlt (Buchung von über 400.000 Euro als Haushaltseinnahmen), trotz der Tatsache, dass das Gebäude in die Aktiva der Bilanz der Hauptverwaltung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragen wurde und die Versicherungsprämien von derselben Hauptverwaltung bezahlt wurden. Indem die Entschädigungen direkt an den DGG gezahlt wurden, gelang man in den Genuss eines günstigeren Mehrwertsteuersystems (Rückzahlung der auf Restaurantkäufe erhobenen Mehrwertsteuer). Ohne diese außergewöhnliche Einnahme in Höhe von 400.000 Euro, hätte das Haushaltsjahr 2004 mit einem Defizit von mehr als 350.000 Euro abgeschlossen. Andererseits werden die Kosten für den Wiederaufbau des Restaurants den Haushalt 2005 belasten und wird das neue Restaurant in die Aktiva des DGG eingetragen.

Für das Besucherzentrum Eupener Talsperre betrug das Defizit 2004 - 91.645,79 Euro, während es sich für das Begegnungszentrum Burg Reuland lediglich auf - 767,06 Euro belief. Die Rechnungen dieser beiden Zentren unterscheiden nur zwischen Haushaltseinnahmen und Haushaltsausgaben und entsprechen demzufolge nicht dem Kriterium der Transparenz.

8.2. Rechnungslegung des Schatzamtes (auf Kassenbasis)

Euro							
	Guthaben am 01.01.2004	Einnahmen Dotation	Andere Einnahmen	Total der Einnahmen	Ausgaben	Salden des Haushaltsjahres	Guthaben am 31.12.2004
	(1)			(2)	(3)	(4) = (2) - (3)	(1) + (4)
DAG Unterrichtswesen	1.193.903,74	2.823.774,80	1.006.682,18	3.830.456,98	3.698.001,99	132.454,99	1.326.358,73
DGG	889.928,38 ³⁰	365.628,00	3.983.021,47	4.348.649,47	4.188.750,00	159.899,47	1.049.827,85
Total	2.083.832,12	3.189.402,80	4.989.703,65	8.179.106,45	7.886.751,99	292.354,46	2.376.186,58

Die Schatzamtlage 2004 hat sich um 292.354,46 Euro verbessert und schließt auf 2.376.186,58 Euro ab. Für die DAG des Unterrichtswesens und den DGG „Medienzentrum“ gibt es Übereinstimmung zwischen der Schatzamtlage und dem Haushaltsergebnis. Für den DGG „Gemeinschaftszentren“ ist

³⁰ Einschließlich des Saldos des ehemaligen Begegnungszentrum Burg Reuland in Höhe von 232.517,69 Euro.

eine Übereinstimmung nicht möglich. Grund dafür ist die Tatsache, dass die Schatzamtbewegungen auf Basis der in die Finanzkonten eingetragenen Buchungen festgestellt werden, während die Haushaltsausführung sich ergibt aus der Verbindung der wirtschaftlichen Aufwendungen und Erträge mit den Haushaltsausgaben und -einnahmen.

8.3. Rechnungslegung der Vermögensbewegungen und Bilanz

Die DAG und die DGG haben den Bestand ihres Vermögens und ihrer Schulden zum 31. Dezember 2004 aufgestellt.

Die Ferienwohnungen und das Restaurant des DGG „Gemeinschaftszentren“ wurden in die Aktiva der Bilanz der Hauptverwaltung eingetragen. Weil diese Immobilien nicht in der Bilanz des DGG aufgeführt sind, werden für diese Gebäude in die Gewinn- und Verlustrechnung des DGG keine Abschreibungen eingetragen. Dies hat zur Folge, dass die Berechnung der wirtschaftlichen Ergebnisse nicht möglich ist. Um jederzeit die Liegenschaft möglichst rentabel zu verwalten, müsste den Abschreibungen aller vom DGG in Rahmen seiner Tätigkeiten benutzten Gebäude Rechnung getragen werden.

9. ADMINISTRATIVE EINRICHTUNGEN ÖFFENTLICHEN INTERESSES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über vier paragemeinschaftliche Einrichtungen. Unter Hinzunahme dieser Einrichtungen wird die politische Rechtsperson der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebildet.

9.1. Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen (IAWM)

Für das Rechnungsjahr 2004 hat das IAWM eine wirtschaftliche Buchhaltung mit einer Bilanzsumme von 564.642,68 Euro und einem Gewinn von 34.386,04 Euro vorgelegt. Die Rechnung der Haushaltsausführung weist budgetäre Einnahmen in Höhe von 2.506.183,43 Euro und budgetäre Ausgaben in Höhe von 2.397.330,11 Euro auf. Der Haushaltsüberschuss beläuft sich auf 108.853,32 Euro.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2004 des IAWM als geprüft erklärt.

9.1.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004

<i>Euro</i>			
Ausführung des Haushaltsplanes 2004			
Einnahmen	Angepasster Haushaltsplan	Realisierung	
41 - Mittel, die durch die Ausführung des statutären Auftrags entstehen	3.500,00	4.538,77	1.038,77
413 Finanzerträge	3.500,00	3.474,26	- 25,74
414 Zufällige Einnahmen	-	1.064,51	1.064,51
42 - Einnahmen mit besonderer Bestimmung	5.500,00	14.644,66	9.144,66
420 Einnahmen mit besonderer Bestimmung	5.500,00	14.644,66	9.144,66
45 - Beteiligung der Gemeinschaft	2.495.500,00	2.487.000,00	- 8.500,00
450 Beteiligung der Gemeinschaft	2.495.500,00	2.487.000,00	- 8.500,00
GESAMT	2.504.500,00	2.506.183,43	1.683,43
49 - EU-Einnahmen, die an Drittpersonen weitergeleitet werden	12.500,00	28.922,47	16.422,47
Ausgaben			
51 - Ausgaben zugunsten von mit der Einrichtung verbundenen Personen	404.340,00	395.150,28	9.189,72
511 Personal	357.433,10	350.227,76	7.205,34
512 Andere Besoldungen als die des Personals	34.926,90	33.971,47	955,43
513 Fahrt- und Repräsentationskosten	11.980,00	10.951,05	1.028,95
52 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen für Dienstleistungen, Lieferungen, Arbeiten usw., die sich auf nicht ins Inventar aufnehmbare Leistungen oder Güter beziehen	80.033,33	73.432,38	6.600,95
521 Räume und Material	27.385,04	25.531,72	1.853,32

Ausführung des Haushaltsplanes 2004			
522 Bürokosten	25.963,80	25.137,77	826,03
523 Veröffentlichungen und Werbung	11.544,49	12.677,08	- 1.132,59
524 Finanzaufwendungen	2.200,00	1.757,69	442,31
525 Andere Arbeiten und Leistungen von Dritten	12.940,00	8.328,12	4.611,88
			-
53 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen infolge des satzungsgemäßen Auftrags durch die Einrichtung	2.017.985,00	1.918.639,15	99.345,85
			-
			-
531 Lehrer in der Aus- und Weiterbildung	1.185.746,00	1.104.468,81	81.277,19
532 Zentren - Pauschalsubventionen	625.189,00	626.915,84	- 1.726,84
533 Andere Kosten der Zentren	-	-	-
534 Immobilienlasten der Zentren	117.538,57	103.710,81	13.827,76
535 Zahlungen an Dritte	89.511,43	83.543,69	5.967,74
			-
54 - Ausgaben mit besonderer Bestimmung	1.300,00	4.548,03	- 3.248,03
540 Europäische Programme	1.300,00	4.548,03	- 3.248,03
			-
55 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen für die Anschaffung von Vermögensgütern	5.841,67	5.560,27	281,40
			-
550 Anschaffung von Vermögensgütern	5.841,67	5.560,27	281,40
			-
GESAMT	2.509.500,00	2.397.330,11	112.169,89
			-
Einnahmen, die an Partnern in EU-Ländern weitergeleitet werden	12.500,00	8.933,02	3.566,98
			-
Haushaltsergebnis	- 5.000,00	108.853,32	

9.1.2. Bilanz

Euro

BILANZ 2004					
AKTIVA	2004	2003	PASSIVA	2004	2003
<i>I. Gründungs- und Erweiterungskosten</i>			<i>I. Kapital</i>		
<i>II. Immaterielle Anlagewerte</i>			A. Gezeichnetes Kapital	74.966,25	74.966,25
<i>III. Sachanlagen</i>			<i>II. Aufgelder</i>		
A. Grundstücke	2.966,23	3.689,95	<i>III. Neubewertungsrücklagen</i>		
B. Maschinen			<i>IV. Rücklagen</i>		
C. Betriebsausrüstung und Transportmittel	23.212,36	34.025,09	A. Gesetzliche Rücklage		
D. Leasing			B. Nicht frei verfügbare Rücklage	113.932,10	51.247,60
E. Sonstige Sachanlagen			1. Für eigene Anteile		
F. Anlagen im Bau und geleistete Anzahl.			2. Sonstige		
Anlagevermögen	26.178,59	37.715,04	C. Steuerbegünstigte Rücklagen		
<i>V. Forderungen > 1 Jahr</i>			D. Freie Rücklagen		
A. Aus Lieferungen und Leistungen			<i>V. Gewinnvortrag</i>		
B. Sonstige			Verlustvortrag	-89.897,69	-15.430,40
<i>VI. Vorräte und in Ausführung befindl. Bestel.</i>			<i>VI. Subventionen in Kapitalform</i>		
A. Vorräte			Eigenkapital	99.000,66	110.783,45
B. Bestellungen			<i>VIII. Verbindlichkeiten > 1 Jahr</i>		
<i>VII. Forderungen bis 1 Jahr</i>			A. Finanz		
A. an das ZAWM			1. Kreditinstitute		
B. Bestellungen		105,28	2. Sonstige Anleihen		
<i>VIII. Geldanlagen</i>			B. Aus Lieferungen		
IX. Flüssige Mittel	538.464,09	455.491,25	C. Erhaltene Anzahlungen für Bestel.		
X. Rechnungsabgrenzungsposten			D. Sonstige Verbindlichkeiten		
Umlaufvermögen	538.464,09	455.596,53	<i>IX. Verbindlichkeiten bis 1 Jahr</i>		
			A. Fällige Verbind. Innerh. 1 Jah mit Laufzeit < 1 Jahr		
			B. Finanz		
			1. Kreditinstitute		
			2. Sonstige Anleihen		
			C. Aus Lieferungen und Leistungen		
			1. Lieferanten	180.349,18	221.052,89
			D. Erhaltene Anzahlungen für Bestel.		
			E. Aufgrund Steuern, Soziallasten		
			1. Steuern		2.153,93
			2. Soziallasten	139.596,94	56.783,68
			F. Sonstige Verbindlichkeiten	145.695,90	102.537,62
			<i>X. Rechnungsabgrenzungsposten</i>		
			Verbindlichkeiten	465.642,02	382.528,12
SUMME DER AKTIVA	564.642,68	493.311,57	SUMME DER PASSIVA	564.642,68	493.311,57

9.1.3. Ergebnisrechnung

Euro

Ergebnisrechnung am 31.12.2004					
Aufwendungen	2004	2003	Erträge	2004	2003
Funktionssubventionen an den Zentren	626.915,84	653.600,47	Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft	2.487.000,00	2.388.000,00
Übrige Lieferungen und Leistungen	328.285,04	317.335,68	Einzahlung Pädagogikmodul	4.250,00	6.000,00
Personalkosten	1.520.721,22	1.369.715,39	Sonstige betriebliche Erträge	11.459,17	9.023,91
Abschreibungen	17.096,72	17.609,90	Finanzerträge	3.474,26	3.931,84
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.318,34	1.257,45	Außerordentliche Erträge	23.000,00	
Finanzaufwendungen	460,23	448,24			
Buchmäßiges Ergebnis (Gewinn)	34.386,04	46.988,62			
GESAMT	2.529.183,43	2.406.955,75	GESAMT	2.529.183,43	2.406.955,75

9.1.4. Entwicklung der in die Konten der Ausführung des Haushaltsplans gebuchten Einnahmen und Ausgaben**9.1.4.1. Haushaltsausgaben**

Euro

	2000	2001	2002	2003	2004	Jährliche Entwicklung
Personalkosten	275.704	291.406	308.950	293.498	354.130	17,12%
Verwaltungsrat	5.978	7.985	9.394	9.345	12.800	26,99%
Europäische Programme	0	15.575	11.161	1.510	4.548	66,81%
Verschiedenes	103.111	141.215	119.185	123.020	140.777	12,61%
Lehrpersonal	841.320	911.638	1.070.466	1.123.694	1.135.227	1,02%
Subventionen Zentren	591.695	638.328	751.097	741.373	699.868	-5,93%
Andere Subventionen	56.645	59.473	52.142	51.831	49.980	-3,70%
Gesamt	1.874.453	2.065.621	2.322.397	2.344.271	2.397.330	2,21%

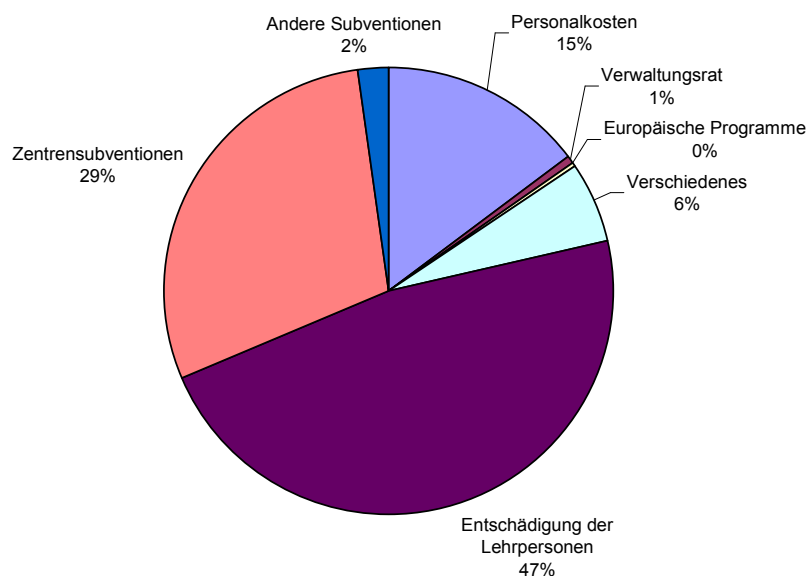
In 2004 beliefen sich die Ausgaben auf 2.397.330,00 Euro, d.h. eine Steigerung um 2,21% im Vergleich zum Vorjahr³¹).

Die Ausgaben „Verwaltungsrat“ und Europäische Programme“ sind stark angestiegen. Diese haben im Gesamtbudget aber ein geringeres Gewicht.

³¹ D.h. ausschließlich der in 2003 getätigten Haushaltsausgabe in Höhe von 100.000 Euro zwecks Rückzahlung an das Zentrale Schatzamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft von überschüssigen Dotationen der Vorjahre.

Die Entwicklung der Ausgaben für die Zuschüsse an den Ausbildungszentren und für die Zahlung des Lehrpersonals ist wesentlich für den Haushaltsausgleich des Institutes. Diese Ausgaben stellen 29% bzw. 47% des Gesamtbudgets 2004 dar.

Verteilung der Haushaltsausgaben 2004



Die Gehälter für das Verwaltungspersonal sind stark angestiegen (+ 17,12%), dagegen, war die Steigerung der Lohnausgaben für das Lehrpersonal war auf 1,02% begrenzt. Die Subventionen an die Ausbildungszentren wurden um 5,93% reduziert. Die begrenzte Entwicklung der Lohnausgaben, die unter dem Indexzuwachs 2004 bleibt, ist mit der Entwicklung der Lohnausgaben der Lehrer die im ZAWM Eupen teilzeitig tätig sind, verbunden. Im Jahr 2004 beliefen sich die Ausgaben für die Gehälter der ZAWM-Teilzeitlehrer auf 452.588,81 Euro, d.h. eine Verminderung um 2,75% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Verringerung wurde nicht durch eine Steigerung der Ausgaben für die ZAWM-Vollzeitlehrer ausgeglichen. M.a.W. innerhalb der Lehrerlohnausgaben hat kein Transfer stattgefunden. Aber insoweit die Teilzeitlehrer nur für die effektiv geleisteten Lehrstunden bezahlt werden, äußert sich jede Verminderung der bezuschussten organisierten Lehrstunden, besonders wegen der Verminderung der Anzahl der Schüler, automatisch in einer Verminderung der Ausgaben im Posten „Lohnausgaben der Lehrer“.

Die unterstehende Tabelle vergleicht die Anzahl der bezuschussten organisierten Lehrstunden in de Haushaltsjahren 2003, 2004 und 2005.

Euro

ZAWM Eupen

	2003	2004	2005
1. Semester	10.241	9.863	10.178
2. Semester	7.672	7.017	
Gesamt	17.913	16.880	

ZAWM St-Vith

1. Semester	4.214	4.214	4.148
2. Semester	3.082	3.266	
Gesamt	7.296	7.480	

Gesamt Zentren 25.209 24.360

Besonders bedeutend ist die Verminderung um 1.100 Stunden der Anzahl der durch das ZAWM Eupen in 2004 organisierten Lehrstunden. Es handelt sich um eine Verringerung um 6% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Verminderung erklärt die schwache Benutzungsrate der Mittel im Haushaltsposten 531 „Lehrer in der Aus- und Weiterbildung“. Die getätigten Ausgaben bleiben in 2004 81.277,19 Euro unter der Schätzung. Trotz der festgestellten schwachen Benutzungsrate im 1. Semester 2004 werden die Mittel in 2004 nicht angepasst.

Die den Zentren gewährten Zuschüsse werden auf Grund der Anzahl der organisierten Lehrstunden sowie der Anzahl der Schüler festgelegt. Darin finden sich die Ursachen der Minderung um 5,93% der den Zentren in 2004 gewährten Funktionszuschüsse.

9.1.4.2. Haushaltseinnahmen

Die Einnahmen, die fast ausschließlich aus der Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehen, beliefen sich auf 2.487.000 Euro (im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 4,15%).

9.1.4.3. Haushaltssaldo

Das Haushaltsjahr 2004 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 108.853,32 Euro ab.

Euro

	2001	2002	2003	2004
Haushaltseinnahmen	2.113.259,40	2.275.390,38	2.406.955,75	2.506.183,43
Haushaltsausgaben	2.065.620,66	2.322.396,86	2.444.271,26	2.397.330,11
Haushaltssaldo	47.638,74	-47.006,48	37.315,51	108.853,32

Die Entwicklung der Haushaltsausgaben des Institutes ist abhängig von den den Zentren gewährten Beträgen in Form von Funktionszuschüssen oder von Löhnen für das Lehrpersonal.

Die dem Institut durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährte Dotation wurde in einem Geschäftsführungsvertrag festgelegt und ist unabhängig von der Tätigkeitsrate der Zentren. Im Falle einer Bindung könnte eine Steigerung der Tätigkeitsrate in den Zentren und parallel damit eine Steigerung der gewährten Zuschüsse zu einem Haushaltsdefizit des IAWM führen. Im Jahr 2004 hat die Minderung der Tätigkeiten in den Zentren im Gegenteil zu einem Haushaltsüberschuss des Institutes geführt.

9.2. Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit Behinderung

Die Dienststelle für Personen mit Behinderung hat in 2004 eine wirtschaftliche Buchhaltung mit einer Bilanzsumme von 1.486.623,77 Euro und einem buchmäßigen Verlust von 57.765,67 Euro vorgelegt. Mit Haushaltseinnahmen in Höhe von 7.072.277,84 Euro und Haushaltsausgaben in Höhe von 7.317.765,21 Euro schließt das Haushaltsjahr 2004 mit einem Haushaltsdefizit von - 245.487,37 Euro ab.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2004 der Dienststelle für Personen mit Behinderung als geprüft erklärt.

9.2.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004

<i>Euro</i>				
Ausführung des Haushaltsplanes 2004				
Einnahmen	<u>Ursprüngl. Haushalt</u>	<u>Angepas. Haushalt</u>	<u>Realisierung</u>	<u>Differenz</u>
916 - Beteiligung von Dritten an den Funktionskosten	78.998,34	78.998,34	48.687,04	-30.311,30
926 - Bankzinsen	8.730,00	8.730,00	12.316,48	3.586,48
939 - Einnahmen von europäischen Herkunft	314.915,42	314.915,42	273.608,63	-41.306,79
949 - Dotation der Deutschsprachigen Gemeinschaft	6.644.000,00	6.644.000,00	6.645.000,00	1.000,00
949.1 Grunddotation	6.445.000,00	6.445.000,00	6.445.000,00	0,00
949.2 Dotation für die Infrastruktur	199.000,00	199.000,00	200.000,00	1.000,00
958 - Andere Einnahmen	45.908,58	45.908,58	70.134,69	24.226,11
958.2 Veranstaltungen der Dienststelle	1.250,00	1.250,00	818,00	-432,00
958.3 Einnahmen mit besonderer Bestimmung	4.697,12	4.697,12	3.854,87	-842,25
958.4 Andere Einnahmen	39.961,46	39.961,46	63.940,37	23.978,91
958.6 Kooperationsabkommen AWIPH	0,00	0,00	1.521,45	1.521,45
977 - Verkauf von Mobilien und Materiel	0,00	0,00	0,00	0,00
986 - Rückzahlung von Vorschüssen und Anleihen	0,00	0,00	15.224,00	15.224,00
989 - Rückzahlungen von Kautionen und Garantien	0,00	0,00	4.537,00	4.537,00
951 - Spenden (Stiftung)	0,00	0,00	2.770,00	2.770,00
GESAMT	7.092.552,34	7.092.552,34	7.072.277,84	-20.274,50
908.4 Einnahmen für Dritte (Europ. Programme)	0,00	0,00	114.840,97	114.840,97

Ausführung des Haushaltsplanes 2004				
Ausgaben	Ursprüng. Haushalt	Angepas. Haushalt	Verwirklichung	Differenz
811 - Ausgaben zugunsten von mit der Dienststelle verbundenen Personen	864.727,70	835.777,70	803.532,92	32.244,78
811.1 => 811.5 Personal	829.405,59	802.955,59	779.021,47	23.934,12
811.6 => 811.7 Andere Besoldungen als die des Personals	35.322,11	32.822,11	24.511,45	8.310,66
812 - Ausgaben zugunsten von Drittpersonen für Dienstleist., Lieferungen, Arbeiten, usw., die sich auf nicht ins Inventar aufnehmbare Leistungen oder Güter beziehen	105.686,67	134.636,67	126.741,70	7.894,97
813 - Infoausgaben	45.315,07	45.315,07	44.745,18	569,89
833 - Funktionszuschüsse an BW's und pms Einrichtungen und individuelle Hilfe	5.974.933,52	6.287.618,84	6.004.297,20	283.321,64
833.20 Untersuchungen und Gutachten	7.957,38	7.957,38	40.660,72	-32.703,34
833.22 Berufsberatung und Orientierung	0,00	0,00	0,00	0,00
833.23 Berufsausbildung (A.I.B.)	265.027,95	265.027,95	233.545,16	31.482,79
833.241 Beihilfe an Arbeitgeber (B.I.B.)	294.238,91	294.238,91	310.470,78	-16.231,87
833.243 Lohn- und Gehaltszuschüsse in den BW's	1.793.692,62	1.826.937,62	1.599.408,58	227.529,04
833.244 Ausbildungsabteilungen	56.220,11	56.220,11	42.659,50	13.560,61
833.250 Fahrtkosten	31.866,95	31.866,95	14.983,51	16.883,44
833.251 Materielle Hilfe	120.594,21	120.594,21	100.175,74	20.418,47
833.252 Soziale Hilfe	14.852,55	14.852,55	14.197,73	654,82
833.27 Unterhaltszuschüsse BW's	74.368,06	74.368,06	65.452,11	8.915,95
833.29 Materialverleih	33.268,29	58.268,29	58.525,11	-256,82
833.30 Zusch. an Einricht. und Dienste für Pers. mit Behind.	3.195.432,55	3.449.872,87	3.447.064,33	2.808,54
833.35 Aus- und Weiterbildung des Personals der Einricht.	72.924,08	72.924,08	69.259,01	3.665,07
833.36 Reittherapie	14.489,86	14.489,86	7.894,92	6.594,94
835 - Infrastrukturzuschüsse an BW's und Einrichtungen	187.000,00	422.985,35	227.190,46	195.794,89
874 - Investitionen der Dienststelle	25.906,83	87.880,21	109.540,05	-21.659,84
883 - Anleihen und Vorschüsse	505,70	505,70	0,00	505,70
812.33 Stiftung Miteinander unterwegs	0,00	0,00	1.717,70	-1.717,70
GESAMT	7.204.075,49	7.814.719,54	7.317.765,21	496.448,63
HAUSHALTSERGEBNIS			-245.487,37	
803 - Ausgaben für Dritte	0,00	0	197.451,87	-197.451,87

9.2.2. Bilanz

Euro					
BILANZ 2004					
<u>AKTIVA</u>			<u>PASSIVA</u>		
	2004	2003		2004	2003
ANLAGEVERMÖGEN	226.891,87	146.589,70	EIGENKAPITAL	1.123.171,48	1.288.356,68
I. Anlagevermögen	202.930,68	107.404,51	X. Vermögen o. Rücklagen		
			- Vermögen Dienststelle	456.117,42	515.165,50
			- Rücklagefonds	371.840,29	371.840,29
II. Finanzanlagen	23.961,19	39.185,19	- Vermögen Stiftung	46.429,57	45.147,16
UMLAUFVERMÖGEN			XI. Rückstellungen	248.784,20	356.203,73
N	1.259.731,90	1.529.585,29	VERBINDLICHKEITEN	363.452,29	387.818,31
IV. Flüssige Mittel	1.003.391,02	1.513.034,13	XIII. Verbindlichkeiten	325.115,16	266.870,28
V. Forderungen	256.340,88	16.551,16	Wartekonto Europ. Projekte	38.337,13	120.948,03
GESAMT	1.486.623,77	1.676.174,99	GESAMT	1.486.623,77	1.676.174,99

9.2.3. Ergebnisrechnung

Euro		
Ergebnisrechnung 2004		
<u>Aufwendungen</u>	2004	2003
I. Übrige Lieferungen und Leistungen	196.234,13	231.553,38
II. Allgemeine Unkosten für Besoldung und Soziallasten des Personals	785.325,15	674.278,52
Besoldung des Personals	564.098,83	492.234,70
Soziallasten zu Lasten der Dienststelle	101.294,60	71.168,40
Sonstige Personalkosten	119.931,72	110.875,42
III. Abschreibungen und Rückstellungen	- 49.430,21	80.287,34
Abschreibungen	57.989,32	51.545,66
Rückstellungen (Verwendung -)	- 107.419,53	28.741,68
IV. Finanzaufwendungen	1.459,14	1.240,39
V. Zugeteilte Sozialleistungen	6.181.231,30	5.851.413,74
Gewinn des Rechnungsjahres		265.674,29
GESAMT	7.114.819,51	7.104.447,66

<u>Erträge</u>	2004	2003
VI. Gewöhnliche Interventionen der Aufsichtsbehörde	6.645.000,00	6.511.000,00
- Grunddotation D.G.	6.445.000,00	6.321.000,00
- Dotation für Infrastruktur	51.000,00	66.000,00
- Dotation für Immobilienanpassung	112.000,00	99.000,00
- Erneuerung der Fahrzeuge	25.000,00	25.000,00
	12.000,00	
VII. Europäische Hilfe	273.608,63	367.932,06
VIII. Beteiligung von Dritten an Funktionskosten	54.063,36	200.533,10
- Essengutscheine	3.854,87	3.514,88
- Bezuschusste Vertragsangestellte	46.309,14	28.535,14
- Kooperationsabkommen AWIPH	1.521,45	32.513,19
- Eigenbeteiligung (Kinderzulage)	2.377,90	14.456,18
- Sonstige Rückzahlungen		121.513,71
IX. Spenden		
- Stiftung	2.770,00	4.260,00
X. Finanzerträge		
- Zinsen auf Bankkonten	12.316,48	16.296,75
XI. Andere Einnahmen	69.295,37	4.425,75
Verlust des Rechnungsjahres	- 57.765,67	
GESAMT	7.057.053,84	7.104.447,66

9.2.4. Vergleichende Analyse der Ausführungsrechnungen der Haushaltspläne 1999-2004

Euro

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Entwicklung
Zuschüsse auf BVA-Stellen, Rückerstattung Kindergeld,...	18.520	15.213	59.107	60.915	49.931	48.687	-2,49%
Bankzinsen	36.991	32.694	24.164	9.065	16.297	12.316	-24,42%
Einnahmen mit besonderer Bestimmung (Essengutscheine, ...)	3.592	2.737	0	3.206	3.515	3.855	9,67%
Veranstaltungen der Dienststelle	15.149	21.951	0	0	2.035	818	-59,80%
Andere Einnahmen	75.055	55.079	54.555	102.472	88.775	63.940	-27,97%
Kooperationsabkommen	0	159.848	68.029	75.626	32.513	1.521	-95,32%
Verkauf von Gütern	0	0	-487	0	75	0,00	n.s.
ESF-Einnahmen	173.525	0	347.051	198.315	367.932	273.609	-25,64%
Funktionsdotation	4.561.241	4.709.977	4.933.081	5.850.000	6.321.000	6.445.000	1,96%
Infrastrukturdotation	99.146	99.157	235.499	123.947	190.000	200.000	5,26%
Spenden	20.494	10.813	14.853	5.649	4.260	2.770	-34,98%
Rückzahlung von Anleihen und Vorschüssen	31.730	33.961	25.533	20.575	51.459	15.224	-70,42%
Rückzahlung von Kauttionen und Garantien	74	74	25	0	2.316	4.537	95,92%
Gesamt	5.003.713	5.107.471	5.735.851	6.429.195	7.076.333	7.072.278	-0,06%

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	Entwicklung
Personalkosten der Dienststelle	442.487	448.624	533.500	576.591	633.269	779.021	18,71%
Funktionskosten der Dienststelle	142.160	153.801	168.998	150.229	187.897	195.998	4,13%
Infrastrukturkosten der Dienststelle	46.833	27.896	44.520	24.025	60.599	109.540	44,68%
Funktionssubv. an den beschützenden Werkstätten	1.468.280	1.513.085	1.619.568	1.591.824	1.681.281	1.664.861	-0,99%
Infrastruktursubv. an den beschützenden Werkstätten	42.131	62.796	6.771	76.904	107.391	62.295	-72,39%
Funktionssubv. an pms Einrichtungen	2.294.924	2.516.387	2.772.506	3.075.446	3.306.333	3.404.450	2,88%
Infrastruktursubv. an pms Einrichtungen	116.628	73.902	28.394	69.756	28.463	38.458	25,99%
Ausbildung im Betrieb (AIB)	224.483	264.771	224.462	196.169	141.598	233.545	39,37%
Beihilfe an Arbeitgeber (BIB)	223.994	215.030	267.379	250.185	259.954	310.471	16,27%
Materielle und soziale Hilfe	245.772	202.060	189.975	133.645	127.847	240.810	46,91%
Verschiedenes	109.612	125.770	181.510	195.999	325.996	278.315	-17,13%
Gesamt	5.357.304	5.604.121	6.037.584	6.340.773	6.860.628	7.317.765	6,25%

9.2.4.1. Haushaltseinnahmen

Die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingezahlten Gelder bilden mehr als 95% der Haushaltseinnahmen der Dienststelle. Sie setzen sich aus einer Funktionsdotation, einer Investitionsdotation und Geldern des Europäischen Sozialfonds für die Eingliederung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer (Zielsetzung 3) zusammen. Die europäischen Gelder werden über die Abteilung „Europäische Programme“ des Ministeriums⁽³²⁾ eingezahlt.

Gemäß den Bestimmungen des Geschäftsführungsvertrages 2001-2004 beläuft sich die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bewilligte Dotation auf 6.445.000,00 Euro (Steigerung um 1,96% im Vergleich zum Vorjahr). Zusätzlich wurde eine Investitionsdotation in Höhe von 200.000,00 Euro als Einnahmen gebucht (Steigerung um 5,26% im Vergleich zum Vorjahr) Letztere übersteigt den im Geschäftsführungsvertrag für 2004 vorgesehenen Vertrag um 1.000,00 Euro. Zum Schluss wurden noch Gelder europäischer Herkunft in Höhe von mehr als 273.000,00 Euro eingetragen.

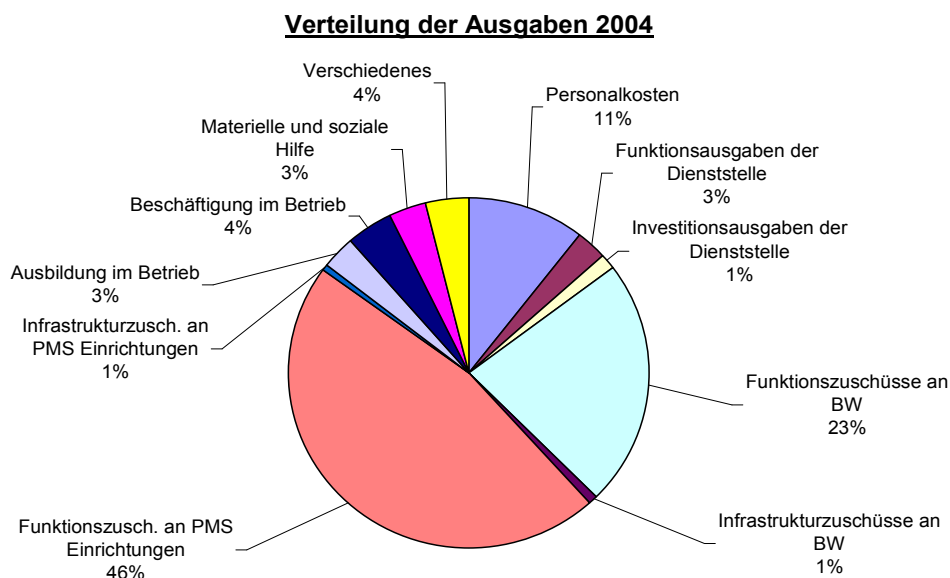
³² Im Allgemeinen gehen die vom Ministerium getätigten Überweisungen den europäischen Zahlungen voraus.

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 7. April 1954 zur allgemeinen Regelung des Haushalts und der Buchführung der durch das Gesetz vom 16. März 1954 beabsichtigten Einrichtungen öffentlichen Interesses, die die Buchung der Einnahmen auf der Basis der festgestellten Rechten vorsehen, hätte aber die Dienststelle die am 31. Dezember 2004 nachstehenden festgestellten Rechte sowohl als Haushaltseinnahmen als auch als Erträge mit einer ausgleichenden Forderung in die Aktiva der Bilanz eintragen müssen:

- die für die Tagesstätten festgestellten Rechte ergeben sich zum einen aus der Regulierung der als monatliche Vorschüsse durch die Dienststelle in 2004 gewährten Zuschüsse und zum anderen aus der Eintreibung der überschüssigen Subventionen nach der Ausstellung der definitiven Abrechnungen 2003. Diese Rechte belaufen sich auf 8.925,87 Euro (Forderungen gegenüber der Tagesstätte in Hergenrath-Kelmis in Höhe von 7.625,29 Euro und gegenüber dem Wohnheim Königin Fabiola in Eupen in Höhe von 1.300,58 Euro)
- die festgestellten Rechte die sich aus der Regulierung der Vorschüsse an die beschützenden Werkstätten bezüglich des dritten Trimesters 2004 ergeben. Diese Rechte belaufen sich auf 27.674,01 Euro.

Der Rechnungshof hat den Ministerpräsidenten und den Aufsichtsminister darüber mit seinem Brief informiert.

9.2.4.2. Haushaltsausgaben



Das oben stehende Schaubild betont die haushaltmäßige Bedeutung einerseits der Funktionszuschüsse an Psycho-Medizinisch-Soziale Einrichtungen bei denen die Personen mit Behinderung untergebracht werden (46%) und andererseits der Funktionszuschüsse an Beschützende Werkstätten (23%).

9.2.4.2.1. Zuschüsse an Psycho-Medizinisch-Soziale Einrichtungen

In 2004 beliefen sich die in das Haushaltskonto „Zuschüsse an Einrichtungen und Dienste für Personen mit Behinderung“ verbuchten Ausgaben auf mehr als 3,4 Mio. Euro (Steigerung um 2,88% im Vergleich zum Vorjahr). Der Gesamtbetrag des Kontos der Haushaltsausführung umfasst:

- Zuschüsse an Tagesstätten
- Zuschüsse an Wohnheime
- Zuschüsse für die Unterbringung im Ausland
- Zuschüsse verbunden mit besonderen Abkommen:
 - Abkommen Wohnen mit der VoE Begleitzentrum
 - Abkommen Frühhilfe
 - Abkommen Snoezelen
- gebilligte Zuschüsse im Rahmen des Projekts Come Back
- bezahlte Zuschüsse im Rahmen der Verteilung der Hilfe der Nationallotterie.

Euro

		2002	2003	2004	Jährliche Entwicklun g
833.303	Tagesstätte	1.564.989	1.838.674	1.846.068	0,40%
833.304	Wohnheime	775.013	772.245	930.202	20,45%
833.305	Unterbringung im Ausland	129.083	97.913	8.910	-90,90%
833.306	Abkommen Wohnen	349.558	363.729	380.750	4,68%
833.307	Abkommen Frühhilfe	222.980	228.987	231.770	1,22%
833.309	Abkommen Snoezelen	4.126	4785	6750	41,07%
	Gesamt	3.045.749	3.306.333	3.404.450	2,88%
833.310	Projekt Come Back	28.930	35.753	30.220	-15,48%
833.314	Subv. Nationallotterie		12.395	12.395	0,00%
	Gesamt	3.074.679	3.354.481	3.447.064	-2,69%

a) Tagesstätten

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es vier bezuschusste Tagesstätten. In 2004 wurden 108 Personen mit einer Behinderung betreut.

Euro

Einrichtung	Anzahl der betreuten Personen							
	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Tagesstätte Elsenborn	10	11	9	9	9	9	9	11
Tagesstätte Am Garnstock in Eupen-Raeren	29	29	30	31	32	34	36	38
Tagesstätte König Baudouin in Hergenrath	15	20	22	22	25	25	26	29
Tagesstätte in Meyerode	24	24	24	25	26	26	27	30
Gesamt	78	84	85	87	92	94	98	108

Insoweit die Tagesstätten die Bestimmungen des Erlasses vom 12. Dezember 1997 über die Organisation und die Bezuschussung für Tagesstätten einhalten, bekommen sie von der Dienststelle Zuschüsse in Form eines Tagessatzes, der die effektiven annehmbaren Ausgaben der Tagesstätten für die Unterhalts- und Funktionskosten umfasst. Der Tagessatz wird durch die Dienststelle nach Ablauf des Jahres für jede Tagesstätte berechnet.

Berechnungsweise der in 2004 gewährten Zuschüsse:

(definitiver Tagessatz 2003 x Anzahl der Betreuungstage 2004) + (definitiver Tagessatz 2003 – definitiver Tagessatz 2002) x Anzahl der Betreuungstage 2003 - Eigenbeteiligung der betreuten Person.

Der erste Teil der Gleichung entspricht der Kostenübernahme der Betreuungstage des laufenden Jahres auf Basis des letzten berechneten Tagessatzes (im Allgemeinen des Vorjahres). Der zweite Teil entspricht der definitiven Regularisierung der während des Vorjahres bezahlten Zuschüsse. Dieser Teil ist negativ als der Tagessatz des Jahres x-1 kleiner als der Tagessatz des Jahres x-2. Zum Schluss trägt der dritte Teil der Eigenbeteiligung der betreuten Person Rechnung. Diese Beteiligung wird von der betreuenden Tagesstätte auf Grund der Bestimmungen des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 21. Februar 1996 berechnet.

In 2004 belaufen sich die den Zentren bewilligten Zuschüsse auf 1.846.068 Euro (Steigerung um 0,40% im Vergleich zum Vorjahr). In 2003 ließen diese Zuschüsse aber eine Steigerung um 17,48% vorweisen.

Um das Wachstum der Ausgaben der Dienststelle in diesem Bereich zu begrenzen, hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Erlass vom 24. Februar 2005 ausgegeben. Nach den Bestimmungen dieses Erlasses wird einerseits die Indexierung der pauschalen Beträge, die zur Berechnung des Tagessatzes dienen, während der Jahre 2005 und 2006 unterbrochen und andererseits der Höchstbetrag der Personalkosten, die zur Berechnung des Tagessatzes dienen, auf 99% der auf Basis des für das Jahr 2004 genehmigten Stellenplanes berechneten Personalkosten blockiert und dies auch als die Anzahl der betreuten Personen ansteigt.

b) Wohnheime

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über 2 Wohnheime, die in 2004 22 bzw. 20 Personen unterbrachten.

Einrichtung	Betreute oder begleitete Personen				
	2000	2001	2002	2003	2004
Königin-Fabiola-Haus in Eupen	15	15	17	19	22
Wohngemeinschaft für Behinderte Behinderte Deidenberg/Lommersweiler	15 (+2 Tages- Betreuung)	17 (+2 Tages- Betreuung)	17 (+2 Tages- Betreuung)	17 (+2 Tages- Betreuung)	20 (+2 Tages- Betreuung)
Gesamt	30	32	34	36	42

Die unter dieser Rubrik gebuchten Haushaltsausgaben belaufen sich auf 930.202,00 Euro, eine Steigerung um 20,25% im Vergleich zum Jahr 2003 (aber in 2003 im Vergleich zum Jahr 2002 waren diese Ausgaben fast unverändert).

Die den Wohnheimen gewährten Zuschüsse werden auf Basis der Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 30. März 1973. Dieser Erlass wurde seit 1973 mehrmals angepasst. Eine letzte Anpassung wurde am 24. Februar 2005 durch den Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchgeführt um Sparmaßnahmen sowohl in den Tagesstätten als auch in den Wohnheimen zu tätigen.

Auch für die Wohnheime werden die Zuschüsse auf Basis eines eigenen Tagessatzes berechnet. Die den Wohnheimen gewährten Zuschüsse berücksichtigen ebenso eine Eigenbeteiligung der untergebrachten Person gemäß den Bestimmungen des Erlasses vom 21. Februar 1996, nach oben rediviert durch den Erlass der Regierung vom 28. März 2003. Sie beläuft sich zur Zeit auf 28,62 Euro für Personen zwischen 21 und 59 und auf 36,32 Euro für diejenigen, die über 60 Jahre alt sind. Als die untergebrachte Person die erforderliche Beteiligung nicht mit Eigenmitteln bezahlen kann, wird sie ausnahmsweise und teilweise von der Dienststelle erbracht.

c) Unterbringung im Ausland

Die Ursache der erheblichen Verminderung der Ausgaben (- 90,90%) findet sich in der Tatsache, dass vorher im Ausland beherbergte Personen mit Behinderung in Belgien in einem Wohnheim untergebracht sind.

d) Jährliche Abkommen

- Abkommen Wohnen

Auf Basis eines jährlichen Abkommens wird das GoE Begleitzentrum „Griesdeck“ Elsenborn mit einer Reihe von Aufgaben im Bereich Wohnen beauftragt, die Unterbringungen für Kurzaufenthalte sowie die Suche nach einer für die Personen mit einer Behinderung angepassten Wohnung (Wohnressourcen) umfassen.

In 2004 wurde zwischen der GoE und der Dienststelle eine Konvention über 400.000,00 Euro unterschrieben. 90% des Gesamtbetrages wird als Vorschuss bezahlt. Der Saldo wird nach Prüfung der Belege überwiesen. Die 2004 eingetragene Summe setzt sich aus den Vorschüssen (360.000,00 Euro) und dem Saldo für die Abrechnung 2003 (18.250,00 Euro) zusammen.

Abkommen Wohnen			
	Betrag des Abkommens	Gewährter Zuschuss	Jährliche Entwicklung
2002	334.656	349.558	
2003	365.000	363.729	4,05%
2004	400.000	380.750	4,68%

Für die Betreuungsnormen und die durch das Abkommen gedeckten Personalkosten gelten die auf die Wohnheime und die Tagesstätten anwendbaren Regeln (einschließlich Sparmaßnahmen).

- Abkommen Frühhilfe

Aufgrund von Artikel 4, § 1 des Dekrets vom 19. Juni 1990 ist es Aufgabe der Dienststelle die Frühhilfe für behinderte Kleinkinder und für deren Familie zu gewährleisten. Die Dienststelle nimmt diese Aufgabe über den ambulanten Frühförderungsdienst „Frühhilfe Ostbelgien“ im Rahmen eines jährlichen Abkommens wahr. Das Abkommen 2004 bezieht sich auf 245.000,00 Euro.

**Abkommen
Frühhilfe**

	Betrag des Abkommens	Gewährte Zuschüsse	Jährliche Entwicklung
2002	213.188	222.980	
2003	225.400	228.987	2,69%
2004	245.000	231.770	1,22%

Der in 2004 gewährte Zuschuss umfasst 90% des Gesamtbetrags des Abkommen 2004 (220.500,00 Euro) und der Saldo des Abkommens 2003 (11.270,00 Euro).

Die Analyse der den psycho-medinisch-sozialen Einrichtungen gewährten Zuschüsse hat zu den folgenden Schussfolgerungen geführt:

1° auf Grund des für die Bezahlung der jährlichen gewährten Zuschüsse berücksichtigten Berechnungsmodus ist jede auf dem Tagessatz basierte Sparmaßnahme erst im nächsten Jahr wirksam. Die in 2005 genommenen Sparmaßnahmen werden sich erst auf die Haushaltsausgaben 2006 auswirken.

2° der Tagessatz wird von der Tagesanzahl bestimmt. Daraus ergeben sich ändernde Regulierungen und ändernde Zuschüsse. Um diesen Änderungen Rechnung tragen zu können ist Behutsamkeit in der Schatzamtsführung der Dienststelle und der bezuschussten Einrichtungen geboten.

9.2.4.2.2. Funktionszuschüsse an die Beschützenden Werkstätten

Die den Beschützenden Werkstätten gewährten Funktionszuschüsse decken hauptsächlich die Beteiligung der Dienststelle in den gesamten Lohnkosten wie sie in den betreffenden Erlassen der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmt wurde.

Im Vergleich zum Vorjahr steigen diese Zuschüsse um 0,99% an.

9.2.4.3. Haushaltssaldo

<i>Euro</i>				
2000	2001	2002	2003	2004
-462.615	-276.176	108.997	269.479	-245.487

Das Haushaltsjahr 2004 saldiert mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von - 245.487,37 Euro.

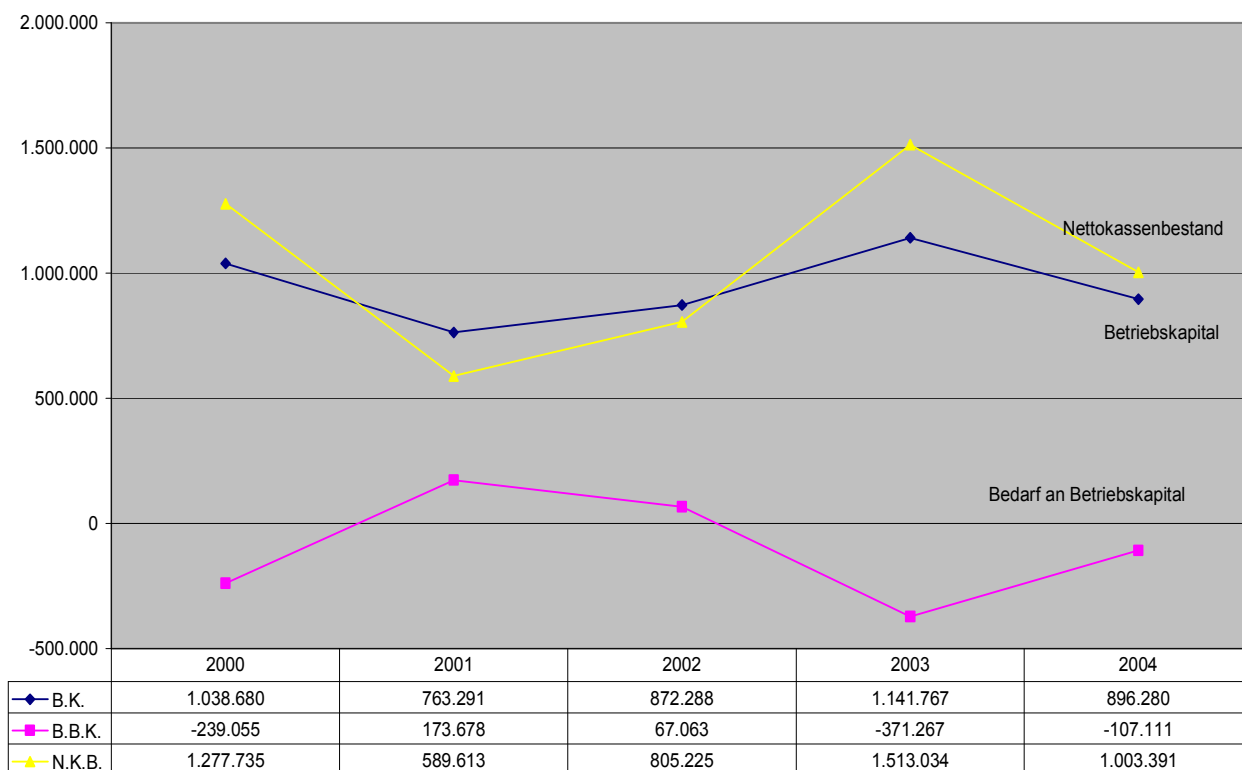
Gemäß den SEC 95 Normen werden die Kreditgewährungen, die Beteiligungen sowie die entsprechenden Rückzahlungen als rein finanzielle Verrichtungen betrachtet, die auf dem Haushaltsergebnis keine Auswirkung haben. Dementsprechend muss das Haushaltsergebnis um einen Betrag in Höhe von 15.224,00 Euro (Saldo der Verrichtungen Kreditgewährungen und Beteiligungen) gemindert werden. Das korrigierte Haushaltsdefizit beläuft sich infolgedessen auf - 260.711,37 Euro.

9.2.5. Bilanzvolumen

Die Nettolage des Schatzamts der Dienststelle hat sich in 2004 stark verringert. Der Rechnungshof weist darauf hin, dass auf Grund des für die einzuzahlenden Vorschüsse vorgesehenen

Bezahlungsmodus (Vorschüsse werden den Einrichtungen jeweils am Monatsanfang überwiesen), die Dienststelle über ein ausreichendes Betriebskapital verfügen soll um einer teureren Kreditaufnahme vorzubeugen.

Entwicklung der Bilanzvolumen (in Euro)



9.3. Belgisches Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (BRF)

Die wirtschaftliche Buchhaltung 2004 legt eine Bilanzsumme von 3.944.970,78 Euro und einen Gewinn von 82.777,76 Euro vor. Die Rechnung der Haushaltsausführung weist Haushaltseinnahmen in Höhe von 5.357.679,45 Euro und Haushaltsausgaben in Höhe von 5.198.265,75 Euro auf. Das Haushaltsjahr 2004 schließt mit einem Überschuss von 159.413,70 Euro ab.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2004 des BRF als geprüft erklärt.

9.3.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004

<u>Ausführung des Haushaltsplanes 2004</u>			
<u>Einnahmen</u>	Schätzungen	Verwirklichungen	Differenz
Umsatz	492.850,00	562.986,26	70.136,26
Investitionssubventionen	233.500,00	233.500,00	-
Funktionsdotation	4.336.500,00	4.336.500,00	-
Andere Betriebseinnahmen	213.900,00	207.507,92	- 6.392,08
Finanzeinnahmen	7.650,00	15.132,99	7.482,99
Außergewöhnliche Einnahmen	1.000,00	2.052,28	1.052,28
GESAMT	5.285.400,00	5.357.679,45	72.279,45
<u>Ausgaben</u>	Schätzungen	Verwirklichungen	Differenz
Miete und Mietkosten	4.500,00	4.372,80	127,20
Unterhalt	121.550,00	92.412,03	29.137,97
Verschiedene Lieferungen	251.250,00	239.534,26	11.715,74
Zahlungen an Dritte	742.800,00	671.465,48	71.334,52
deren Versicherungen	26.100,00	17.621,76	8.478,24
Rechte	310.400,00	303.264,89	7.135,11
Freie Mitarbeiter	249.280,00	225.224,28	24.055,72
Andere	157.020,00	125.354,55	31.665,45
Veröffentlichungen und Werbung	94.500,00	87.102,27	7.397,73
Veranstaltungen	23.000,00	21.968,10	1.031,90
Löhne, Soziallasten und Pensionen	3.882.350,00	3.809.650,91	72.699,09
Steuerlasten	1.950,00	1.361,52	588,48
Finanzaufwendungen	5.500,00	2.393,67	3.106,33
Außergewöhnliche Aufwendungen	500,00	51.567,59	- 51.067,59
Anschaffung von Investitionsgütern	233.500,00	216.437,12	17.062,88
GESAMT	5.361.400,00	5.198.265,75	163.134,25
Haushaltssaldo		+ 159.413,70	

9.3.2. Bilanz

Bilanz					
AKTIVA	2004	2003	PASSIVA	2004	2003
Anlagevermögen	2.354.001,95	2.533.902,93	Eigenkapital	3.358.002,87	3.361.137,60
1. Sachanlagen	10.242.629,11	10.200.693,56	1. Fonds		
- Abschreibungen	-8.087.861,04	-7.883.377,06	A. Rücklagenfonds	42.055,63	42.055,63
			B. Erneuerungsfonds	247.893,52	247.893,52
2. Finanzanlagen	185.013,47	185.013,47	C. Investierungsfonds	576.497,30	476.656,66
3. Forderungen mehr als 1 Jahr	14.220,41	31.572,96	2. Abschreibungsrückstellung	2.339.781,54	2.502.329,97
			-Subventionen für Investitionen	2.014.752,79	2.163.299,70
Umlaufvermögen	1.590.968,83	1.465.659,76	-Fonds nicht subv. Anschaf.	325.028,75	339.030,27
3. Forderungen	632.999,01	706.480,75	3. Provision für Bonitage	151.774,88	92.201,82
A. Versch. Forderungen	108.031,90	108.633,27			
B. Zu erhaltende Einnahmen	80.252,59	216.587,25	Verbindlichkeiten	586.967,91	638.425,09
C. Kunden	297.217,87	251.116,13	5. Lieferant. und versch. Kredit.	383.809,29	325.980,69
D. Provisor. Einlage BRF-Media	147.496,65	130.144,10	6. Noch zu erhaltende Rechnungen	203.158,62	312.444,40
4. Verfügbare Mittel	957.969,82	759.179,01			
GESAMT	<u>3.944.970,78</u>	<u>3.999.562,69</u>	GESAMT	<u>3.944.970,78</u>	<u>3.999.562,69</u>

9.3.3. Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung am 31. Dezember 2004			
Aufwendungen		Erträge	
Lieferungen und Dienstleistungen	1.116.854,94	Umsatz	562.986,26
Löhne, Soziallasten und Pensionen	3.809.650,91	Andere Betriebserträge	207.507,92
Andere Betriebsaufwendungen	1.361,52	Funktionsdotation	4.336.500,00
Finanzaufwendungen	2.393,67	Finanzertäge	15.132,99
Außergewöhnliche Aufwendungen	51.567,59	Außergewöhnliche Erträge	2.052,28
Abschreibungen	378.985,55	Kapitalzuschüsse	364.984,03
ProvisionBonitage	59.573,06	Entnahme Fonds für nicht subv. Anschaffungen	14.001,52
Abschreibungen/deklassiertes Material	-		
Gewinn	82.777,76		
Gesamtbetrag	<u>5.503.165,00</u>	Gesamtbetrag	<u>5.503.165,00</u>

9.3.4. Bemerkungen bezüglich der finanziellen Prüfung der Rechnungen 2004

Der Rechnungshof hat die Schlussfolgerungen seiner Kontrolle dem Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Minister für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport, übermittelt.

Die Zusammenfassung lautet folgendermaßen:

1. Buchung auf Basis des Bestellscheins

Entgegen ihrem üblichen Verfahren hat die Einrichtung die Anschaffung von technischen Ausrüstungen sowohl in die budgetäre Buchführung als auch in die wirtschaftliche Buchführung auf Basis des Bestellscheins eingetragen. Infolgedessen werden Güter, die am 31. Dezember 2004 weder geliefert noch fakturiert wurden, dennoch zu diesem Zeitpunkt in dem buchhalterischen Inventar gebucht.

2. Forderungen an REGIO-MEDIEN AG

Forderungen an diese Gesellschaft, vormals RADIO 3000 AG, die aus der Fakturierung in den Jahren 1998 und 1999 der von dem BRF übernommenen Anlaufkosten hervorgehen, wurden in die Aktiva eingetragen. Der Rechnungshof ist der Meinung, dass der Verwaltungsrat für diese anscheinend bestrittenen Forderungen ein Eintreibungsverfahren einleiten sollte. In Erwartung der Ergebnisse dieses Verfahrens, sind diese Forderungen in ein Konto «Zweifelhafte Forderungen» zu verschieben.

Außerdem geht aus der analytischen Buchführung hervor, dass Arbeitsstunden, die durch das technische Personal der Einrichtung zugunsten dieser Gesellschaft geleistet wurden, der AG nicht berechnet wurden.

3. Darlehen an BRF-MEDIA AG

BRF-MEDIA AG hat die durch das BRF gewährten Darlehen, die im Laufe des Rechnungsjahres 2004 fällig waren, nicht zurückgezahlt. Auch in den vorhergehenden Jahren wurden die fälligen Darlehen nicht zurückgezahlt. Angesichts der Finanzverschlechterung dieser Gesellschaft hat sich der Verwaltungsrat des BRF entschieden, die Zahlung der ab dem 1. Juli geschuldeten Zinsen einzustellen, vorausgesetzt dass die anderen Darlehensgeber einen gleichen Entschluss fassen.

9.3.5. Analyse der Haushaltseinnahmen und –ausgaben 2004

9.3.5.1. Haushaltseinnahmen

Die Haushaltseinnahmen 2004 belaufen sich auf 5.357.679,45 Euro (Steigerung um 1,2% im Vergleich zum Vorjahr).

9.3.5.1.1. Dotationen der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die Gemeinschaft überweist dem BRF eine ordentliche Dotation in Höhe von 4.400.000,00 Euro (daraus 63.500,00 Euro für Investitionsausgaben) und eine zusätzliche Dotation in Höhe von 170.000,00 Euro (für außerordentliche Kapitalausgaben). Die eingezahlten Beträge stimmen mit den im Geschäftsführungsvertrag 2002-2004 vorgesehenen Dotationen überein. Seit 2003 werden die ordentliche Dotation und die außerordentliche Kapitaldotations in Zwölfteilen bezahlt. Auf diese Weise können Schatzamtproblemen vorgebeugt werden die sich früher aus der Vorfinanzierung der angeschafften Investitionsgüter ergaben.

9.3.5.1.2. Umsatz

Der als Umsatz eingetragene Betrag (451.872,39 Euro) besteht hauptsächlich aus den Einnahmen der Radio- und Fernsehwerbung (verwaltet durch die RMB - Régie Media Belge). Desweiteren werden Sponsoreinnahmen aus Partnerschaftsabkommen zwischen dem BRF und Unternehmen oder Organisationen gebucht. Im Gegensatz zu den Werbeeinnahmen sind die Sponsoreinnahmen immer mit gezielten Maßnahmen verbunden.

Gegenüber dem Vorjahr wird im Haushaltsjahr 2004 eine erhebliche Zunahme der Werbeeinnahmen (über 390.000,00 Euro) und der Einnahmen aus eigenen Produktionen (+ 13,22%) verzeichnet.

	2000	2001	2002	2003	2004	Entwicklung
Nicht kommerz. Werbung Rundfunk	372	0	125	525	0	-100,00%
Kommerzielle Werbung Rundfunk	282.810	252.115	257.599	298.867	364.585	21,99%
Kommerzielle Werbung TV	23.931	25.905	15.179	41.162	24.482	-40,52%
Kommerzielle Produktionen	51.506	46.901	73.747	58.564	62.806	7,24%
Gesamt	358.619	324.921	346.650	399.119	451.872	13,22%

9.3.5.1.3. Andere Betriebserträge

Gegenüber dem Vorjahr senken diese Erträge in 2004 um 33,15% bis auf 207.507,00 Euro, hauptsächlich infolge des Ausfalls der Kabelgebühren aus Deutschland. Das Konto „Andere Betriebserträge“ umfasst desweiteren Einnahmen in Höhe von 70.000,00 Euro für die Vermietung von Räumen an REGIO-MEDIEN AG (Hit Radio 100.5) und Einnahmen in Höhe von 75.000,00 Euro aufgrund eines Abkommens zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Provinz Lüttich.

9.3.5.2. Haushaltsausgaben

Im Jahr 2004 belaufen sich die Haushaltsausgaben auf 5.198.265,75 Euro (Zunahme um 6,29%)

9.3.5.2.1. Personalausgaben

	2001	2002	2003	2004	Entwicklung 2004
Funktionsdotation	3.758.238	3.972.582	4.194.000	4.336.500	3,4%
Personalkosten	3.703.429	3.916.679	3.754.411	4.034.875	7,5%
Personalkosten / Funktionsdotation	98,54%	98,59%	89,52%	93,04%	

Aus der oben stehenden Tabelle geht hervor, dass die Lohnmasse 2004 um mehr als 7,5% angestiegen ist. Diese Steigerung lässt sich besonders erklären durch den Beschluss des Verwaltungsrates des BRF vom 25. Mai 2004 um in den Pensionsfonds des statutarischen Personals 100.000,00 Euro einzuspeisen. Ohne diese außergewöhnliche Ausgabe wäre die Lohnmasse um 4,8% angestiegen.

Insoweit die durch die Deutschsprachige Gemeinschaft gewährte ordentliche Funktionsdotation nur um 3,94% zugenommen hat, ist das Verhältnis Personalkosten/ ordentliche Funktionsdotation bis auf 93,04% angestiegen.

Der Vollständigkeit halber sollten der Lohnmasse noch die Ausgaben für die durch das Interimpersonal und die freien Mitarbeiter geleistete Arbeit (225.224,00 Euro) hinzugefügt werden. Aus der untenstehenden Tabelle geht hervor dass das BRF immer mehr freie Mitarbeiter verzichtet.

	2001	2002	2003	2004
Freie Mitarbeiter	497.751	618.000	281.680	225.224

9.3.5.2.2. Sonstige Funktionskosten

Trotz der Beherrschung der Funktionskosten und der Steigerung der Werbeeinnahmen ist die Deckungsrate der Funktionskosten durch die eigenen Einnahmen wegen des Ausfalls der Kabelgebühren aus Deutschland auf 83,18% gesunken.

	2002	2003	2004	Entwicklung 2004
Eigeneinnahmen	730.845	860.439	787.679	-8,46%
Funktionskosten	923.601	938.188	946.953	0,93%
Eigeneinnahmen/Funktionskosten	79,13%	91,71%	83,18%	

9.3.5.3. Haushaltsergebnis

Trotz der Zunahme der Ausgaben, schließt das Haushaltsjahr 2004 mit einem Überschuss in Höhe von 159.413,70 Euro ab.

9.3.5.4. Bilanzvolumen und Finanzausgleiche

Der Geschäftsführungsvertrag 2002-2004 sieht vor, dass die Rücklagen des BRF (Beteiligungen in anderen Gesellschaften einbegriffen) sich auf einen Mindestbetrag von 625.000,00 Euro belaufen müssen. Die gemäß den Bestimmungen des Geschäftsführungsvertrags berechneten Rücklagen belaufen sich im Jahr 2004 also auf 1.051.459,00 Euro und erreichen somit das im Geschäftsführungsvertrag aufgeführte Ziel.

	2001	2002	2003	2004
Rücklagenfonds	91.918	42.056	42.056	42.056
Erneuerungsfonds	247.894	247.894	247.894	247.893
Investierungsfonds	173.531	73.573	476.657	576.497
Übertragener Verlust/Gewinn	-	-	-	-
Beteiligungen	185.013	185.013	185.013	185.013
Rücklagen im Sinne des Geschäftsführungsvertrages	698.356	548.536	951.619	1.051.459

	2001	2002	2003	2004
Nettokassenbestand	46.273	23.741	759.179	957.970
Kurzfristig zu realisierende Forderungen	406.181	787.057	467.703	313.815
Kurzfristig fällige Verbindlichkeiten	533.330	538.676	638.425	586.968
Geschätzter finanzieller Spielraum	- 80.876	272.122	588.457	684.817

Diese so berechneten Rücklagen setzen aber nicht unbedingt voraus, dass die kurzfristige Liquidität des BRF gesichert ist. Tatsächlich können die Rücklagen ihren Gegenwert haben in Finanzanlagen (Beteiligungen oder langfristige Darlehen) oder in Forderungen, die nicht kurzfristig eintreibbar sind.

Deswegen ist der finanzielle Spielraum auf Basis der folgenden Berechnungsformel neu berechnet worden:

$$\begin{aligned} \text{Finanzieller Spielraum} &= \text{Nettokassenbestand} \\ &+ \text{kurzfristig zu realisierende Forderungen} \\ &- \text{kurzfristige fällige Verbindlichkeiten} \end{aligned}$$

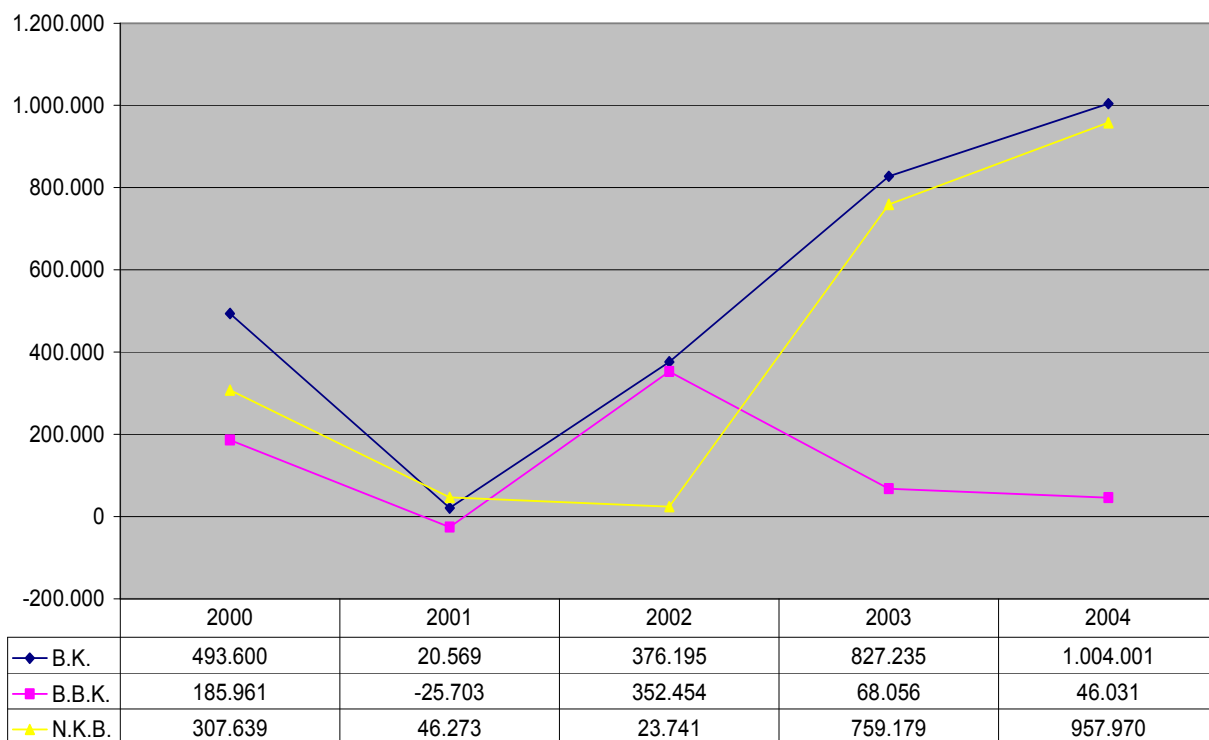
Der so berechnete finanzielle Spielraum (684.817,00 Euro) überschreitet aber ebenso das Ziel.

Die gute Finanzlage des BRF wird außerdem durch die positive Entwicklung des Liquiditätsverhältnisses⁽³³⁾ sensu stricto bestätigt.

	2000	2001	2002	2003	2004
Liquiditätsverhältnis	1,60	0,85	1,51	1,92	2,28

Aus einem Wert weit über 1 geht hervor, dass das BRF über die Fähigkeit verfügt, seinen kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten nachzukommen.

Finanzanalyse des BRF (in EUR)



B.K. = Betriebskapital = Permanentes Kapital – Anlagevermögen

B.B.K. = Bedarf an Betriebskapital = Warenbestand + kurzfristig eintreibbare Forderungen – kurzfristig fällige Verbindlichkeiten

N.K.B. = Nettokassenbestand = Betriebskapital – Bedarf an Betriebskapital

³³ Das Verhältnis zwischen einerseits den kurzfristig realisierbaren Forderungen und dem flüssigen Geld und andererseits den kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten.

9.4. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Die wirtschaftliche Buchhaltung 2004 legt eine Bilanzsumme von 1.865.315,00 Euro und einen Verlust von 50.762,94 Euro vor. Die Rechnung der Haushaltsausführung weist Haushaltseinnahmen in Höhe von 5.907.777,70 Euro und Haushaltsausgaben in Höhe von 5.139.616,78 Euro auf. Das Haushaltsjahr 2004 schließt mit einem Überschuss von 768.160,78 Euro⁽³⁴⁾ ab.

Der Rechnungshof hat die Rechnungen 2004 des Arbeitsamtes als geprüft erklärt.

9.4.1. Rechnung der Ausführung des Haushaltsplans 2004

Ausführung der Haushaltspläne 2004			
Einnahmen	Angepas. Haushalt	Realisierungen	Differenz
ADG			
716.1 Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen	-	3.744,09	3.744,09
716.2 Interventionen von Dritten	142.750,00	172.170,84	29.420,84
724.2 Wechselkursdifferenzen	-	-	-
726.9 Finanzerträge	49.579,00	3.820,31	- 45.758,69
733.2 Erträge für Sozialleistungen	-	-	-
738.3 Funktionszuschüsse (Eures, Eur. Programme)	46.284,00	18.912,97	- 27.371,03
739.2 ESF Projekte	1.115.521,00	446.208,40	- 669.312,60
746.8 Intervention der Behörden außer Aufsichtsbehörden)	349.208,00	341.004,46	- 8.203,54
746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden	3.544.878,00	3.545.000,00	122,00
746.0 Einnahmen bezüglich der vorhergehenden Jahre	-	1.269.180,78	1.269.180,78
Gesamt ADG	5.248.220,00	5.800.041,85	551.821,85
PRC			
726.9 Zinserlöse		461,65	
746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden	394.000,00	107.274,20	- 286.725,80
Gesamt PRC	394.000,00	107.735,85	- 286.264,15
Total Einnahmen	5.642.220,00	5.907.777,70	265.557,70
Ausgaben			
	Angepas. Haushalt	Realisierungen	Differenz
ADG			
811.1 Personal	3.285.556,00	3.118.517,16	167.038,84
811.5 Sozialdienst	18.388,00	18.386,80	1,20
811.6 Verwaltungsrat	3.262,00	7.870,24	- 4.608,24

³⁴ Außer dem Ergebnis des T Interim der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Ausgaben	Angepas. Haushalt	Realisierungen	Differenz
812.3 Representation- und Fahrtkosten	38.787,00	37.436,02	1.350,98
812.4 Honorare	72.756,00	72.390,49	365,51
812.6 Betriebskosten	409.624,00	408.508,44	1.115,56
812.7 Energiekosten	49.484,00	49.474,59	9,41
812.8 Bürokosten, Veröffentlichung und Werbung	140.969,00	140.962,51	6,49
812.9 Bankkosten	1.000,00	1.097,44	- 97,44
816.1 Annullierung von Forderungen	-	-	-
816.3 Sonstige Ausgaben	-	-	-
833.2 Sozialleistungen in bar	193.491,00	193.485,42	5,58
833.4 Interventionen in den Kosten Dritter (Art. 5)	787.175,00	785.975,31	1.199,69
833.5 Fahrentschädigungen, Versicherung von Praktikanten	62.191,00	62.190,76	0,24
846.9 Rückzahlungen	-	-	-
871.3 Anschaffung von Telefoninstallationen	-	-	-
872.3 Einrichtungskosten an gemieteten Gebäuden	1.480,00	1.479,06	0,94
874.1 Mobilien und Material	30.735,00	30.304,48	430,52
874.3 Fuhrpark	18.500,00	16.682,80	1.817,20
874.4 Bibliothek	134.822,00	130.786,60	4.035,40
			-
Gesamt ADG	5.248.220,00	5.075.548,12	172.671,88
ABM			
833.4 Interventionen in Kosten Dritter (KE 123 et 258)	394.000,00	64.068,66	329.931,34
Gesamt ABM	394.000,00	64.068,66	329.931,34
Total Ausgaben	5.642.220,00	5.139.616,78	502.603,22
Haushaltsergebnis		768.160,92	

9.4.2. Bilanz

BILANZ					
AKTIVA	2004	2003	PASSIVA	2004	2003
10 - Lizenzen	256.596,21	125.809,61	10 - Kapital	0,00	0,00
11 - Grundstück und Gebäude	674.388,47	672.909,41	11 - Reserven	-181.390,38	-1.437.759,20
12 - Material	2.119.618,39	2.089.060,33	12 - Subsidien	621.241,92	678.187,12
13 - Kumulierte Abschreibungen	-2.429.361,15	-2.209.592,23	Resultat der Periode	-50.762,94	1.256.368,82
Anlagevermögen	621.241,92	678.187,12	Eigenmittel	389.088,60	496.796,74
19 - Kundenforderungen	30.654,70	15.487,39	40 - Lieferanten	243.257,23	264.776,07
20 - Zu erhaltene Subventionen	1.167.344,31	1.388.542,14	41 - Soziale Verbindlichkeiten	256.908,94	351.765,74
21 - Sonstige Forderungen		17.053,00	42 - Soziale Rückstellungen	210.521,25	201.339,58

			38 - Verbind. dem FOREM gegenüber	507.141,26	1.327.664,60
			39 - Kurzfristige Kredit	240.567,45	0,00
22 - Flüssige Geldmittel	34.174,72	546.826,38			
Umlaufvermögen	1.232.173,73	1.967.908,91	Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.458.396,13	2.145.545,99
Abgrenzungsposten	11.899,35	11.577,30	Abgrenzungsposten	17.830,27	15.330,60
GESAMT AKTIVA			GESAMT PASSIVA		
<u>1.865.315,00</u>			<u>2.657.673,33</u>		
<u>1.865.315,00</u>			<u>2.657.673,33</u>		

9.4.3. Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung 2004		
Erträge	2004	2003
A. Umsatzerlöse	41.775,81	36.210,43
D. Sonstige betriebliche Erträge		
1.0 Betriebliche Erträge	0,00	0,00
1.1 Dotation des laufenden Jahres	3.814.025,72	4.027.265,29
Zu erhaltende Subvention (Defizit 2004)	501.019,86	448.657,44
1.2. Dotation der Aufsichtsbehörde (vorherige Jahre)	0,00	1.339.138,42
1.3. Intervention ESF	465.121,37	466.547,00
1.4. Einnahmen durch internationale Beziehungen	0,00	0,00
5. Dienstleistungen zugunsten des Personals	23.809,98	19.651,19
6. Rückerstattung von ausgezahlten Arbeitsentgelten	74.121,42	47.446,42
7. Verschiedene Mieten	920,00	860,00
8. Verschiedene Produkte	31.534,14	34.988,10
E. Wieder einzutreibende Sozialleistungen	0,00	163.835,47
Betriebliche Erträge	4.952.328,30	6.584.599,76
Finanzerträge	240.480,10	207.064,04
Außerordentliche Erträge	624,71	3.798,74
Gesamt	5.193.433,11	6.795.462,54
Aufwendungen		
A. Ankauf Rohstoffe Berufsausbildung	8.862,98	5.452,89
B. übrige Lieferungen und Leistungen	698.422,71	711.338,84
C. Personal	3.179.243,65	3.370.312,23
D. Abschreibungen und Wertminderungen auf Anlagevermögen	233.078,76	198.995,96
E. Wertminderungen von Vorräten, Forderungen an Kunden	0,00	0,00
G. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.633,73	3.573,76

I. Sozialleistungen und Praktikanten der Berufsausbildung	255.676,18	240.981,76
J. Andere Interventionen der ADG	866.180,60	993.811,80
Betriebliche Aufwendungen	5.243.098,61	5.524.467,24
Finanzaufwendungen	1.097,44	3.752,09
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	10.874,39
Gesamt	5.244.196,05	5.539.093,72

Ergebnis des Jahres	-50.762,94	1.256.368,82
----------------------------	-------------------	---------------------

9.4.4. Entwicklung der in die Konten der Ausführung des Haushaltsplans gebuchten Einnahmen und Ausgaben

9.4.4.1. Haushaltseinnahmen

Analyse der Entwicklung der Haushaltseinnahmen			
Einnahmen	Realisierungen 2003	Realisierungen 2004	Jährliche Entwicklung
ADG			
716.1 Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen	10.243,68	3.744,09	-63,45%
716.2 Interventionen von Dritten	139.146,65	172.170,84	23,73%
724.2 Wechselkursdifferenzen	11,07	-	-100,00%
726.9 Finanzerträge	1.303,46	3.820,31	193,09%
733.2 Erträge für Sozialleistungen	11.570,77	-	-100,00%
738.3 Funktionszuschüsse (Eures, Eur. Programme)	20.338,60	18.912,97	-7,01%
739.2 ESF Projekte	446.208,40	446.208,40	0,00%
746.8 Intervention der Behörden außer Aufsichtsbehörden)	435.104,22	341.004,46	-21,63%
746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden	3.471.000,00	3.545.000,00	2,13%
746.0 Einnahmen bezüglich der vorhergehenden Jahre	324.354,37	1.269.180,78	291,29%
Gesamt ADG	4.859.281,22	5.800.041,85	19,36%
ABM			
726.9 Finanzerträge	308,61	461,65	49,59%
746.9 Dotation der Aufsichtsbehörden	251.397,33	107.274,20	-57,33%
733.2 Interventionen von Dritten	23.943,64	-	-100,00%
764.0 Einnahmen bezüglich der vorhergehenden Jahre	194.260,71	-	-100,00%
733.2 Einnahmen von Dritten bezüglich der vorhergeh. Jahre	112.184,43	-	-100,00%
Gesamt ABM	582.094,72	107.735,85	-81,49%
Total Einnahmen	5.441.375,94	5.907.777,70	8,57%

9.4.4.1.1. Haushaltseinnahmen ADG

1. Dotation der Aufsichtsbehörden

Die Funktions- und Investitionsdotationen von 3.421.000,00 Euro bzw. 124.000,00 Euro stellen die größte Einnahmenquelle des Arbeitsamts dar (Steigerung um 2,13% im Vergleich zum Vorjahr).

2. ESF-Einnahmen

Im Rahmen der „Europäischen Programme“ tätigt das Arbeitsamt Ausgaben die nach Billigung durch „Europa“ über den Haushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die Abteilung „Europäische Programme“ des Ministeriums zu 45% subventioniert werden könnten⁽³⁵⁾. Die 2004 eingetragene Einnahme (446.208,40 Euro) ist identisch mit der Einnahme des Vorjahrs und entspricht einem Vorschuss, unabhängig von den durch das Arbeitsamt getätigten Ausgaben, in Höhe von 40% der im ursprünglichen Haushaltsplan 2004 des Arbeitsamts geschätzten ESF-Mittel (40% von 1.115.521,00 Euro). Auf Basis der durch das Arbeitsamt erteilten Auskünfte hätte das Arbeitsamt, unter der Bedingung einer hundertprozentigen Billigung der Ausgaben durch „Europa“, auf einen Betrag von 1.063.825,81 Euro als europäische Hilfsmittel Anrecht.

In 2004 wurde in das Konto des Arbeitsamts „Einnahmen der vorhergehenden Jahre“ eine Einnahme von 1.269.180,78 Euro gebucht. Diese Summe wird dem Arbeitsamt ebenfalls über den Haushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Zuweisung „Subventionen im Rahmen des ESF 2000-2006“) übermittelt zur Deckung des kumulierten Haushaltsdefizits des Arbeitsamts.

9.4.4.1.2. Haushaltseinnahmen ABM

Seit 2001 werden fast alle Bezahlungen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Abteilung Beschäftigung des Ministeriums getätigt. Die Einnahmen des Arbeitsamtes (107.735,85 Euro) rühren fast ausschließlich von dieser Abteilung und decken die restlichen Ausgaben des Arbeitsamts bezüglich der Zahlung der Prämien im Rahmen der beruflichen Übergangsprogramme (BüP). In 2004 belaufen sich diese Ausgaben auf 64.068,66 Euro. In den vorhergehenden Jahren gibt es für diese Rubrik keine restlichen Ausgaben. Der Überschuss in Höhe von 43.667,19 Euro (107.735,85 Euro - 64.068,66 Euro) ist als eine zusätzliche Funktionsdotations oder einen Vorschuss für künftige ABM-Ausgaben zu betrachten.

9.4.4.2. Haushaltsausgaben

Ausgaben

ADG

811.1 Personal	3.120.060,45	3.118.517,16	-0,05%
811.5 Sozialdienst	34.873,22	18.386,80	-47,28%
811.6 Verwaltungsrat	4.821,26	7.870,24	63,24%
812.3 Representation- und Fahrtkosten	31.293,95	37.436,02	19,63%
812.4 Honorare	117.382,88	72.390,49	-38,33%
812.6 Betriebskosten	377.591,27	408.508,44	8,19%
812.7 Energiekosten	56.565,79	49.474,59	-12,54%

³⁵ Die durch Europa eingezahlten Mittel werden dem Arbeitsamt nicht direkt übermittelt. Die europäischen Mittel erreichen das Arbeitsamt indirekt über den Haushaltsplan der Deutschsprachigen Gemeinschaft und über die genannte Abteilung des Ministeriums.

812.8 Bürokosten, Veröffentlichung und Werbung	140.055,36	140.962,51	0,65%
812.9 Bankkosten	673,28	1.097,44	63,00%
816.1 Annullierung von Forderungen	-	-	
816.3 Sonstige Ausgaben	10.874,39	-	-100,00%
833.2 Sozialleistungen in bar	181.305,97	193.485,42	6,72%
833.4 Interventionen in den Kosten Dritter (Art. 5)	804.094,01	785.975,31	-2,25%
833.5 Fahrentschädigungen, Versicherung von Praktikanten	59.802,62	62.190,76	3,99%
846.9 Rückzahlungen	-	-	
871.3 Anschaffung von Telefoninstallationen	-	-	
872.3 Einrichtungskosten an gemieteten Gebäuden	-	1.479,06	
874.1 Mobiliar und Material	69.260,22	30.304,48	-56,25%
874.3 Fuhrpark	33.357,79	16.682,80	-49,99%
874.4 Bibliothek	27.618,25	130.786,60	373,55%
Gesamt ADG	5.069.630,71	5.075.548,12	0,12%
ABM			
812.9 Bankkosten	0,42		-100,00%
833.2 Sozialleistungen in bar	-115,05		-100,00%
833.4 Interventionen in Kosten von Dritten (KE 123 et 258)	189.717,79	64.068,66	-66,23%
Gesamt ABM	189.603,16	64.068,66	-66,21%
Total Ausgaben	5.259.233,87	5.139.616,78	-2,27%

In 2004 verzeichnen die Ausgaben des ADG eine Nullzunahme. Einschließlich der ABM-Ausgaben verzeichnen die Ausgaben eine Minderung um 2,27%.

9.4.4.2.1. Personalkosten

In 2004 stellen diese Kosten mehr als 61% der Ausgaben des ADG sensu stricto dar. Trotz der Indexierungen und der gewöhnlichen Entwicklung der Lohntabellen ist die Lohnmasse (3.136.000,00 Euro) fast unverändert geblieben.

9.4.4.2.2. Funktionskosten

Diese Kosten stellen etwa 13% der Gesamtausgaben dar. In 2004 belaufen sie sich auf 717.739,00 Euro (Minderung um 2% im Vergleich zum Vorjahr).

9.4.4.2.3. Kosten Dritter

Es handelt sich hierbei zum einen um die sogenannten Auftragsmaßnahmen, die von Dritten (VoEs und Betrieben) im Rahmen von Artikel 5 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 durchgeführt werden und zum anderen um Subventionen, die im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Region vom 3. Juni 1993 gewährt werden können. Desweiteren umfasst dieser Posten Ausgaben im Rahmen des ABM-Haushalts.

1. Intervention zugunsten Dritter im Rahmen von Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 12. Juni 1985

Für diesen Bereich wurden insgesamt 714.147,60 Euro ausgegeben. Diese Summe verteilt sich unter 612.885,39 Euro die für 15 verschiedene Projekte an VoEs bezahlt wurden und 101.262,21 Euro die 8 privatlichen Unternehmen gewährt wurden.

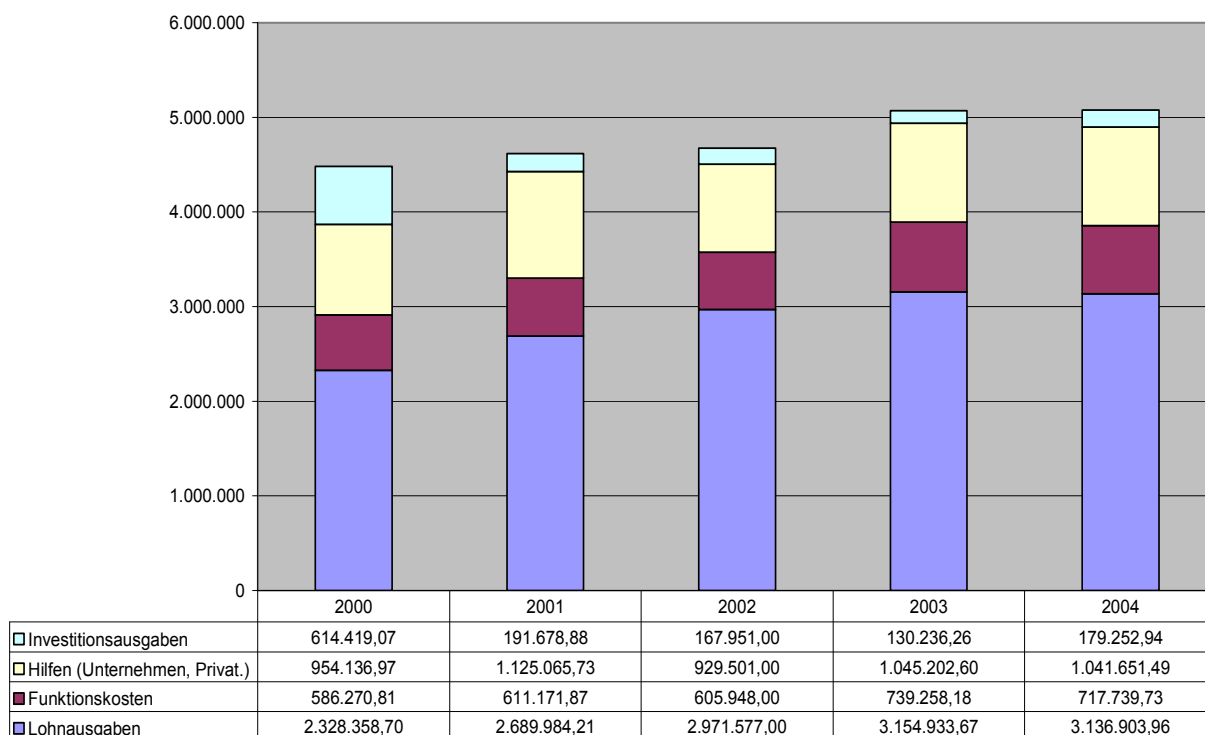
2. Intervention zugunsten Dritter im Rahmen des Erlasses der Wallonischen Region vom 3. Juni 1993

Elf Betriebe bekamen im Jahre 2004 über diese Maßnahme finanzielle Zuwendungen in Höhe von 71.827,71 Euro.

Insgesamt beliefen sich die Hilfsmaßnahmen auf 785.975,31 Euro (Minderung um 2,25% gegenüber dem Vorjahr).

Zum Schluss wurde noch 64.068,66 Euro im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgegeben.

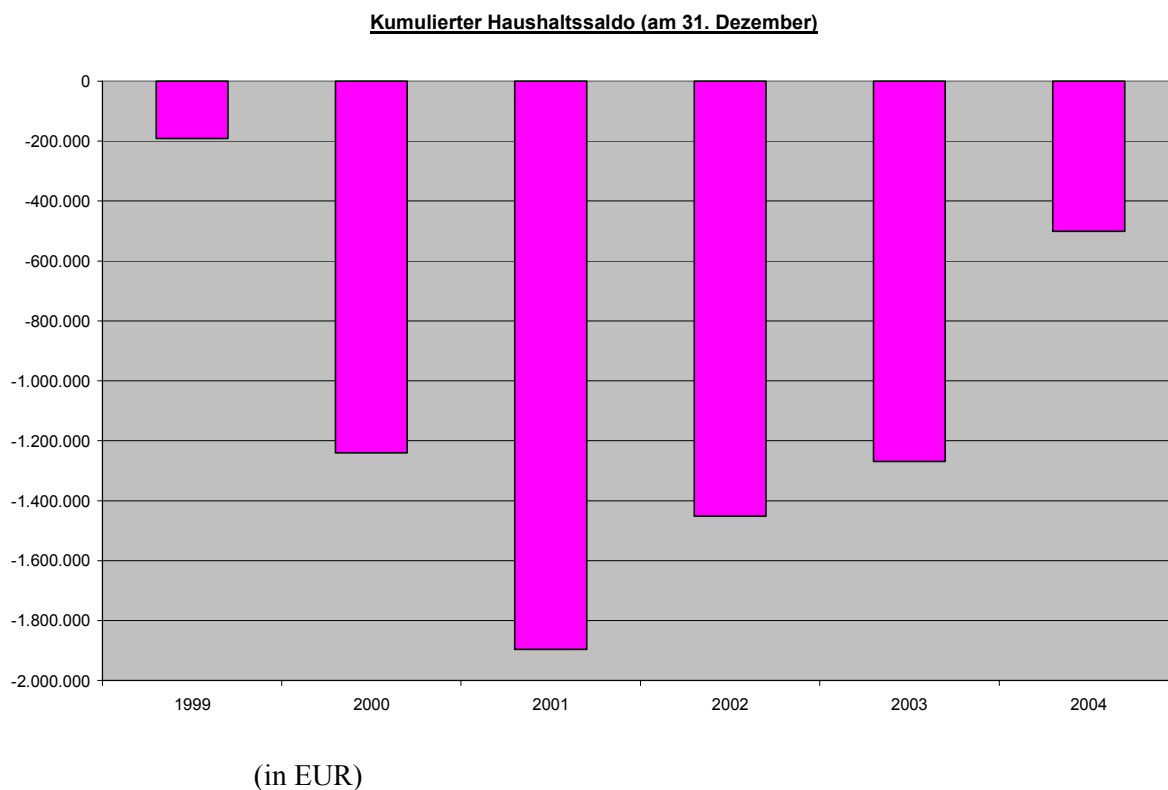
Ausgaben des Arbeitsamtes (außer ABM)



9.4.4.3. Haushaltsergebnis

Das Haushaltsjahr 2004 schließt mit einem Gesamthaushaltsüberschuss von 786.160,92 Euro ab, der sich hauptsächlich aus einer Einzahlung der Deutschsprachigen Gemeinschaft von 1.269.180,78 Euro als Deckung des kumulierten Haushaltsdefizits der Vorjahre ergibt.

Diesen Betrag außer Betracht gelassen, hätte das Haushaltsjahr 2004 mit einem zu finanzierenden Saldo von -501.019,86 Euro abgeschlossen. Für diese Summe ist eine Forderungserklärung dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft übermittelt worden.



9.4.4.4. Schatzamtlage

Am 1. Januar 2004 belief sich die Schuld des Arbeitsamts dem wallonischen FOREM gegenüber auf 1.327.664,60 Euro. Dank der Deckung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft des kumulierten Haushaltsdefizits der Vorjahre hat das Arbeitsamt in 2004 diese Schuld teilweise zurückgezahlt. Ende 2004 belief sich diese Schuld noch auf 507.141,37 Euro. Der Restbetrag wurde am 12. April 2005 bezahlt.

Angesichts der Tatsache, dass einerseits die in Zwölfteilen eingezahlten Dotationen nur 70% der Gesamtausgaben des Arbeitsamts decken und dass andererseits die Vorschüsse der ESF-Gelder nur 40% der vorgesehenen Einnahmen darstellen, müssen die Ausgaben am Ende des vierten Trimesters entweder mit Lieferantenkrediten oder mit Bankkrediten finanziert werden.

Ende 2004 konnte das Arbeitsamt noch ein letztes Mal mit einem Kredit vom FOREM rechnen. Ende 2005 wird dies nicht mehr der Fall sein. Da das gewöhnliche Verfahren darin besteht, der zu finanzierende Saldo des Vorjahres vom Arbeitsamt nur Anfang des nächsten Jahres zu decken und weil das Arbeitsamt nicht über ein Betriebskapital verfügen darf, steht die Schatzamtlage regelmäßig in roten Zahlen.

9.4.4.5. T-Interim

Gemäß Artikel 17 des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamts in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist die Tätigkeit des Arbeitsamts als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern nach kommerziellen Methoden zu verwalten. Aus diesem Grunde soll diese Tätigkeit Gegenstand sein einer gemäß dem Gesetz vom 17. Juli 1975 über die Buchführung und die Jahresrechnungen der Unternehmen organisierten getrennten Buchführung. Der in Artikel 2 des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses vorgesehene Haushaltsplan soll einen Sonderabschnitt beinhalten, der die Einnahmen und die Ausgaben angibt die sich aus der Tätigkeit als Arbeitgeber von Zeitarbeitnehmern ergeben.

Die dem Rechnungshof durch den Aufsichtsminister offiziell vorgelegten Rechnungen des Jahres 2004 beinhalten die Rechnungen des T Interim nicht als Anlagen.

Die nachstehenden Ergebnisse wurden auf Basis der vom Verwaltungsrat am 17. März 2005 genehmigten Rechnungen 2004 festgestellt:

	2000	2001	2002	2003	2004
Betriebliche Erträge	2.953.364,66	1.880.634,76	1.633.589,10	1.631.041,96	2.097.167,37
Betriebliche Aufwendungen	2.899.967,23	1.879.843,88	1.635.407,83	1.653.244,03	2.099.758,71
Betriebsergebnis	53.397,43	790,88	-1.818,73	-22.202,07	-2.591,34
Finanzerträge	19,06	228,56	1.659,60	1.192,14	1.067,88
Finanzaufwendungen	27,59	1.039,40	2.552,59	1.767,28	1.192,84
Finanzergebnis	-8,53	-810,84	-892,99	-575,14	-124,96
Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	97.753,74	0,00	10.538,29
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	4.855,94	0,00	0,00
Außerordentliche Ergebnis	0,00	0,00	92.897,80	0,00	10.538,29
Gesamtergebnis	53.388,90	-19,96	90.186,08	-22.777,21	7.821,99

10. KONSOLIDIERTES HAUSHALTSERGEBNIS DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT UND EINHALTUNG DER NORM DES HOHEN FINANZRATES

Die Haushaltsziele der Gemeinschaften und Regionen für die Laufzeit 2001-2004 wurden durch das Abkommen vom 15. Dezember 2000 bestimmt. Nach dem Wortlaut dieses Abkommens hat sich die Deutschsprachige dazu verpflichtet einen strikten Haushaltsausgleich einzuhalten. Das Abkommen wurde vom Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen mit dem Zusatzabkommen vom 21. März 2002 ergänzt. Nach dem Wortlaut des Zusatzabkommens ist es Auftrag der Abteilung „Finanzbedarfe der öffentlichen Behörden“ die gemäß der Norm SEC 95 aufgestellten Rechnungen als Bezugssystem in Sachen Haushaltsnormen zu benutzen. Seit dem Haushaltsjahr 2003 wird die Norm SEC 95 hundertprozentig durch die Abteilung angewendet⁽³⁶⁾. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft bedeutet die Anwendung der Abkommen, dass die Rechnungen der Hauptverwaltung, die Rechnungen der Dienste mit autonomer (getrennter) Geschäftsführung sowie die Rechnungen der administrativen paragemeinschaftlichen Einrichtungen öffentlichen Interesses konsolidiert und die Buchhaltungsnormen SEC 95 beachtet werden sollten.

Konsolidiertes Haushaltsergebnis der Deutschsprachigen Gemeinschaft	
1. Dienste der Hauptverwaltung ³⁷	-31.147,37
2. Dienste mit getrennter (autonomer) Geschäftsführung	31.097,93
3. Administrative paragemeinschaftl. Einrichtungen öffentlichen Interesses	793.716,57
A. IAWM	108.853,32
B. BRF	159.413,70
C. Dienststelle für Personen mit Behinderung ³⁸	- 260.711,37
D. Arbeitsamt	786.160,92
Nettofinanzierungssaldo	+ 793.667,13

Mit einem positiven Nettofinanzierungssaldo in Höhe von + **793.667,13 Euro** wird in 2004 die Norm des Hohen Finanzrates (Haushaltsausgleich) eingehalten.

³⁶ Der jährliche Bericht 2002 des Hohen Finanzrates besagt dass „Zwecks einer einwandfreien Anwendung des Abkommens vom 21. März 2002 die Abteilung über genügend und geeignete Informationen verfügen sollte, die die Abteilung in die Lage versetzen sollte die Haushaltspläne und die gemäß der Norm SEC 95 getätigte Ausführung der Haushaltspläne zu bewerten“.

³⁷ Zu finanzierender Nettohaushaltssaldo (Bruttosaldo in Höhe von -1.258.220,32 Euro minus Kapitaltilgungen in Höhe von 1.227.072,95 Euro).

³⁸ Unter Berücksichtigung des Abzugs des Saldos der Verrichtungen in Bezug auf die Kreditgewährungen und die Beteiligungen sowie deren Rückzahlungen als rein finanzielle Verrichtungen (- 15.224,00 Euro).